
KURDISTAN
REPORT
Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten
LEATHER SHOP
CANZIA
Öcalan
lan!
Nr. 212 November / Dezember 2020 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 212 November/Dezember 2020



»Schluss mit der Besatzung, Zeit für die Verteidigung Kurdistans«, ist das Motto der politischen Offensive in Rojava. Wie überall steht auch hier die Freiheit Öcalans im Vordergrund.



»Es ist Zeit für die Freiheit von Rêber Apo und das Ende von Völkermord und Besatzung«, Frauendemonstration in Straßburg für die Freiheit von Abdullah Öcalan.



Robert Jarowoy, unser Freund, Genosse und ehemaliger Mitarbeiter des Kurdistan Reports, ist am 21. September gestorben. Wir werden dich vermissen, aber niemals vergessen.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Ereignisse in Kurdistan als auch im gesamten Nahen und Mittleren Osten überschlagen sich weiterhin. In diesem allgemeinen Chaoszustand fällt es schwer, die jeweiligen Pläne der vielen unterschiedlichen regionalen und internationalen sowie staatlichen und nichtstaatlichen Akteure in der Region richtig einzuordnen. Da es sich bei den Interessen der meisten Akteure nur um Lippenbekenntnisse handelt, wenn es um Frieden, Demokratie, Freiheit, Stabilität oder ähnliches geht, sie indes zumeist von reinen Profitinteressen geprägt sind, ändern sich in der Region jeweils im Stundentakt die taktischen Bündnisse.

Die kurdische Freiheitsbewegung ist in diesem Kontext der vielleicht größte nichtstaatliche Akteur, der nicht nur für eine Demokratisierung in Kurdistan, sondern für die gesamte Region kämpft. Angesichts der Chancen aber auch großen Risiken hat die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), die Dachorganisation für den Aufbau des »demokratischen Konföderalismus« und der »demokratischen Nation« in Kurdistan, am 12. September 2020 eine wegweisende Erklärung veröffentlicht, in der die Aspekte der kurdischen Agenda für die gegenwärtige und kommende Phase geschildert werden. Die verkündete demokratische Offensive unter dem Motto »Schluss mit Isolation, Faschismus, Besatzung – Zeit für Freiheit« bringt klar zum Ausdruck, was für Ziele die kurdische Freiheitsbewegung in den vier Teilen Kurdistans sowie in der Diaspora verfolgt und wie diese unterstützt werden können.

In Nordkurdistan/Türkei orientiert man sich im Rahmen der politischen Offensive an der Parole »Schluss mit dem Faschismus – Zeit für Demokratie und Frieden«, in Südkurdistan/Nordirak »Schluss mit der Besatzung, Zeit für die Verteidigung Kurdistans«, in Rojava/Nordsyrien unter der Losung »Stopp der Besatzung – Zeit für die Verteidigung der Revolution«, in Ostkurdistan/Iran unter dem Motto »Stoppt die Hinrichtungen – Zeit für Demokratie« und in Europa heißt das Motto »Es ist Zeit für die Freiheit von Rêber Apo *[Abdullah Öcalan]* und das Ende von Völkermord und Besatzung«. Die Widerstandsstrategie in Kurdistan ist also eine ganzheitliche, und der Erfolg dieser Offensive hängt von der Praxis in all den genannten Orten zusammen.

Der Solidarität demokratischer und fortschrittlicher Kräfte in Deutschland mit dem kurdischen Befreiungskampf und der Rolle Deutschlands im Krieg gegen die kurdische Gesellschaft kommt hierbei eine besondere Rolle zu. »Mithilfe des PKK-Verbots versucht die Bundesregierung seit 27 Jahren eine der wichtigsten demokratischen Kräfte unserer Zeit mundtot zu machen. Die systematischen Einschüchterungsversuche spiegeln sich in tausenden Gerichtsverfahren, hunderten von Festnahmen und Razzien wieder. Die Unterdrückung, welche die kurdische Bewegung in der Türkei erfährt, wird in Deutschland fortgeführt«, heißt es in einem Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 21. November in Köln gegen das PKK-Verbot, zu der zahlreiche linke, feministische, ökologische und migrantische Gruppen aufrufen. Führt man sich die Kriminalisierung und Repression gegenüber den kurdischen Strukturen vor Augen, ist ein Zusammenkommen und ein gemeinsamer Widerstand unumgänglich, um unsere Wünsche und Träume von einer Welt ohne Unterdrückung und Krieg zu erfüllen.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die Gesellschaften gegen den »kulturellen Genozid« verteidigen

Ali Çiçek, Mitarbeiter von Civaka Azad e.V. – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit

»Die Kurden im Klammergriff des kulturellen Genozids verteidigen[1]«, so lautet der Titel der letzten, im Jahr 2010 veröffentlichten Verteidigungsschrift des Gründers der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) und Vordenkers der kurdischen Freiheitsbewegung Abdullah Öcalan. Diese Worte gewinnen seit dem Abbruch der sogenannten Friedensverhandlungen in den Jahren 2013 bis 2015, die zwischen der türkischen Regierung und der PKK geführt und einseitig von der türkischen Seite abgebrochen wurden, besonders an Bedeutung.

Es war der erfolgreiche Widerstand gegen den »Islamischen Staat« (IS) in Kobanê (Nordsyrien/Rojava) und der Aufbau eines alternativen Gesellschaftssystems – orientiert am Konzept des »demokratischen Konföderalismus« – in Rojava, Nordkurdistan, Mexmûr und in der Şengal-Region, kurz: die Revolution in Kurdistan, welche ein positiver Bezugspunkt für demokratische, widerständige, ökologische und feministische Menschen und Bewegungen weltweit wurde. Heute sind all diese genannten Regionen einem regelrechten Vernichtungsfeldzug des türkischen Staates ausgesetzt, der einen »Krieg niederer Intensität« in ganz Kurdistan führt und in den letzten fünf Jahren den Konflikt immer wieder mit großangelegten Militäroperationen gegen die Autonomieverwaltung in Nord- und Ostsyrien sowie die Medya-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan eskalierte.

Mako Qoçgirî schilderte bereits in der letzten Ausgabe des Kurdistan Reports die historischen und geopolitischen Hintergründe der türkischen Staatspolitik sowie die neue »ganzheitliche Kurdistanstrategie«[2] Ankaras seit dem Jahr 2014/2015. Diese Strategie basiert im Kern darauf, die Mittel der »soft power« aufzugeben, die vergeblich eingesetzt wurden, um die kurdische Bevölkerung als eigenständiges politisches Subjekt zu einem Objekt der eigenen neoosmanischen Politik zu machen und stattdessen mit dem »Çökertme Plan« (zu Deutsch etwa »In die Knie zwingen-Plan«) den Widerstand der kurdischen Bevölkerung militärisch zu brechen.

Der türkische Staat als Regime des »kulturellen Genozids«

In diesem Sinne steht die kurdische Freiheitsbewegung neben dem Kampf für eine Lösung der kurdischen Frage auch vor der Herausforderung, unter der Bedrohung durch den »kulturellen Genozid« die kurdische Gesellschaft zu verteidigen. Schon ein kurzer Blick auf die menschenrechtliche Lage in den verschiedenen Teilen Kurdistans genügt hierbei, um das Ausmaß dieses »kulturellen Genozids« zu fassen.

So wurde Mitte Oktober die Aufführung des Theaterstücks »Bêrû« (Ohne Gesicht) von der Theatergruppe Jiyana Nû (Neues Leben) in Istanbul mit Hinweis auf die »öffentliche Ordnung« von den türkischen Behörden verboten. Die kurdischsprachige Komödie basiert auf einem Werk des italienischen Nobelpreisträgers Dario Fo und wurde vom stellvertretenden Innenminister Ismail Çataklı als »Propaganda der PKK« bezeichnet. Ein weiteres Beispiel, welches die Türkei im Herbst erschütterte, ist der Fall der »Hubschrauber-Folter«. Zwei kurdische Bauern wurden am 11. September in Wan (Van) vom türkischen Militär festgenommen, gefoltert und aus einem fliegenden Hubschrauber gestoßen. Die beiden kurdischen Dorfbewohner wurden schwer verletzt. Servet Turgut starb am 30. September an den Folgen der Misshandlungen, Osman Şiban leidet seit dem Vorfall unter Amnesie. Allein beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte waren zu Jahresbeginn 9.200 Menschenrechtsbeschwerden anhängig, die sich auf die Türkei bezogen. Zudem soll die Regierung für rund 125 Entführungen von Oppositionellen verantwortlich sein. Die Angriffe der Türkei auf die kurdische Gesellschaft beschränken sich dabei nicht auf ihre eigenen Staatsgrenzen. Seit Jahren thematisieren sowohl die Autonomieverwaltung Nord-

1 »Kürt Sorunu ve Demokratik Ulus Çözümü – Kültürel Soykirim Kiskacinda Kürtleri Savunmak« (Die kurdische Frage und die demokratische Nation – Die Kurden im Klammergriff des kulturellen Genozids verteidigen, ist noch nicht auf Deutsch erschienen).

2 http://www.kurdistan-report.de/index.php/archiv/2020/81-kr-211-september-oktober2020/1027-neokoloniale-annexion-und-besatzungsdiplomatie

und Ostsyriens als auch Binnenflüchtlinge aus den von der Türkei besetzten Gebieten, insbesondere den Regionen Efrîn und Serêkaniyê (Ras al-Ain), die schweren Menschenrechtsverletzungen durch die türkische Armee und ihre Söldnertruppen. Nun haben die Vereinten Nationen in einem Bericht[3] in deutlichen Worten bestätigt, welche Verhältnisse in den türkischen Besatzungszonen herrschen. Diese dokumentierten Fälle sind nur die Spitze des Eisbergs an Kriegsverbrechen, die von bewaffneten Gruppierungen mit »politischer Rückendeckung der Türkei« an der kurdischen Bevölkerung in Efrîn, Serêkaniyê und Girê Spî (Tall Abyad) begangen wurden und immer noch werden.

Der Angriff auf Südkurdistan und das internationale Komplott

Die Spur der türkischen Angriffe zieht sich auch weiter nach Südkurdistan (Nordirak). Vor allem nach der türkischen Invasion in Serêkaniyê und Girê Spî am 9. Oktober 2019 ist in diesem Jahr Südkurdistan verstärkt in den Fokus des türkischen Staates gerückt. Vor Beginn der jüngsten türkischen Invasion in den Medya-Verteidigungsgebieten hatte die südkurdische Regierungspartei PDK (Demokratische Partei Kurdistans) Peschmerga-Einheiten in der Region Zînê Wertê stationiert und damit begonnen, zusammen mit der Türkei die Qendîl-Region zu belagern. Es folgte am 17. Juni die Luftlande-Bodenoffensive »Pençe-Kaplan« (dt. »Tigerklaue«) der türkischen Armee in der Grenzregion Heftanîn. Die zweitgrößte NATO-Armee hat es trotz dieser seit einem halben Jahr andauernden Operation nicht geschafft, die Region einzunehmen und wurde von den Volksverteidigungskräften (HPG) und der Frauenguerilla YJA-Star erfolgreich zurückgeschlagen.

Während die Gefechte in Heftanîn mit voller Härte weiter andauern, wurde am 9. Oktober 2020 auf Drängen der USA ein Abkommen zwischen der PDK und der Zentralregierung in Bagdad über das weitere Schicksal des êzîdischen Siedlungsgebietes Şengal getroffen. Die Menschen der Region wurden nicht gefragt. Wie es in einer Erklärung aus dem irakischen Ministerpräsidentenamt heißt, obliegt die Sicherheit von Şengal der Zentralregierung. Die Region müsse von »lokalen und von außen kommenden bewaffneten Gruppen gesäubert« werden. Es werde nicht zugelassen, dass »irakisches Territorium für Angriffe bewaffneter Gruppen auf die Nachbarländer Türkei und Iran benutzt« werde. Der Autonomierat von Şengal moniert, dass die Menschen aus der Region nicht in die Verhandlungen eingebunden worden sind. Auch die KCK (Gemeinschaft

3 https://anfdeutsch.com/rojava-syrien/un-bestaetigen-kriegsverbrechen-in-besetzten-gebieten-in-rojava-21622



Nach der Invasion durch den türkischen Staat flüchteten mehr als 200.000 Menschen aus Girê Spî und Serêkaniyê. Foto: anf

der Gesellschaften Kurdistans) warnt vor der Fortsetzung des Genozids an den Êzîd*innen und machte darauf aufmerksam, dass in Şengal seit sechs Jahren ein autonomes System besteht, mit dem die Region selbst verwaltet und verteidigt wird, und kritisierte, dass der Autonomierat als Vertretung des Willens der Bevölkerung von dem Gesprächs- und Beschlussfassungsprozess ausgeschlossen wurde.

Bereits seit Anfang dieses Jahres wurde das êzîdische Siedlungsgebiet zeitgleich zu dem Türkei-Besuch von Barzanî und den Drohungen der PDK gegen Şengal von der türkischen Luftwaffe bombardiert. Die PDK-nahen Medien führten eine Propagandaschlacht gegen Şengal durch und versuchen damit, die Unterstützung der internationalen Mächte zu gewinnen. Joey Hood, US-Staatssekretär für Nahost-Angelegenheiten, hat in einem Briefing im August gefordert, dass Hewlêr, Bagdad und Ankara unter Federführung der USA zusammenarbeiten. Das nun veröffentlichte Abkommen stellt den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklungen dar.

In der mittelöstlichen Politik haben historische Daten einen hohen Symbolwert und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Datum bewusst gewählt wurde. So sagt es viel aus, dass das Abkommen über die Zukunft von Şengal am 9. Oktober beschlossen wurde. Es stellt den 22. Jahrestag des internationalen Komplotts gegen den kurdischen Vordenker Abdullah Öcalan dar. Öcalan musste Syrien am 9. Oktober 1998 auf Druck der Türkei verlassen und wurde am 15. Februar 1999 aus der kenianischen Hauptstadt Nairobi in die Türkei verschleppt. Sowohl beim internationalen Komplott gegen Abdullah Öcalan vor 22 Jahren als auch bei der türkischen Invasion und Besatzung in Serêkaniyê und Girê Spî waren die USA federführend. Dasselbe gilt nun auch für das Şengal-Abkommen und den allgemeinen politischen Kurs in Südkurdistan, der sich gegen die kurdische Freiheitsbewegung richtet. Denn die kurdische Freiheitsbewegung ist nicht nur der Türkei, sondern auch den internationalen Akteuren ein Dorn im Auge. Deshalb gaben die USA der Türkei für ihre Besatzungsoperation in Nordsyrien grünes Licht, so wie sie nun auch die offen völkerrechtswidrige Militäroperation im Nordirak gegen die kurdische Freiheitsbewegung duldeten. Das Abkommen der irakischen Zentralregierung und der südkurdischen Regionalregierung über die Zukunft des Şengal-Gebietes hat in diesem Sinne dieselbe Intention, nämlich die Schwächung der politischen Linie. Denn ein demokratisch-autonomes Şengal, wie es nun seit sechs Jahren nach dem Genozid an der êzîdischen Gemeinschaft aufgebaut wurde, wehrt sich gegen die Bemühungen der Vereinnahmung und hält an seinem politi-



Die êzîdische Jugend in Şengal weist das Abkommen zwischen Hewlêr, Bagdad und den USA über die Zukunft von Şengal zurück und protestiert u. a. mit Demonstrationen. Foto: anf.

schen Konzept einer freien, multiethnischen, multireligiösen und basisdemokratischen Gesellschaft fest.

Perspektive der kurdischen Freiheitsbewegung

Aus Sicht der kurdischen Freiheitsbewegung hat sich, angesichts dieses internationalen Komplotts gegen die demokratischen Errungenschaften in Kurdistan, jedoch sowohl der Charakter der kurdischen Frage, als auch die eigene Widerstandsdynamik in den letzten zwei Jahrzehnten transformiert. Mit dem internationalen Komplott gegen die kurdische Freiheitsbewegung, das mit der Inhaftierung Abdullah Öcalans auf der Gefängnisinsel Imralı endete, befand sich die kurdische Bewegung in einer politischen und ideologischen Krise. Diese Krise wurde mit der Entwicklung des neuen Paradigmas mit seinen Schlüsselbegriffen des »demokratischen Konföderalismus[4]« und der »demokratischen Nation[5]« überwunden und der Aufbau einer eigenen nichtstaatlichen, radikalen Demokratie als Ziel formuliert. Die oft verwandte Parole »Freiheit für Kurdistan« interpretiert die kurdische Bewegung damit also konkret als Demokratisierung des Mittleren Ostens und Offenheit der jeweiligen Staaten für eine demokratische Selbstverwaltung in Kurdistan. Die Devise lautet: vier Teile Kurdistans autonom und selbstbestimmt sowie für die umliegenden Staaten wie Türkei, Iran, Irak und Syrien: Demokratie.

Wir haben es mit zwei politischen Linien zu tun, die im absoluten Gegensatz zueinander stehen: auf der einen Seite die AKP-zentrierte Politik, die ständig Krieg und Gewalt produziert, auf der anderen Seite die radikal demokratische Politik mit ihrem Verständnis von »demokratischer Autonomie« und »demokratischer Nation«.

Diese Idee des »demokratischen Konföderalismus« wird in der Türkei von der HDP (Demokratische Partei der Völker) repräsentiert. Die HDP versteht sich als ein Demokratiebündnis, also als Gegenpol zu den etablierten Parteien der Türkei. Die HDP, aber auch die demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava, Şengal und Mexmûr sind rund um die Uhr mit brutalen Angriffen durch den türkischen Staat konfrontiert. Dabei stellen sie für die Region die einzig realistische und demokratische Hoffnung und Chance dar. Wir haben es mit zwei politischen Linien zu tun, die im absoluten Gegensatz zueinander stehen: auf der einen Seite die AKP-zentrierte Politik, die ständig Krieg und Gewalt produziert, auf der anderen Seite die radikal demokratische Politik mit ihrem Verständnis von »demokratischer Autonomie« und »demokratischer Nation«. Wenn wir uns die politischen Schauplätze in der gesamten Region ansehen, so gilt das nicht nur für Nordkurdistan und die Türkei, sondern für alle kolonialisierten Teile Kurdistans. Die kurdische Freiheitsbewegung hat mit ihrer demokratischen Alternative und ihrem neuen Paradigma schon längst die echten Ziele der AKP-Regierung, welche fernab von Werten wie Demokratie und Menschlichkeit liegen, entlarvt.

Freiheit für Abdullah Öcalan

Am 12. September, dem 40. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei, hat die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK die politische Offensive »Schluss mit Isolation, Faschismus und Besatzung – Zeit für Freiheit« ausgerufen, die von vielen verschiedenen Organisationen und Gruppen zurzeit mit Leben gefüllt wird. Täglich können wir von Aktionen lesen, die an den verschiedenen Orten weltweit für die Freiheit von Abdullah Öcalan und für ein Ende der sich ausweitenden Kriegspolitik des NATO-Staats Türkei durchgeführt werden. Vordringliches Ziel ist darin ein Ende der Isolation Öcalans, die nur kurzzeitig im letzten Jahr durch den Hungerstreik von Leyla Güven, dem sich tausende Gefangene angeschlossen hatten und der von vielen verschiedenen Initiativen begleitet wurde, durchbrochen werden konnte. Bis auf ein kurzes Telefonat mit seinem Bruder Anfang des Jahres ist Öcalan nunmehr wieder vollkommen von der Außenwelt isoliert. Schon allein der Umgang der Türkei mit Öcalan zeigt, dass das Regime an einer politischen Lösung und einer Beendigung des Krieges keinerlei Interesse zeigt. Vielmehr versucht das AKP/MHP-System, das Isolationssystem von Imralı Schritt für Schritt über das ganze Land auszuweiten. Anders als das Regime, das immer wieder die gleiche Vernichtungsstrategie anführt, hat die kurdische Freiheitsbewegung Hoffnung und Vertrauen nicht nur in der eigenen Gesellschaft aufbauen können. Sie konnte Antworten auf die Vernichtungspolitik des kapitalistischen Systems entwickeln, mit denen sich Menschen weltweit auseinandersetzen und dadurch lernen, Lösungsmöglichkeiten für die Probleme in den unterschiedlichsten Ländern zu entwickeln. In dieser Auseinandersetzung zeigt sich, dass wirklich die Zeit für die Freiheit von Abdullah Öcalan gekommen ist –, keine Mauer und keine Regierung hat es geschafft, ihn von den Gesellschaften in der Welt zu trennen. Was die Welt nun braucht, ist seine Freiheit und dafür müssen alle mit anpacken. ♦

4 http://ocalanbooks.com/#/book/demokratischer-konfoederalismus

5 http://ocalanbooks.com/#/book/demokratische-nation

Nicht die Tagesordnung wird geändert, sondern das Regime gefestigt

»Die Anzahl der Krisen wird unübersichtlich«

Interview mit Prof. Dr. Hamit Bozarslan

Die Inhaftierung von 20 Politiker*innen der Demokratischen Partei der Völker (HDP), einschließlich ehemaliger Abgeordneter, wegen der Kobanê-Proteste 2014 war eines der Diskussionsthemen der vergangenen Wochen. Wir drucken ein Interview der sozialistischen türkischsprachigen Zeitung Evrensel ab[1]; sie hat über das Thema mit Prof. Dr. Hamit Bozarslan gesprochen, Geschichts- und Politikexperte und Lehrkraft an der Pariser Hochschule für Sozialwissenschaften EHESS. Laut Bozarslan ist die Zerschlagung der HDP eines der wichtigsten Ziele der Regierung, aber dieses Ziel sei aus einer historischen Perspektive zu verstehen. Er unterstreicht die Notwendigkeit, die Widerstandsebenen in der Türkei zu verstärken und zu vertiefen, da gegenwärtig in der Türkei ein Kartell herrsche, welches eine hegemoniale Dimension erreicht habe.

Die Operationen gegen die HDP-Politiker*innen wurden auf verschiedene Art und Weise interpretiert: es soll ein Keil in die Volksallianz (Millet İttifakı) geschlagen werden; am Beispiel der HDP sollen die Oppositionskräfte eingeschüchtert werden; es ist die Reaktion der Regierung auf die Forderung der HDP nach »Frieden und einer antifaschistischen Front«; es soll eine vorbereitende Maßnahme für eventuell vorgezogene Wahlen sein, oder es soll von anderen tagespolitischen Themen abgelenkt werden. Wir werden im Verlauf des Gesprächs noch auf die Änderung der Tagesordnung kommen, möchten aber mit Ihrem Kommentar zu den Razzien gegen die HDP-Politiker*innen 6 Jahre nach den Vorfällen vom 5. bis 8. Oktober 2014 beginnen.

1 https://www.evrensel.net/haber/415555/prof-dr-hamit-bozarslan-gundem-degistirilmiyor-rejim-tahkim-ediliyor

Derzeit wird diskutiert, ob sich aktuell in der Türkei die Agenda oder das Regime ändert. Erkennbar ist aber, dass das Regime erstarkt bzw. gestärkt wird. Wir sprechen hier nicht nur vom Regime der 2010er Jahre, sondern auch vom Regime der 90er-, sogar der 60er-und der 70er Jahre. Ich denke, dass die Türkei derzeit einen Gedächtnisverlust erleidet. Auf keinen Fall darf der Susurluk-Fall[2], der Skandal um das Problem uniformierter Banden und der JITEM[3] in Vergessenheit geraten. In den 90er Jahren gab es ein ernstzunehmendes paramilitärisches Gefüge in der Türkei. Diese Paramilitarisierung ermöglichte die Entwicklung von Sicherheits-, Stammes- und neuen Sicherheitseinheiten und nationalistischen Mafiaorganisationen. Betrachten wir die neunziger Jahre, müssen wir unweigerlich auf die sechziger und siebziger Jahre zurückschauen, vor allem in die 70er Jahre, als Konterguerillas und Kommandolager gebildet, Nationalisten bewaffnet und in einer Miliz gesammelt wurden. Aus dieser Perspektive betrachtet, kann keine Rede davon sein, dass sich das Regime geändert habe, sondern im Gegenteil ist dieses paramilitärische Gefüge maximal ausgebaut worden und stärkt das Regime.

Worin besteht der Unterschied zu heute?

Der Unterschied besteht darin, dass sich die Türkei in eine tickende Zeitbombe verwandelt hat. In der Türkei der 1960er- und 1970er Jahre oder auch der 1990er Jahre gab es keinen hegemonialen Block. Heute gibt es in der Türkei ein Kartell und einen Chef. Nehmen wir an, dieser Chef ist sowohl die Hauptquelle der Legitimität als auch die höchste Autorität. Um ihn herum gibt es jedoch gleichzeitig paramilitärische Kräfte mit einer eigenen Dynamik. Dieses Phänomen des »Para-Staates« existiert nicht nur innerhalb des Sicherheitsapparates, sondern ist auch in der Wirtschaft deutlich erkennbar und lässt sich als ein hegemoniales Kartellphänomen bezeichnen. Das Erreichen

2 1996 durch einen tödlichen Verkehrsunfall in der westtürkischen Stadt Susurluk aufgeflogene Zusammenarbeit von staatlichen Stellen mit Strukturen der organisierten Kriminalität. vgl. https://anfdeutsch.com/hintergrund/jitem-prozesse-16121

3 informeller Militärgeheimdienst/Todesschwadrone

einer hegemonialen Dimension dieses Kartells ist ein neues Phänomen. Zum Verständnis des Geschehens ist deshalb der Blick zurück in die 60er- und 70er Jahre wichtig.

Können Sie den Einfluss dieser paramilitärischen Formation auf das Regime in Bezug auf die fehlende Lösung der kurdischen Frage erklären?

Die kurdische Bewegung ist derzeit trotz aller Unterdrückung, aller Verhaftungen, aller Massaker und trotz des Wahlbetrugs weitaus stärker als vorher. Eine Bewegung, deren Wählerpotential nicht unter die 10 Prozent Marke fällt.

Es geht nur scheinbar um die Unterdrückung der kurdischen Bewegung und um den Machterhalt Erdoğans durch die Zerstörung der HDP. Diese Dynamik beinhaltet darüber hinaus eine historische sozialdarwinistische Dimension, ein Wahrnehmungssystem, das das Kurdentum nahezu als biologischen Feind ansieht. Es ist ein Wahrnehmungssystem, das das Kurdentum auf die Sicherheitsfrage reduziert und es als dynamisches Problem betrachtet, welches die türkische Nation bedroht. Es ist ein Denksystem, welches vom Misak-i Milli[4] ausgehend darauf abzielt, Kurdistan insgesamt und noch weitere Gebiete zu erobern. Es umfasst somit verschiedene Dimensionen und nicht nur die HDP. Meiner Meinung nach ist die Liquidation der HDP heute eines der wichtigsten Ziele des Regimes, aber die Machthaber wissen nicht, wie sie es bewerkstelligen sollen. Sie haben erkannt, dass die HDP nicht mit Wahlen zu besiegen ist. Für die AKP ist es ungeheuer schwierig, sich in der entscheidenden Region als Alternative zur HDP zu präsentieren. Vor 20 Jahren wäre dies eventuell möglich gewesen, aber nach allem was passiert ist, erscheint es kaum wahrscheinlich, dass sich die kurdischen Wähler*innen erneut der AKP zuwenden. Genauso wenig wird sich die kurdische Wählerschaft automatisch dem nationalen Bündnis (Millet İttifakı) zuwenden.

In einem Beitrag vom März 2018 trafen Sie folgende Aussage: »Die Türkei will sich als Regionalmacht aufstellen und insbesondere die kurdische Bewegung schwächen. Darüber hinaus wiederholt die Türkei, dass sie ihren Krieg nicht nur gegen die Kurden, sondern auch gegen den Westen, insbesondere gegen die Vereinigten Staaten führt. Die Türkei träumt krampfhaft vom nostalgischen osmanischen Imperium und kann dies nur mit Gewalt erreichen«. Libyen, das östliche Mittelmeer und Griechenland, die Unterstützung Aserbaidschans im aserbaidschanisch-armenischen Konflikt … Haben Sie Ergänzungen zu ihren Ausführungen von 2018?

Es kann mittlerweile von der Türkei nicht mehr als Staat gesprochen werden, sondern wie ich schon erklärt habe, als Kartell, als Front bzw. als paramilitärischem Block. Denn es gibt keine Merkmale des Staates mehr. Wir beobachten eine Aufhebung des staatlichen Phänomens, welches auch in autoritären Staaten enthalten ist, nämlich die Auflösung der Rationalität, die den Staat ausmacht. Aus diesem Grund gleicht das Regime in der Türkei definitiv einer Zeitbombe. Wann und wo diese Mine einschlagen wird, ist unbekannt. Die Hauptantriebskraft (laut Vorschlag des deutschen Soziologen Karl Mannheim) ist der Opportunismus. Taktik ersetzt also Strategie. Das Wunschdenken ersetzt den strategischen Staatsgeist. Die Kraft des Schadenzufügens wird rücksichtslos eingesetzt. Staaten können normalerweise Diplomatie und militärische Angelegenheiten parallel handhaben, das gilt auch für die Wirtschaft usw. Einige Staaten betrachten jedoch die Umwandlung ihres Schadenpotentials in Macht als einzig tragfähige Diplomatie. Wir konnten dies sehr deutlich in Mussolinis Italien und dann in Nazideutschland sehen. Und diese Fähigkeit, Schaden zuzufügen, war zumindest bisher im Kontext des Erdoğanismus relativ erfolgreich. Obwohl er in Syrien an einige Grenzen stieß, besetzte er letztendlich einen Teil Syriens und verwandelte einen Teil Kurdistans in »Dschihadistan«. Auch in Libyen stieß er an Grenzen, konnte aber dennoch den Verlauf des Libyenkrieges bestimmen. Er stieß im östlichen Mittelmeer an seine Grenzen, aber gleich danach war er aktuell Teil der Krise in Aserbaidschan und Armenien. Mit anderen Worten, das Regime kann sich nicht mehr ohne Krise selbst regieren, es muss sich selbst ständig weiter radikalisieren. Und bei dieser Radikalisierung braucht ein Regime interne oder externe Krisen. In Vergessenheit geraten ist inzwischen die Chronologie früherer Krisen: die Krise mit Deutschland, mit Amerika, mit Russland, mit Griechenland usw. Die Anzahl der Krisen wird unübersichtlich, die Themen, die zu einem Kampf um das Leben der Nation konstruiert wurden, sind nicht einmal mehr in unseren Köpfen präsent. Aber diese Methode der Krise schwächt unweigerlich das Regime. Wir sehen das im diplomatischen Bereich, wir sehen es in der Wirtschaft. Deshalb spreche ich vom Problem des Verschwindens staatlicher Rationalität.

Diese Systematik, Krise durch Krise zu verwalten, hat Erdoğan das »Türkei-Modell« genannt. In seiner Rede auf dem Treffen der Provinzverwalter sagte er: »Wir werden unsere Nation weiterentwickeln, auch wenn Europa und die USA demokratisch und wirtschaftlich bereits vollständig zerstört sind. Wir sind entschlossen, sei es aufgrund historischer Bindungen oder neuer Beziehungen, für unsere

4 Nationalpakt, der das neoosmanische Projekt verfolgt, die Grenzen der Türkei auf diejenigen des späten osmanischen Reiches auszudehnen.

Freunde denselben Kampf zu führen. Dies ist das Türkei-Modell. Sie können nirgendwo anders eine auf menschlichen Werten beruhende so aufrichtige Demokratie, ein gerechteres Entwicklungsziel, ein tiefer verwurzeltes Ideal von Recht und Gerechtigkeit, finden.« Was halten Sie von Erdoğans Darstellung?

Ja, ich habe diese Rede gelesen. Wenn wir uns Erdoğans Reden vom Februar, März und April anschauen, ist zu erkennen, dass er sehr häufig folgendes sagt: »Die Türkei wird aus der Coronaepidemie gestärkt hervortreten!« Warum wird sie daran erstarken? Weil alle anderen geschwächt sein werden. Auch wenn die Welt eine Ruine, auch wenn in dieser ruinierten Welt sogar die Türkei selbst geschwächt wäre, würde sie als Herr der Welt hervorsteigen. Auch das ist nicht neu, denn wenn wir uns die Islamisten ansehen, erkennen wir, dass sie dasselbe bereits in den 1910er Jahren mit folgenden Worten sagten: »Europa wird sich selbst so zerstören, dass wir uns eines Tages erheben und uns als Türken, als Islam rächen werden.« Und das Interessante daran ist, dass dieser Wunsch nach Rache als Demokratie und Gerechtigkeit dargestellt wird. Das war auch der interessanteste Punkt an der Rede. Sie hat nicht mehr viele Freunde auf der Welt, aber ein paramilitärisches Regime. Dieser Paramilitarismus hat zudem eine regionale Dimension. Mit den Freunden meint Erdoğan höchstwahrscheinlich die syrischen Milizen in Tripolis und Idlib.

Es wird auch diskutiert, dass die Opposition die HDP-Operation als »Versuch, die Agenda zu ändern« interpretiert und eigentlich nahezu jeden Angriff so bewertet. Dies deckt sich mit dem von Ihnen umrissenen Rahmen. Wie ist Ihre Haltung zu dieser Diskussion? Wie gehen Sie mit dieser Diskussion um? Wenn diese Operation die Tagesordnung ändern soll, was ist dann die eigentliche Agenda?

Die Agenda zu ändern ist zumindest nicht mein Verständnis. Ich denke zwei Dinge sind hier sehr wichtig: erstens, dass in Schwierigkeiten geratene Mächte ihre Existenz sichern , indem sie notwendigerweise Feinde erschaffen. Das Erstellen von Feindbildern ist auch ein wichtiger Weg, um interne Engpässe zu beseitigen. Es gibt ein zweites Phänomen. Hannah Arendt hat dies oft thematisiert. Einige Regime, wie z. B.Italien unter Mussolini oder Deutschland unter Hitler sind Regime der Bewegung. Regime, die unruhig sind, keine Stabilität haben, ständig handeln und die Agenda ändern müssen. Mit anderen Worten, wir stehen einem Regime gegenüber, welches seine eigenen Agenden ändert, aber nicht mehr als drei oder fünf Tage für diese von ihnen erstellte Agenda einplanen kann. Alles wird in Taktik umgewandelt. Einer der Gründe für den Angriff auf die HDP ist die Liquidierung der HDP. Die Legalität bietet ihr keinen Schutz. Aber auch hier spielt das Phänomen der Dynamik eine Rolle. Auch Russland gehört zu den Regimen, die Dynamik zum Überleben brauchen. Es ist aber ein viel ruhigeres Regime. Im Fall der Türkei sehen wir uns jedoch mit einem Regime konfrontiert, bei dem die Dynamik die Zeit ausradiert.

Inzwischen werden in der Türkei einige Institutionen zur Zielscheibe gemacht und neue Vorschriften werden eingeführt und umgesetzt. Beispielsweise wurde das Prinzip mehrerer Anwaltskammern eingeführt, die Hagia Sophia wurde in eine Moschee verwandelt ...

Es geht nicht nur um die Hagia Sophia, denn die ist bereits in Vergessenheit geraten. Es geht auch nicht um das Mehrkammersystem. In der Türkei wurden beispielsweise die Gesetze zum Bergbau in den letzten 18 Jahren 200 bis 300 mal geändert, im Wohnungsbau ebenfalls. Fünfzig voneinander völlig unabhängige Themen werden als Paket zusammenlegt und in einem einzigen Gesetz zusammengefasst, obwohl in einem solchen Paket tausende Verordnungen enthalten sind. Auch hier beobachten wir diese Dynamik und als Folge die Zerstörung der Institutionen. In solchen dynamischen Regimen bleibt der Führer die einzige Referenz. Ich glaube, in der Türkei gibt es folgendes Phänomen: die Zerstörung der Institutionen und die Übertragung der Legitimität konkret an einen Führer als konkrete Person und abstrakt an eine historische Mission, die das abstrakte Phänomen darstellt. Diese abstrakte Kategorie ist die historische Mission des Türkentums, welche in Malazgirt[5] begann, bis in alle Ewigkeit andauern und 2071 (1000 Jahre nach Malazgirt) wieder beginnen soll.

Was halten Sie von der Stärke-Schwäche-Gleichung? Greift Erdoğan an, weil er stark oder weil er schwach ist? Darüber gehen die Meinungen auseinander.

Soweit ich sehen kann, ist Erdoğan heute weitaus schwächer als 2013. In den 2000er Jahren war er trotz allem ein Führer mit demokratischer Legitimität. Es gelang ihm, verschiedene Gesellschaftsschichten anzusprechen und innerhalb seiner eigenen Partei hatte er zumindest die Gleichgewichts- und Kontrollmechanismen noch nicht zerstört. Heute ist Erdoğans letztes Wort die Quelle der Legitimität. Zeitgleich benötigt Erdoğan jedoch die Akteure des Kartells, damit seine Quelle der Legitimation in die Praxis umgesetzt und zum Subjekt werden kann. Die Beteiligten dieses Kartells sind die MHP und die Nationalisten. Auch Süleyman Soylu ist einer der Ak-

5 Mit dem Sieg der Seldschuken über die Byzantiner in der Schlacht von Manzikert, heute Malazgirt (kurd. Kelê) im Jahr 1071 begann die türkische Kolonisierung Anatoliens.



Mit der Losung »Es ist Zeit, sich zu organisieren!« besuchte die HDP die Arbeiterinnen und Arbeiter von LN Moda Tekstil im Bezirk Darıca in Kocaeli zur Stärkung demokratischer Bestrebungen. Foto: anf

teure, die die Susurluk-Tradition fortsetzen. Mehmet Ağar ist ebenfalls ein Akteur. Jeder Einzelne in diesem Kartell erweitert erheblich seinen eigenen Handlungsspielraum. Erdoğan ist also letztendlich sehr stark und schwach gleichzeitig.

Was sagen Sie zur Ansicht der Opposition, dass die Regierung sowohl innen- als auch außenpolitisch in Schwierigkeiten steckt und mit der nächsten Wahl definitiv abgewählt werden wird?

Eine Vorhersage ist nicht möglich. Es könnte Wahlbetrug geben oder Gesetze könnten geändert werden. Dies ist möglich, weil das Regime tatsächlich keine parlamentarische Vertretung benötigt. Mit anderen Worten, die Regierung könnte das Parlament auch offiziell suspendieren, indem sie es in ein Parlament umwandelt, das zwar formal existiert, aber nicht funktionsfähig ist. Im Grunde genommen ist dies jetzt schon der Fall. Diese Entmachtung des Parlaments ist gut erkennbar an den Beschlüssen rund um des Thema Gesundheit oder an den Antworten Berat Albayraks auf parlamentarische Anfragen. Er schickt einen Link und damit ist die Anfrage beantwortet.

Das Thema »Vorgezogene Wahlen« beschäftigt die Opposition im Parlament. Devlet Bahçelis Wortmeldung dazu gilt als entscheidend. Wird die Haltung der von Ihnen genannten Akteure und deren Interessenskonflikte der Hauptfaktor sein, der Erdoğans Schritte bei vorgezogenen Wahlen oder in anderen Bereichen bestimmen wird?

Genaue Vorhersagen zu treffen ist nicht möglich. In diesem Zusammenhang erinnere ich erneut an Hannah Arendt und Karl Kraus und ihre Ausführungen zur Unvorhersehbarkeit von dynamischen Regimen. Ich denke, jede unserer Vorhersagen über die AKP oder den Erdoğanismus kann morgen schon falsch sein. Jede logisch oder rational begründete Prognose kann nicht die Unvorhersehbarkeit berücksichtigen. Nach 2015/16 haben zwar einige Personen die Annäherung zwischen AKP und MHP erkannt, aber niemand hätte einen mit Hilfe der MHP so schnell vollzogenen Wechsel zum Präsidialsystem prognostiziert. Wenn ich von Unvorhersehbarkeit spreche, meine ich z. B. solch eine Entwicklung. Solche unvorhersehbaren Situationen sind daher bei der Analyse des Regimes notwendig und wichtiger als die Frage nach einer vorzeitige Wahl. Und fügt man diese Variable »Unvorhersehbarkeit« in die Gleichung ein wird diese unlösbar.



Ayşe Acar Başaran – für die HDP in Êlih (Batman) im Parlament und Sprecherin der Frauenversammlung – erklärte zu den Angriffen der AKP/MHP-Regierung auf Frauen: »Wir werden an den Errungenschaften festhalten, die wir mit großen Anstrengungen erzielt haben.« Foto: anf

Andererseits können sich die Interessen der Akteure des Kartells ändern. Aber auch das können wir nicht vorhersehen, denn wenn wir über Paramilitarisierung sprechen, dann sprechen wir über Mächte, die eindeutig legales oder illegales Gewaltpotential haben. Mit anderen Worten, PÖH (paramilitärische Polizeisondereinheit) ist eine Streitmacht, JÖH (militärpolizeiliche Sondereinheit) ist eine Streitmacht, SADAT (türkische Söldnerfirma) ist eine Streitmacht, und die syrischen Milizen sind Streitkräfte. Früher sprach man von der »einen Armee in der Türkei, die alles kontrolliert«. Das gilt heute nicht mehr. Diese Paramilitarisierung war bereits in den 70er- und in den 90er Jahren bei dem Susurluk-Fall zu beobachten. Mittlerweile gibt es sehr viele Akteure, die dieses Gewaltpotential haben und sich verselbständigen können. Und es ist derzeit wirklich nicht vorhersehbar, ob die Interessen dieser Beteiligten morgen noch mit Erdoğans Interessen übereinstimmen. Dies gilt auch für die MHP. Sie ist in diesen paramilitärischen Strukturen sehr stark vertreten. Es lässt sich heute keine Vorhersage dazu treffen, ob die Interessen der MHP morgen noch mit denen der AKP übereinstimmen. Aber sicher ist, dass Erdoğan mit dem Eintritt in einen paramilitärischen Prozess und mit der Beschleunigung dieses Prozesses ein hohes Risiko eingegangen ist.

»Die Gefahr tyrannischen Regimen gegenüber zu stehen, deren einzige Legitimität darin besteht, das eigene Überleben zu sichern, muss von der Politik überwunden werden. Es ist ein erschreckendes Katastrophenszenario für die Welt, in eine postpolitische Ära einzutreten und es könnte das Ende der Weltgeschichte heraufbeschwören«, sagen Sie. Entfernt sich die Türkei von der Möglichkeit, das Problem politisch zu lösen?

Eigentlich habe ich diese Sätze in Bezug auf Europa formuliert. Die Kommunalwahlen in Italien gaben aber in diesem Sinn Hoffnung; die rechtsradikale und die rechte Koalition scheiterten.

Meiner Meinung nach ist es gegenwärtig in der innenpolitisch auf Parteipolitik reduzierten Türkei sehr schwierig, die Krise zu überwinden. Aber in der Türkei gibt es Widerstandsfronten. Diese müssen gestärkt, ausgebaut und miteinander in Kontakt gebracht werden. Dies gilt für die kurdische Bewegung, für die Frauenbewegung und auch für die Orte und Mechanismen der Sozialisation junger Menschen, die zwar als unpolitisch gelten, aber auch ernstzunehmende Erwartungen haben. Mit anderen Worten, es wäre ein schwerwiegender Fehler, die Überwindung der Krise und die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft nur mit Wahlen in Verbindung zu bringen.

Eine der derzeit dringendsten Anforderungen ist es, die Welt zu verstehen, die politischen Ereignisse einzuordnen und bei klarem Verstand zu bleiben.

Die Geschichte Frankreichs nach 1958 besteht aus 15 bis 20 historischen Meilensteinen. Betrachten wir die Türkei, zumindest nach 2013, so gibt es Hunderte von Entwicklungen, die vom Regime als »historischer Bruch« definiert werden und einem schwerwiegenden Verlust von Gedächtnis und Verstand den Weg ebnen. Die Bereiche des Widerstands sollten das Wiederaufleben des Verstandes ermöglichen. Diese Bereiche können persönlich oder kollektiv sein, die Form eines Theaters oder von Lesezentren annehmen, aber sie müssen auf der gesellschaftlichen Ebene die Legitimität des Widerstands durchsetzen. Der Widerstand muss als legitimes Recht definiert werden, das die Staatsbürgerschaft konstituiert. ♦

Die neoosmanischen Träume Erdoğans

Die Ziele des faschistischen türkischen Regimes

Hatip Dicle, kurdischer Politiker im deutschen Exil

Die Republik Türkei ist aus den Trümmern des Osmanischen Reiches entstanden. In der Zerfallsphase des Osmanischen Reiches hatte das sogenannte Komitee für Einheit und Fortschritt (KEF, türk. İttihat ve Terakki Cemiyeti) die Macht an sich gerissen. Die Mitglieder des KEF präsentierten sich als Repräsentanten eines europäischen Modernismus und gelten als Urheber des »Türkismus« bzw. des türkischen Nationalismus als Ideologie. Mit ihrer Machtübernahme wurde folglich der Osmanismus[1], als bisheriger ideologischer Kitt des Großreiches für nicht mehr zeitgemäß erachtet und verbannt. Die Reaktion des Komitees auf die Gebietsverluste des Osmanischen Reiches im Balkan und den Aufständen in den arabischen Gebieten war die Ideologie des Türkismus.

Zerfall des Osmanischen Reichs

Das strategische Ziel des Türkismus war eindeutig: Das Osmanische Reich zerfiel im Zeitalter des Nationalismus an seiner Vielfalt. Um den weiteren Zerfallsprozess zu stoppen, sahen die neuen Machthaber es als unausweichlich an, die christlichen Bevölkerungsgruppen auf dem Territorium des Reiches physisch auszulöschen. Die muslimischen Bevölkerungsgruppen hingegen sollten mittelfristig assimiliert (türkisiert) und so zu einem Bestandteil des Reiches gemacht werden. Die Umsetzung dieses Plans erfolgte rasch. Im Flächenbrand des Ersten Weltkrieges wurden die armenische Bevölkerung im Reich ebenso wie die Suryoye und die (Pontos-)Griechen einem Genozid ausgesetzt. Heute lassen sich kaum noch die Spuren dieser Völker in ihrer einstigen Heimat Anatoliens finden.

1 Im Osmanischen Reich stand die gemeinsame islamische Identität der Bürger*innen im Vordergrund, während die ethnische Zugehörigkeit eine untergeordnete Rolle spielte. Auch gegenüber Mitgliedern des Christentums und des Judentums zeigte sich die osmanische Führung weitgehend tolerant. Diese mussten lediglich eine zusätzliche Kopfsteuer (Dschizya) zahlen. Weitere religiöse Identitäten (Aleviten, Êzîden etc.) wurden hingegen nicht auf gleicherweise geduldet.

Assimilation und kultureller Genozid

Nach der Gründung der Republik Türkei 1923 sollte der nur halb vollzogene Plan des KEF vollständig umgesetzt werden. Nun war es an der Reihe die muslimische Bevölkerung, allen voran die Kurd*innen, zu assimilieren. Bereits 1925 wurde in diesem Rahmen der »Şark Islahat Planı« entworfen. Dieser Plan befasste sich mit nichts anderem als dem kulturellen Genozid der kurdischen Bevölkerung. Tatsächlich lässt sich sagen, dass der Plan bis in unsere Gegenwart weiter in Kraft ist. Zwischen 1925 und 1938 wurden die Aufstände der kurdischen Bevölkerung, die sich gegen diesen Plan richteten, blutig niedergeschlagen. In ganz Kurdistan wurden zehntausende Menschen grausam ermordet.

Im Ergebnis hat der türkische Staat unter der Führung von Mustafa Kemal seine Herrschaft konsolidiert und die Umsetzung der Ziele des KEF vorangetrieben. Bis in die 1980er Jahre sollte die Türkei ganz nach den Vorstellungen der Gründerväter des KEF unter den ideologischen Grundpfeilern des Türkismus und eines vermeintlichen Laizismus[2] geführt werden.

Projekt der »grünen Generation«

Doch 1980 kam es zu einer entscheidenden Kehrtwende, als unter der Führung kemalistischer Generale ein Putsch in der Türkei durchgeführt wurde. In jenen Jahren waren die USA und ihre NATO-Partner durch den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan und der islamischen Revolution im Iran äußerst verunsichert worden. Um den parallel wachsenden Einfluss der Sowjetunion im Mittleren Osten einzudämmen,

2 Das laizistische Selbstbild der Republik Türkei ist deshalb trügerisch, weil kurz nach der Gründung der Republik das Ministerium für Religionsangelegenheiten (türk. Diyanet) geschaffen wurde. Dessen Aufgabe besteht bis in die Gegenwart darin, eine staatlich kontrollierte Auslegung der sunnitisch-islamischen Glaubensvorstellung zu verbreiten. Ähnlich wie ethnisch nicht-türkische Bevölkerungsgruppen in der Republik türkisiert werden sollten, ist das Diyanet damit beauftragt worden, vom sunnitischen Islam abweichende Glaubensvorstellungen zu assimilieren.



10. Oktober Ankara 2015 – Kein Vergessen! Kein Vergeben!
Erinnerungsmarsch in Istanbul zu dem Angriff auf die Demonstrationen für Frieden und Demokratie am 10. Oktober 2015, bei dem 102 Menschen ermordet und mehr als 500 verletzt worden waren. Foto: anf

wurde deshalb das Projekt der »grünen Generation«[3] entworfen. Im Kern bedeutete die Strategie Folgendes: Im Mittleren Osten sollte der politische Islam als Ideologie stark gemacht werden und als Bollwerk gegen die Verbreitung der sozialistischen Ideologie dienen.

Der Putsch, der am 12. September 1980 unter der Führung von Kenan Evren und seinen Generalen durchgeführt wurde, folgte dieser NATO-Strategie. In der Türkei wurde fortan eine verstärkte Islamisierung der Gesellschaft vorangetrieben. Die heutige AKP und viele weitere islamische und islamistische Gruppierungen in der Türkei sind tatsächlich Folgeerscheinungen dieser Strategie. So wurden beispielsweise Imam-Hatip-Schulen für Mädchen und junge Frauen eingeführt. Eigentlich handelt es sich bei den Imam-Hatip-Schulen um staatliche Berufsfachgymnasien für die Ausbildung zum Imam und Prediger in der Türkei. Und da nach der islamischen Glaubensvorstellung keine Frauen als Predigerinnen fungieren können, ist klar, dass an diesen Schulen die Vorreiterinnen einer neuen islamischen Generation erzogen werden sollten.

Auch der Fethullah-Gülen-Orden und weitere islamische Gruppierungen konnten in der Folge des Putsches von 1980 innerhalb des Staates Fuß fassen. Die Gesellschaft wurde auf diese Weise Schritt für Schritt islamisiert. Auf diesem gesellschaftlichen und politischen Fundament konnte die AKP bei ihrer Machtübernahme aufbauen. In den letzten 18 Jahren ihrer Macht hat sie Wurzeln geschlagen und gemeinsam mit ihren radikalnationalistischen Bündnispartnern der MHP und Ergenekon[4] die islamische Umwälzung des Staates vorangetrieben.

Doch das Machtbündnis ist noch lange nicht an seinem Ziel angekommen. Das Erdoğan-Regime hat große Ziele, die es immer wieder auch in der Öffentlichkeit verlautbart. So ist das nächste Ziel, bis zum Jahr 2023 – dem 100-jährigen Jubiläum der türkischen Republik – den Staat vollständig in eine islamisch-türkische Republik umzuwandeln. Wir können durchaus sagen, dass sie durch den Staatsterror, mit dem sie die gesellschaftliche Opposition Schritt für Schritt beseitigt hat, diesem Ziel durchaus nähergekommen ist.

Die zweite strategische Zielmarke des AKP-Regimes ist das Jahr 2053. In diesem Jahr steht das 600-jährige Jubiläum der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen im Jahr 1453 an. Zwischen 2023 und 2053 soll die neoosmanische Expansionspolitik der Türkei ihre Ziele erreicht haben. Die Kriege und Besatzungsoperationen der Türkei in Libyen, Syrien und Südkurdistan sowie die artikulierten Ansprüche im Mittelmeer deuten bereits an, in welche Richtung es auch in den kommenden Jahren gehen soll.

Die dritte Etappe der Strategie schließlich soll bis zum Jahr 2071 abgeschlossen werden. Das wäre der tausendste Jahrestag der Schlacht bei Manzikert (Malazgirt), welcher den Beginn der türkischen Einwanderung im heutigen Anatolien markiert. Tausend Jahre nach der Schlacht von Manzikert will das AKP-Regime die Türkisierungspolitik innerhalb des anvisierten neoosmanischen Großraums zu einem Abschluss bringen. Erdoğan hat diese Ziele, die zugleich Teil eines staatliches Gesamtkonzepts sind, selbst zum Ausdruck gebracht. Sollte also ihre Kraft ausreichen, werden sie mit allen Mitteln versuchen, ihre neosmanischen Träume zu verwirklichen. ♦

3 Später haben die USA ihre Politik der grünen Generation durch das Konzept des »gemäßigten Islam«als Gegenstück zum radikalen Islam reformiert.

4 Die Ergenekon-Gruppe gilt als ein Kreis ultranationalistischer Kemalisten, die innerhalb des Militärs und des sogenannten Tiefen Staates organisiert ist. Die AKP hat zunächst mit den Ergenekon-Prozessen zwischen 2007 und 2013 versucht, die Gruppe auszuschalten, weil diese als Gefahr für die eigene Machtstellung erachtet wurde. Nach dem Zerwürfnis mit dem Gülen-Orden suchte die AKP allerdings den Schulterschluss mit der Ergenekon-Gruppe. Ab 2016 wurden zahlreiche Mitglieder der Gruppe aus der Haft entlassen. Seither ist von einem inoffiziellen Machtbündnis zwischen der AKP, der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) und der Ergenekon-Gruppe an der Spitze des türkischen Staates die Rede.

Wenn der Widerstand stark genug ist, ist die Politik der Türkei zum Scheitern verurteilt

Nostalgische Träume von Dominanz und Herrschaft

Interview von Zübeyir Aydar, Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK)

Herr Aydar, aktuell befindet sich die Türkei in einer tiefen Krise. Dutzende Abgeordnete, Bürgermeister*innen, Politiker*innen, Herr Abdullah Öcalan, Selahattin Demirtaş (der Vorsitzende der Demokratischen Partei der Völker - HDP) und weitere tausend Menschen befinden sich im Gefängnis. Wie erklären Sie sich diese schweren Verstöße gegen Menschenrechte als Jurist und kurdischer Politiker?

Die Situation ist offensichtlich. Wir haben 36 Jahre Krieg gegen den türkischen Staat hinter uns. Seit ihrer Gründung, wenn nicht sogar schon davor, verfolgt die Türkei eine antikurdische Vernichtungspolitik. Diese wendet sich nicht nur gegen Kurd*innen, sondern gegen alle Völker Anatoliens, die sich nicht der Türkisierung unterwerfen.

Schon die Politik des osmanischen Staates gründete auf Massakern. Zur Zeit der Nationalisierung begingen die Ittihadisten (Jungtürken) geplante Massaker. Vor allem zu Beginn des 20. Jahrhunderts begannen türkisch-ittahidistische Gruppen, die sich in Mazedonien organisierten, mit der Umsetzung der Politik der ethnischen Säuberung. Ab den 1920er Jahren dehnte sich diese Politik auf ganz Anatolien aus. Sie entwickelte einen türkischen Nationalismus, der auf der Idee basierte, alle im osmanischen Reich lebenden Völker und Kulturen zu vernichten, begründet auf der Idee des sozialdarwinistischen Nationalismus. Es wurde der Eindruck erzeugt, die verschiedenen Kulturen würden sich feindlich gegenüberstehen und eine friedliche Koexistenz wäre nicht möglich. Mit dieser politischen Rechtfertigung konnte der Starke die Schwachen beseitigen. In diesem Rahmen lässt sich in den Ursprüngen des türkischen Nationalismus ein sozialdarwinistisches Verständnis finden, also ein Nationalismus, der sich durch Massaker am Leben erhält und andere Völker vernichtet.

Die Gruppe, die sich in Mazedonien formierte, ist für den Genozid 1915 und darauf folgende weitere Massaker verantwortlich. Zunächst waren Armenier*innen, dann anatolische Griechen*innen, Pontusgriech*innen, Assyrer*innen und Aramäer*innen Ziele der Verfolgungen. Die Gründer der Republik Türkei und die Verantwortlichen der heutigen Kurdistan-Politik haben dieselbe Geisteshaltung. In der Türkei herrscht noch immer die Geisteshaltung, die die Anfänge um 1900 prägte und die zur Auslöschung anderer Völker führte. Diese Geisteshaltung rechtfertigte die Säuberung Istanbuls und Anatoliens von Griech*innen, die Säuberung der Schwarzmeerregion von Pontusgriech*innen, den Genozid an den Armenier*innen und die weitgehende Vernichtung der Assyrer*innen und Aramäer*innen. Es blieben noch die Kurd*innen als letztes Ziel, doch deren Vernichtung und Vertreibung gelang nicht wie geplant.

Heute intensiviert der türkische Staat erneut seine Aggression gegenüber der kurdischen Bevölkerung. Von 2015 bis heute versucht das Bündnis aus AKP, MHP und Ergenekon[1], die kurdische Bevölkerung zu vernichten. Der Staat nutzt jede Möglichkeit und jedes Mittel, um anzugreifen. Sie haben es angesprochen, mit der Verhaftung von Bürgermeister*innen, Abgeordneten und Dutzenden anderer Menschen, mit der Isolationshaft des kurdischen Repräsentanten Apo *[Abdullah Öcalan]* werden schwere Menschenrechtsverletzungen begangen. Diese muss man in den oben beschriebenen Rahmen genozidaler Politik einordnen und in diesem Kontext verstehen.

Heute sind die radikal osmanisch-islamistische AKP (Menschen aus dem Umfeld Erdoğans vertreten diese Linie), Mitglieder der Ergenekon, die ittahidistische MHP und die republikanische CHP in der Türkei an der Macht. Somit bedroht der sozialdarwinistische türkische Nationalismus mit islamischen Elementen die Kurd*innen mit Vernichtung. Das Vorgehen gegen Kurd*innen ist eine genozidale Politik. Das ist unsere Ansicht und dagegen kämpfen wir.

1 Ergenekon ist eine mafiöse ultranationalistische Struktur innerhalb der staatlichen und ökonomischen Strukturen der Türkei, die im Hintergrund versucht, politische und ökonomische Entscheidungen zu bestimmen. Oft wird sie auch »Tiefer Staat« genannt.



Am 13. September 2020 gingen Tausende aus Efrîn und Şehba auf die Straßen um die Kampagne des KCK zu unterstützen, die die Losung hat: »Stopp der Besatzung – Zeit für die Verteidigung der Revolution!« Foto: anha

Die Türkei schlittert immer tiefer in die Krise, verstärkt durch eine aggressive Innen- und Außenpolitik. Im Inneren des Staates greift die türkische Regierung Nordkurdistan an und außenpolitisch agiert sie aggressiv und expansionistisch. Türkische Truppen und ihre dschihadistischen Verbündeten besetzen inzwischen einen großen Teil der Grenzregion in Rojava/Nordsyrien. Tausende dschihadistische Terroristen aus Idlib/Syrien kämpfen im Auftrag der Türkei in Libyen. Was sind nach Ihrer Meinung die Gründe für diese Politik? Welche Ziele verfolgt sie?

Es ist richtig, dass sich die Türkei mit nahezu allen ihren Nachbarstaaten im Streit befindet. Im Inneren und außerhalb befindet sie sich mit Kurd*innen im Krieg. Es ist ein rücksichtsloser und brutaler Krieg gegen die kurdische Bevölkerung, der in Rojava (Syrien), Südkurdistan (Irak), und innerhalb der Türkei (Nordkurdistan) geführt wird. Doch damit gibt sich die Türkei nicht zufrieden. Sie greift in den Bürgerkrieg in Libyen ein und mischt im armenisch-aserbaidschanischen Konflikt mit, indem sie aserbaidschanische Soldaten ausbildet. Darüber hinaus trägt ihr machtpolitisches Bestreben Konflikte über Katar in die Golfregion, nach Jemen, nach Somalia und in den Sudan und verstärkt die vorliegenden Krisen. Auf der anderen Seite richtet sie ihr Augenmerk auf das östliche Mittelmeer, auf Zypern und Griechenland. Führende Persönlichkeiten in der Türkei lassen nostalgische Träume von Dominanz und Herrschaft in der Region wieder aufleben. Diese Personen regieren aktuell die Türkei. Recep Tayyip Erdoğan sieht sich selbst als Sultan Süleyman, andere orientieren sich an turanistischen[2] Expansionsplänen. Weil diese Politiker*innen an der Macht sind, herrscht im inneren des Landes und nach außen Krieg. Sie betreiben eine Expansionspolitik. Eine solche Herrschaft mit Erdoğan an der Spitze, der als Diktator regiert wie einst Saddam, begnügt sich nicht mit innenpolitischer Macht. Sie greift überall an, verursacht und verstärkt Probleme. Diese Politik ist durchdacht, geplant und entsteht nicht spontan. Es ist eine »enveristische« Politik[3]. Das Ergebnis dieser Politik ist abhängig vom Widerstand der Gegenkräfte. Stellt sich ihr niemand in den Weg, breitet sie sich soweit wie möglich aus. Aber ihre Stärke darf nicht überschätzt werden. Wie einst Enver, ist

2 Synonym für Panturkismus. Pseudohistorische Ideologie über die Einheit aller Turkvölker

3 Enver Pascha, führender Jungtürke

auch sie zum Scheitern verurteilt, wenn der Widerstand stark genug ist.

Die Türkei bedroht Griechenland und Zypern mit Marineeinheiten, fordert die Rückgabe griechischer Inseln an die Türkei und fordert das Recht auf Öl- und Gasförderung im Mittelmeer. Wohin führt die Kriegs- und Angriffslust Erdoğans, der zunehmend von Europa und der Welt isoliert wird?

Die Probleme im östlichen Mittelmeer, auf Zypern und in der Ägäis sind ernst, sie hängen mit der Expansionspolitik der Türkei zusammen. Erdoğan stellt den Vertrag von Lausanne in Frage: »In Lausanne haben sie uns einen Großteil unserer Gebiete genommen, das werden wir nicht hinnehmen«. Vor einigen Tagen äußert sich Devlet Bahceli (Vorsitzender der Partei der Nationalistischen Bewegung, MHP) über zwölf der durch Verträge von Italien an Griechenland übertragenen Inseln »Die Status der Inseln müssen erneut angesprochen werden, denn es sind türkische Inseln«. Eine solche Äußerung Bahcelis ist ernst zu nehmen und bedeutet, dass die tatsächlichen Ziele im Mittelmeer weit über die Erdgas- und Erdölsuche hinausgehen. Die Türkei hätte mit Zypern, Griechenland und anderen Staaten den Dialog suchen können und die Probleme hätten durch Verhandlungen behoben werden können. Doch das ist nicht die Absicht der Türkei. Derzeit betrachtet sie sich selbst als stark, ihre Gegenüber aber als schwach. Sie schätzt Zypern und Griechenland als schwach ein und folglich geht sie davon aus, ohne Weiteres expandieren und die dem türkischen Festland nahen Inseln annektieren zu können. Das ist das Produkt der Expansionspolitik der Türkei.

Die derzeitige Politik der Türkei als sozialdarwinistische Politik ist auf Vernichtung ausgelegt. Sie basiert auf unserer Nichtexistenz. Kurd*innen sollen durch gewaltsame demografische Veränderungen aus dem Weg geräumt werden. Mit dieser Mentalität kann es keinen Frieden geben. Von der derzeitigen Regierung erwarten wir als Bewegung keine politische Lösung.

Das griechische Volk und seine Regierung müssen die Ereignisse aus dieser Sicht bewerten und dementsprechend Vorkehrungen treffen. Dazu gehört eine starke Verteidigung. Eine andere Sprache versteht die Türkei nicht. Andernfalls wird sie ihre aggressive Politik weiterführen. Genau wie einst Nordzypern, so könnte sie auch die nahegelegenen Inseln besetzen. Diese Gefahr muss ernst genommen werden. Auch ein Angriff auf Zypern liegt im Bereich des Möglichen.

Diktatoren wie Erdoğan können jederzeit um sich schlagen. Saddam griff im Inneren Kurd*innen an und massakrierte sie mit chemischen Waffen. Er griff den Iran an, führte gegen ihn acht Jahre einen sinnlosen Krieg und drang dann in Kuwait ein. Hätte er sich Kuwait einverleiben können, hätte er von dort andere Golfstaaten ins Visier genommen. Die Welt stoppte ihn. Die Regierenden in der Türkei befinden sich auf denselben Pfaden. Meines Erachtens müssen zunächst alle Opfer der Angriffe eine Koalition bilden und gemeinsam gegen die Angriffe Widerstand leisten. Ich meine damit das griechische und das kurdische Volk, die Armenier*innen und Araber*innen. Auch die durch die Flüchtlingspolitik und IS-Terror erpresste EU und die restliche Welt müssen der aggressiven türkischen Politik Einhalt gebieten. Diese Diktatoren geben nach, sobald sie einer Kraft begegnen, die ihre eigene übersteigt. Aus diesem Grund sollten sich die USA nicht mit Stellungnahmen begnügen, sondern Maßnahmen ergreifen, vor allem auf dem Gebiet der Verteidigung. Erdoğan betrachtet sich selbst als zweiten M. Kemal oder Sultan Süleyman. Er würde 2023 gerne sagen »Mustafa Kemal gründete die Republik und ich erweitere sie im Jahr ihres 100-jährigen Bestehens«. Seine Ziele sind Rojava (Nordsyrien), Südkurdistan (Provinz Mossul) und die ägäischen Inseln. Diese Expansionspolitik ist ernstzunehmen und es sind Vorkehrungen dagegen zu treffen.

Wie könnte sich in der Türkei Erdoğans und Bahcelis die Kurdenfrage entwickeln? Gibt es die Möglichkeit einer politischen Lösung? Wenn ja, wie? Können Sie darlegen, wie die Haltung der kurdischen Freiheitsbewegung zu diesem Thema ist?

Die derzeitige Politik der Türkei als sozialdarwinistische Politik ist auf Vernichtung ausgelegt. Sie basiert auf unserer Nichtexistenz. Kurd*innen sollen durch gewaltsame demografische Veränderungen aus dem Weg geräumt werden. Mit dieser Mentalität kann es keinen Frieden geben. Von der derzeitigen Regierung erwarten wir als Bewegung keine politische Lösung. Unsere Haltung ist es, uns auf allen Ebenen zu verteidigen, indem wir uns gegen die Angriffe stärken. In der Türkei oder an anderen Orten, unsere Haltung ist die der Verteidigungspolitik. Solange diese Macht besteht, erwarten wir weder innen noch außen Frieden. Dementsprechend positionieren



Foto: archiv

wir uns neu und versuchen, uns entsprechend zu stärken. Türkische Regierende erzählen seit 37 Jahren »wir erledigen sie, wir haben sie erledigt«, sie greifen ständig an, und ja, sie besitzen spezielle Technologien, die sie mithilfe anderer Staaten angeschafft haben, vor allem Drohnen. Sie vertrauen auf diese Waffentechnik und verkünden Erfolge. Doch das entspricht nicht der Wahrheit. Diese Waffen sind auf dem Schlachtfeld nicht erfolgreich; auch wir entwickeln Maßnahmen gegen diese Technik. Wir werden uns verteidigen. Die Türkei plant jedes Jahr Programme, um uns zu besiegen. Wir dagegen setzen ihnen Jahr für Jahr eine größere Kraft entgegen. Seit 37 Jahren gibt es einen bewaffneten Kampf und wir setzen unseren Kampf fort. Die Türkei ist nicht so stark.

Mit anderen Worten, diese Regierung hat alle Ressourcen des Landes für den Krieg bereitgestellt und die türkische Wirtschaft bricht aufgrund der Kriegskosten allmählich zusammen. Die Soldaten können nicht überall eingesetzt werden stattdessen wird versucht, mit moderner Kriegstechnologie erfolgreich zu sein. Aber das kann nicht ewig so weitergehen. Niemand hat das Monopol über Technik. Auch wir finden Techniken, um die ihren unschädlich zu machen. Aus unserer Sicht steht die derzeitige Regierung der Türkei vor dem Zusammenbruch. Sie versucht, diesen Zeitpunkt hinauszuzögern. Ich bin davon überzeugt, dass wir ihr Ende mit einem entschlossenen Kampf beschleunigen können.

Zum Abschluss möchte ich betonen, wie wichtig und erfolgreich Solidarität unter den Völkern gegen Rassismus und Faschismus, Unterdrückung, Erpressung, Krieg und Massaker ist. In diesem Sinne sage ich Solidarität! Und immer wieder Solidarität! Ich grüße alle Ihre Leser*innen. ♦

Zur Person Zübeyir Aydars: Der Jurist und Politiker Aydar wurde 1961 in der Provinzstadt Dihê (Eruh) in Nordkurdistan geboren. Nach seinem Jurastudium bekleidete er das Amt des Vorsitzenden der IHD (Verein für Menschenrechte) und der Partei SHP (Sozialdemokratische Volkspartei). Bei den Parlamentswahlen 1991 wurde er als Kandidat der SHP als Abgeordneter der Provinz Sêrt (Siirt) ins Parlament gewählt. Im selben Jahr wechselte er zur kurdischen Partei DEP. Ihm sowie den DEP Abgeordneten Leyla Zana, Orhan Doğan, Hatip Dicle, Ahmet Türk, Sırrı Sakık und Mahmut Alınak wurde 1994 die Immunität entzogen. Nach einer Gefängnisstrafe, war er gezwungen, die Türkei zu verlassen.
Nachdem er 1994 in der Schweiz den Flüchtlingsstatus erhielt, begleitete er leitende Positionen in Organisationen wie dem 1995 gegründeten Kurdischen Parlament im Exil (PKDW) und dem 1999 gegründeten Kurdischen Nationalkongress (KNK).2003 wurde er zum Vorsitzenden des Kongra-Gel gewählt. Aktuell ist er Mitglied der KCK und des Exekutivrats der KNK.

Wem nützt es, Erdoğan zum personifizierten Bösen zu erklären?

Mein verrückter Freund

Arif Rhein, Mitarbeiter von Civaka Azad

Wer ein Problem nicht versteht, wird es nicht lösen können. Das gilt auch für die immer wieder aufflammende Debatte um die türkische Politik im Mittleren Osten. Nordsyrien, Südkurdistan, Libyen und nun auch Aserbaidschan bzw. Armenien: In all diese Konflikte ist die Türkei zutiefst verwickelt, gießt Öl ins Feuer der lokalen staatlichen und gesellschaftlichen Widersprüche. Das kann niemand bestreiten. Doch wem nützt es, Erdoğan zum personifizierten Bösen oder den türkischen Staat zum alleinigen Verantwortlichen für all diese Konflikte zu erklären? Titel wie »Und wieder Erdogan« (Spiegelonline[1]), »Erdogans neuer Krieg« (Welt[2]) oder »Darum ist der türkische Präsident Europas Angstgegner« (Handelsblatt[3]) spiegeln das verengte und realitätsferne Niveau der politischen Debatte in Deutschland wieder. Diese falsche Debatte, die auch in anderen Ländern auf ähnliche Art und Weise geführt wird, nützt vor allem internationalen Mächten. Es ist also kein Zufall, dass Deutschland als einer der wichtigsten Partner der Türkei seine eigene Gesellschaft mit einer verengten Scheindebatte von der zentralen deutschen Mitverantwortung für das türkische Kriegstreiben im Mittleren Osten ablenkt.

Erdoğan ein verrückter Einzeltäter

Verrückte tun verrückte Dinge. Sie schicken tausende arabische Söldner nach Libyen, greifen das demokratische Vorzeigeprojekt in Nordsyrien an, bombardieren und besetzen Südkurdistan oder rüsten Aserbaidschan im Konflikt gegen Armenien auf. Wer kann einem Verrückten wie Erdoğan vorwerfen, verrückt zu handeln? Die verkürzte Darstellung der Politik des türkischen Staates zu akzeptieren, so wie sie zum Großteil in deutschen Leitmedien erfolgt, ist sehr gefährlich. Denn sie bietet den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Verantwortlichen im deutschen Staatsbetrieb die Möglichkeit, zu vertuschen, wie sehr die aktuelle türkische Politik zu einem großen Teil ihren eigenen geopolitischen Interessen entspricht: Destabilisierung und Neugestaltung des Mittleren Ostens zum eigenen Vorteil, Zerschlagung demokratischer Kräfte in der Region – ob Bewegungen wie die PKK oder politische Projekte wie die Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien – und Zugang zu den natürlichen Ressourcen. Es erscheint daher nicht als Zufall, dass die deutsche Gesellschaft durch einen politischen und medialen Diskurs getäuscht wird, der die Verantwortung für die rücksichtslose Umgestaltung des Mittleren Ostens entlang der Interessen internationaler Mächte einem angeblich verrückten Einzeltäter namens Erdoğan zuspricht. Die Gesellschaft Deutschlands und insbesondere ihre demokratischen Kräfte sollten sich davor hüten, auf diese Debatte reinzufallen.

Ohne die kapitalistischen Zentren kann der grüne türkische Faschismus keine Schritte unternehmen

Abdullah Öcalan stellt in seiner fünften Verteidigungsschrift auf Grundlage seiner jahrzehntelangen direkten Auseinandersetzung mit dem türkischen Staat einige grundlegende Beobachtungen an, die auch uns in Deutschland bzw. Europa weiter helfen können: »Die hegemonialen Kräfte der kapitalistischen Moderne achten tunlichst darauf, die regionalen Nationalstaaten als Verantwortliche für die Maßnahmen – diese reichen bis hin zu Völkermorden – gegen die Völker und Nationen der Region darzustellen. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Es sind die hegemonialen Kapital- und Ideologiemonopole selbst, die die Eliten dieser Nationalstaaten eigenhändig erschaffen haben und für deren ideologisch-militärisch-politisches Auskommen sorgen. So wurden z. B. die laizistischen, weißen türkischen Faschisten[4], die für die Völkermorde in Anatolien und Mesopotamien verantwortlich gemacht werden, im ideologischen und materiellen Sinne vollständig mit-

1 https://www.spiegel.de/politik/ausland/bergkarabach-was-will-die-tuerkei-im-konflikt-armenien-aserbaidschan-a-91c75633-411e-4f75-a8c5-0675d3596830

2 https://www.welt.de/politik/ausland/plus216697720/Berg-Karabach-Erdogans-neuer-Krieg.html

3 https://www.welt.de/politik/ausland/plus216697720/Berg-Karabach-Erdogans-neuer-Krieg.html

4 Abdullah Öcalan unterscheidet in seinen Schriften zwischen drei Formen des türkischen Faschismus, die sich seit der Gründung des türkischen Nationalstaates abwechselnd in Konflikten und Allianzen miteinander befinden: weißer (Linie der CHP), schwarzer (Linie der MHP) und grüner (Linie der AKP) türkischer Faschismus.

hilfe der hegemonialen Kräfte (Engländer, Franzosen, Deutsche, USA) aufgebaut. Ohne die Unterstützung dieser Mächte wären sie nie in Erscheinung getreten. […] In Form der nationalistischen Ideologien, die unter dem Label des Islamismus erschaffen werden, wird heute versucht, ähnliche Maßnahmen fortzusetzen. Dabei sind der historische Anteil Englands und der aktuelle Anteil der USA für diese ideologisch-organisatorischen Aufbrüche entscheidend. Ohne die Unterstützung der hegemonialen Kräfte wären diese islamistisch genannten Kräfte nicht einmal dazu in der Lage Luft zu holen. Das Zentrum des grünen türkischen Faschismus, der für die bis heute andauernden erneuten Völkermordmaßnahmen gegen die Kurdinnen und Kurden verantwortlich gemacht werden muss, liegt voll und ganz in London, Washington und Berlin. Ohne die Unterstützung dieser Zentren könnte der grüne türkische Faschismus keinen einzigen Schritt gehen. Auch in diesem Zusammenhang wird die Verantwortung dem traditionellen Islam zugesprochen. Doch genauso wenig wie der weiße türkische Faschismus etwas mit der soziologischen Wirklichkeit des Türkentums zu tun hat, so besteht auch nur eine äußerst schwache Beziehung zwischen dem grünen türkischen Faschismus und der traditionellen, soziologischen Realität des Islam. Ihre Existenz und Form wurde definitiv in Verbindung mit der kapitalistischen Moderne und dessen hegemonialen Kräften erschaffen. Auch ihr Weiterbestehen wird nur mit der Unterstützung dieser Kräfte möglich sein.«[5] Wer sich für konkrete historische Beispiele dieser allgemeinen Überlegungen interessiert, kann sich mit dem Einfluss des Franzosen Léon Cahun oder der deutschen Militärs Colmar von der Goltz, Helmuth von Moltke und Otto Liman von Sanders auf Ideologie, Organisierung und Praxis des türkischen Faschismus befassen.

Das Problem des türkischen Faschismus wurde und wird in Berlin, London, Washington und auch Moskau erschaffen.

Wer steckt hinter der Politik der Türkei?

Hinweise darauf, dass die »verrückten Ideen« Erdoğans u. a. in Berlin entwickelt werden, finden sich auch heute zahlreich. Die Worte des damalige Bundesinnenministers de Maizière brachten 2016 sehr deutlich zum Ausdruck, dass Berlin und Ankara gemeinsame Interessen und Ideen miteinander teilen: »Es gibt hier viele Möglichkeiten des Interessenausgleichs und der Zusammenarbeit.« bzw. »Ankara hat unter humanitären Gesichtspunkten zuletzt Bemerkenswertes geleistet. Dort sind 2,5 Millionen Flüchtlinge aus der Krisenregion in Syrien aufgenommen worden. Das verdient Anerkennung und nicht Kritik.«[6] Auch die Worte von Guido Steinberg, der sich für den in Berlin sehr einflussreichen Think-Tank Stiftung Wissenschaft und Politik mit dem Mittleren Osten auseinandersetzt, im April diesen Jahres sprechen Bände: »Seit 2015 gibt es eine neue Priorität in der türkischen Syrien-Politik. Diese besteht darin, zu verhindern, dass der dortige *[Nordsyrien]* Ableger der PKK, die so genannten Volksverteidigungskräfte, erstarkt und ein staatsähnliches Gebilde kontrolliert. Es wäre aus meiner Sicht auch folgerichtig, wenn sich die Türkei darauf konzentriert.«[7] Folgt man dieser Berliner Logik, macht es durchaus Sinn Efrîn, Girê Spî (Tall Abyad) und Serêkaniyê (Ras al-Ain) zu besetzen, Schläferzellen des sogenannten Islamischen Staats (IS) in der Region zu unterstützen und immer wieder gezielte Drohnenangriffe auf Verantwortungsträger der nordsyrischen Selbstverwaltungsstrukturen zu fliegen.

Die Gesellschaften können die Probleme gemeinsam lösen

Das Problem besteht also weder ausschließlich in einem verrückten Erdoğan, noch in einem vermeintlich vom demokratischen Weg abgekommenen türkischen Staatsapparat. Das Problem des türkischen Faschismus wurde und wird in Berlin, London, Washington und auch Moskau erschaffen. Es sind die Völker des Mittleren Ostens, die sich zunehmend gemeinsam der Verantwortung stellen, dieses Problem zu lösen. Gemeinsam mit den Gesellschaften Deutschlands, Englands, der USA und Russlands werden sie das Problem an der Wurzel angehen können. Auch ablenkende Scheindebatten wie sie in Deutschland über vermeintlich verrückte Despoten wie Erdoğan geführt werden, können das nicht vermeiden. Von dem Ergebnis des gemeinsamen Widerstandes werden nicht nur Kurd*innen, Araber*innen, Armenier*innen und die anderen Gruppen des Mittleren Ostens profitieren, indem sie der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch Krieg und Völkermord ein Ende bereiten. Auch die Gesellschaften Europas haben etwas Entscheidendes zurückzugewinnen: ihre Würde, ihre Moral und ihr Ansehen in der Welt, derer sie beraubt wurden, weil ihre Staaten in ihrem Namen eine menschenverachtende Politik im Mittleren Osten und anderen Teilen der Welt betreiben. ♦

5 Das Zitat ist auf S. 220 der türkischen Originalversion von Abdullah Öcalans fünfter Verteidigungsschrift *Die kurdische Frage und die demokratische Nation* nachzulesen. Es handelt sich hier um eine vorläufige Übersetzung.

6 https://www.faz.net/aktuell/de-maiziere-ueber-tuerkei-wir-sollten-nicht-schiedsrichter-bei-den-menschenrechten-sein-14106945.html

7 https://www.dw.com/de/provinz-idlib-die-t%C3%BCrkei-wird-diesen-konflikt-verlieren/a-53043235

Die Politik der Türkei zeigt Parallelen zum Vorgehen des deutschen Nationalsozialismus in Europa

Neoosmanische Politik ist Faschismus mit osmanischer Folklore

Dr. Elmar Millich, Vorstandsvorsitzender von AZADÎ e.V.

Die aktuelle aggressive Militärpolitik der Türkei wird in der Berichterstattung oft mit dem Attribut »neoosmanisch« umschrieben. Tatsächlich stellt der türkische Präsident Erdoğan die im Friedensabkommen von Lausanne 1923 festgelegten Grenzen der Türkei nicht nur in Frage, sondern schafft zunehmend durch eine Kombination offener und hybrider Kriegsführung Fakten, z. B. indem er Teile von Syrien besetzt und dort ethnische Säuberungen veranlasst. Auch jenseits ihrer unmittelbaren Nachbarländer setzt die Türkei von Libyen bis Aserbaidschan neben einer auf Drohungen und Erpressungen ausgerichteten Außenpolitik auf militärische Stärke. Dabei scheut sie aktuell im Gasstreit in der Ägäis auch nicht die Konfrontation mit den EU- und NATO-Staaten Griechenland, Zypern und Frankreich.

Der Begriff »neoosmanische Politik« birgt das mögliche Missverständnis, dass er das Bild einer gewissen Altertümlichkeit vermittelt und dadurch die Gefahr, die für die Region von der Türkei ausgeht, verharmlost. Wenn sich Erdoğan bei der Feier zur Wiedereröffnung der Hagia Sophia als Moschee mit Choreografien umgibt, die an die »Befreiung« Konstantinopels durch Sultan Mehmet II. erinnern, und Turbanträger auf Schimmeln reiten lässt, liegt es durchaus in seinem Interesse, dass er dafür im Ausland belächelt und damit auch unterschätzt wird.

Will man die Ziele und angewandten Methoden der Türkei in der aktuellen Situation besser verstehen, lohnt sich eine Betrachtung der Rüstungs- und Außenpolitik des nationalsozialistischen Deutschland bis zum offenen Ausbruch des zweiten Weltkriegs.

Ähnlich wie Deutschland nach der Machtübernahme Hitlers 1933 konsequent auf militärische Aufrüstung und eine gewisse Autarkie vor allem in Rüstungsfragen gesetzt hat, verfolgt auch die Türkei seit Jahren erklärtermaßen eine solche Politik. Eine eigenständige imperialistische regionale Politik lässt sich nun mal nicht umsetzen, wenn die eigene Rüstungspolitik auf Waffenimporte aus anderen Staaten angewiesen ist. Mittlerweile hat die Türkei diese Autarkie in allen wesentlichen Punkten erreicht. Abgesehen von militärischen Kampfflugzeugen und effektiven Luftabwehrsystemen, deren Entwicklung Erdoğan als nächstes Projekt angekündigt hat, kann die Türkei von Kleinwaffen über Munition bis hin zu Panzern und Militärschiffen das meiste Kriegsgerät inzwischen selbst herstellen. Ob es sich dabei um Eigenentwicklungen oder Lizenzproduktionen handelt, ist dabei aus machtpolitischer Sicht unerheblich. In manchen Bereichen der aktuellen Kriegstechnik – vor allem bei bewaffneten Drohnen – ist die Türkei mittlerweile führend. Das hat auch Auswirkungen auf Proteste und Widerstand der Friedensbewegung in Deutschland. Natürlich ist es wichtig, etwa mit der Kampagne »Rheinmetall Entwaffnen« die Bundesregierung wegen ihrer Kumpanei mit der Türkei anzuprangern und unter Druck zu setzen. Aber auch das rigideste Verbot von Rüstungslieferungen in die Türkei wird deren Krieg in Kurdistan mindestens für einen Zeitraum von weiteren zwei Jahren nicht stoppen können.

Erdoğan setzt auf die Kriegsmüdigkeit der europäischen Bevölkerung

Nach den Millionen von Toten im Ersten Weltkrieg herrschte in der Bevölkerung der europäischen Staaten und der USA eine starke Kriegsmüdigkeit, die dazu führte, dass der Aufrüstung Deutschlands und den Erpressungen Hitlers von ausländischer Seite niemand entgegentreten wollte. Darauf setzt auch Erdoğan in den aktuellen Konflikten und sprach es im Erdgasstreit mit der EU offen aus: »Wenn es ums Kämpfen geht, sind wir bereit, zu Märtyrern zu werden. Die Frage ist: Sind diejenigen, die sich gegen uns im Mittelmeer auflehnen, zu den gleichen Opfern bereit?« An die französische Bevölkerung gerichtet fuhr er fort: »Weiß das französische Volk um den Preis, den es wird zahlen müssen wegen seiner geldgierigen und inkompetenten Anführer?«. Im Mittleren Osten füllt die Türkei konsequent das militärische Vakuum aus, welches der teilweise Rückzug und eine ziellose Politik der USA dort hinterlassen hat. Dabei nimmt sie immer weniger Rücksicht



Die Bevölkerung von Serêkaniyê und Girê Spî muss den Besatzern weichen. Foto: anha

auf die internationale Staatengemeinschaft. Der Testfall für die Frage, wie weit sie dabei gehen kann, war die Invasion in Teile Rojavas/Nordsyriens zwischen Girê Spî (Tall Abyad) und Serêkaniyê (Ras al-Ain) im Oktober letzten Jahres. Während Erdoğan sich mit den USA und Russland wenigstens noch um formale Absprachen bemühte, die es den in der Region agierenden Supermächten erlaubte, ihr Gesicht zu wahren, konnte er die Proteste aus Brüssel, Berlin und Paris ignorieren, da Europa weder Willens noch in der Lage ist, ohne die Unterstützung der USA in der Region militärisch gegen die Türkei zu agieren. Einen ähnlichen Testballon startete Adolf Hitler 1938 mit der Besetzung des zur Tschechoslowakei gehörenden Sudetenlandes zum angeblichen Schutz der deutschen Minderheit, bevor er – bestärkt durch die Passivität von Frankreich und Großbritannien – ein halbes Jahr später den Rest der Tschechoslowakei besetzte und noch ein halbes Jahr später in Polen einmarschierte.

Nach den von der Weltöffentlichkeit hingenommenen Annektionen in Rojava/Nordsyrien war es nur eine Frage der Zeit, wann die Türkei das aus ihrer Sicht erfolgreiche Spiel direkter militärischer Gewalt in Südkurdistan[1] fortsetzt. Entsprechend erfolgten im Frühjahr dieses Jahres bis jetzt anhaltende Operationen vor allem in der Region Heftanîn im engen Bündnis mit der PDK[2]. Um die Proteste der irakischen Zentralregierung gegen den Einmarsch und die dauerhafte Errichtung von Militärstützpunkten im Norden Iraks muss sich Erdoğan nicht kümmern. Seiner hochgerüsteten NATO-Armee haben die durch viele Jahre Krieg und Bürgerkrieg geschwächten Nachbarländer Syrien und Irak nichts entgegenzusetzen. Wie zur Demonstration tötete die türkische Luftwaffe im August zwei ranghohe irakische Offiziere, die sich mit ihren Einheiten in die Nähe der Grenze der südkurdischen Autonomieregion begeben hatten. Die USA haben angekündigt, weitere Truppen aus dem Irak abzuziehen und scheinen die Türkei dort als potentiellen Counterpart gegen den Iran ihr Spiel spielen zu lassen. Um seine Ziele effektiv umzusetzen und den Blutzoll in der eigenen Bevölkerung gering zu halten, hält sich der NATO-Staat Türkei eine aus bis zu 100.000 Mitgliedern bestehende dschihadistische Söldnerarmee, die er vor allem in den besetzten Teilen Syriens rekrutiert. Diese setzt er mittlerweile nicht nur in den Nachbarländern, sondern auch in Libyen und Aserbaidschan ein. Die Mischung aus Kanonenfutter am Boden und Hightech-Luftunterstützung durch Kampfflugzeuge und Drohnen entwickelt sich zu Erdoğans »Wunderwaffe«, mit der er seine imperialistischen Ziele umsetzt. Zumindest konnte er

1 Die kurdischen Gebiete in Nordirak

2 Partiya Demokrat a Kurdistanê (Demokratische Partei Kurdistans, auf deutsch häufig auch KDP abgekürzt), bestimmt in der Autonomen Region Kurdistan im Norden Iraks die Regierung.

in Libyen den Kriegsverlauf bis zu einem gewissen Punkt in sehr kurzer Zeit umdrehen. Neben einer eher hybriden Kriegsführung scheut er aber auch, wie Anfang dieses Jahres im syrischen Idlib, nicht die direkte militärische Konfrontation mit der Großmacht Russland, welche zu größeren Verlusten auch bei der regulären türkischen Armee führte. Erdoğans militärische Stärke beruht zu einem großen Teil darin, dass er überhaupt bereit ist, kriegerische Auseinandersetzungen zu führen im Vergleich zu der stets auf Diplomatie setzenden EU.

Instrumentalisierung der turkmenischen Bevölkerungsgruppen

Parallelen im Agieren Nazideutschlands und der aktuellen türkischen Politik zeigen sich auch in der Instrumentalisierung von ethnischen Gruppierungen in den Nachbarländern, die der eigenen als zugehörig oder nahestehend betrachtet werden. Für Hitler waren es die angeblich schikanierten sogenannten »Volksdeutschen«, die im Mittelpunkt seiner »Fürsorge« standen. Unter »Volksdeutschen« verstand man deutschstämmige Personen, die außerhalb des deutschen Reiches zumeist in osteuropäischen Ländern lebten. Angebliche Schikanen gegen diese Gruppe benutzte Hitler für eine Droh- und Einflusspolitik in diesen Ländern bis hin zur Annektion des zur Tschechoslowakei gehörenden Sudetenlandes. Letztendlich diente die angebliche Verfolgung deutscher »Volksgenossen« 1939 auch als eine der Begründungen für den Einmarsch in Polen und damit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges. In ähnlicher Weise instrumentalisiert Erdoğan turkmenische Bevölkerungsteile von Cerablus (Dscharablus) in Nordsyrien bis Kerkûk (Kirkuk) im Irak, um sich in die Belange der dortigen Regionen einzumischen und »zum Schutz« der turkmenischen Minderheit gegebenenfalls militärisch zu intervenieren. Parallel werden Teile dieser Bevölkerungsgruppen schon im Vorfeld als fünfte Kolonne der Türkei aufgebaut und bewaffnet.

Auch die Kriegsverbrechen der Söldnertruppen der Türkei in den besetzten Gebieten Syriens in Form von ethnisch motivierten Vertreibungen, Plünderungen, Vergewaltigungen und Morden in der Zivilbevölkerung zeigen einige Parallelen zur Praxis der deutschen Wehrmachtstruppen und der SS in den von Deutschland besetzten Gebieten, auch wenn es natürlich in Bezug auf den Holocaust und die systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung gravierende Unterschiede gibt.

Vergleichbar mit der nationalsozialistischen Entwicklung in Deutschland sind auch die innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei. Spätestens seit dem gescheiterten Militärputsch von 2016 erfolgte eine Gleichschaltung von Medien und Justiz und die Aussetzung fast sämtlicher Grundrechte. Demokratisch gewählte BürgermeisterInnen der Demokratischen Partei der Völker (HDP) in den kurdischen Gebieten wurden aus dem Amt entfernt und inhaftiert. Ein ähnliches Schicksal widerfuhr auch vielen oppositionellen Bürgermeistern 1933 in Deutschland. In der deutschen Politik und Öffentlichkeit wird immer noch das Bild verbreitet, die Türkei sei prinzipiell ein Rechtsstaat, der sich auf temporären Abwegen befindet. Falscher könnte die Einschätzung nicht sein. Die Abschaffung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und die Spaltung der türkischen Gesellschaft in Freund und Feind ist systematischer und ideologischer Natur. Die behauptete permanente Bedrohung der Türkei durch innere und äußere Feinde ist seit Jahren die Grundlage für Erdoğans Machterhalt. Dazu gehört auch eine ständige Kriegspolitik, die die Bevölkerung zusammenschweißen und an ihn binden soll. Ein wirklicher Machtwechsel, und sei es auch nur durch eine Mehrheit der kemalistischen CHP, ist im politischen System nicht mehr vorgesehen. Dies zeigt nicht zuletzt, mit welcher Vehemenz die Wahl des CHP-Kandidaten zum Istanbuler Bürgermeister bekämpft wurde.

Deutschland hält der Türkei den Rücken frei

Es stellt sich die Frage: Wie lässt sich Erdoğan stoppen? Bislang sind es allein die demokratischen Zivilkräfte in der Türkei und Kurdistan sowie die bewaffneten Kräfte von HPG, YPG, YPJ und YBŞ/YJŞ, die Widerstand leisten und dabei große Opfer erbringen. Die internationale Staatengemeinschaft lässt die Türkei weitgehend gewähren und verzichtet auf Sanktionsmechanismen. Der UN-Sicherheitsrat, der sich mit vielen Konflikten befasst, übergeht das völkerrechts- und menschrechtswidrige Vorgehen der Türkei in den meisten Fällen. Ein Grund liegt in der Fehleinschätzung der UN-Veto-Mächte USA und Russland, welche glauben, sie könnten mit der Türkei nach wie vor ihr Spiel spielen, während die Türkei in der Region längst ihr Spiel mit ihnen treibt und die Agenda in Syrien und im Irak wesentlich vorantreibt, auch wenn sie gelegentlich zurückrudern und Kompromisse machen muss. Die Türkei zeigt auch, dass sie nicht bereit ist, sich an die wenigen gültigen Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats – etwa zum Waffenembargo gegen Libyen – zu halten, sondern erfasst französische Kriegsschiffe, die dieses Embargo durchsetzen wollen, mit ihrem Feuerleitradar. Auf europäischer Ebene ist es vor allem Deutschland, welches mit einer fast schon masochistischen Appeasementpolitik der Türkei für ihr aggressives Vorgehen im Inneren wie im Äußeren den Rücken freihält. Sowohl bei dem Einmarsch in Efrîn im Nordwesten Syriens 2018 als auch anlässlich der letzten Invasion in Nordsyrien, östlich des Euphrats im Oktober vergangenen Jahres, wurde die deutsche Bundesregierung nicht müde zu verlautbaren, dass sie die sicherheitspolitischen Interessen der Türkei in der Region respektiere. Damit akzeptiert Deutschland die Mär der Türkei vom angeblichen Kampf gegen den Terrorismus der PKK als

Motivation für ihre völkerrechtswidrige Aggressionspolitik. Ein Umdenken scheint hier auf deutscher Seite nicht in Sicht, auch wenn die Türkei in Libyen nicht weniger aggressiv agiert, wo bekanntermaßen weder KurdInnen leben noch die PKK präsent ist. Was hat es bitte auch mit dem »Kampf gegen die PKK« zu tun, wenn die Türkei in Efrîn und anderen besetzten Gebieten türkische Verwaltungsbeamte einsetzt, den Schulunterricht türkisiert und die türkische Lira als Währung einführt? Das sind völkerrechtswidrige Annektionsvorbereitungen und müssen als solche benannt und klar verurteilt werden. Auch mit der aktiven, immer weiter ausufernden Kriminalisierung von kurdischen Oppositionellen in Deutschland betreibt die Bundesregierung das Geschäft der Türkei, indem deren Sichtweise übernommen und auf Deutschland übertragen und jegliche oppositionelle Tätigkeit durch kurdische Menschen als »Terrorismus« stigmatisiert wird. Wie will man glaubhaft gegen die Inhaftierung von HDP-PolitikerInnen in der Türkei protestieren, wenn man kurdischen AktivistInnen hier in den § 129b-Verfahren[3] vorwirft, sie hätten eben für diese Partei Wahlkampf betrieben? Eine Annäherung auf europäischer Ebene, welche die Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland und die Anerkennung eines diplomatischen Status der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien enthält, wäre eine deutliche Antwort an den türkischen Staat, die dieser auch versteht. Stattdessen sabotiert Deutschland französische Initiativen, wirtschaftliche Sanktionen auf europäischer Ebene zu verhängen und lässt absurde juristische Fachsimpeleien zu, ob Symbole von YPG und YPJ auf Deutschlands Straßen per se verboten sind oder nur, wenn sie ersatzweise für Kennzeichen der PKK gezeigt werden. Kann man ein deutlicheres Einverständnis mit der türkischen Politik in Syrien vermitteln?

Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Maas werden nicht müde zu wiederholen, dass es wichtig sei, mit der Türkei im Dialog zu bleiben. Warum eigentlich? Mit einer aktuell faschistischen Türkei, die in fast allen Nachbarländern Krieg führt und Grenzziehungen in Frage stellt, über einen EU-Beitritt zu diskutieren, ist nicht weniger absurd als es Gespräche zu dem Thema mit dem syrischen Präsidenten Assad wären. Als Begründung für die Wichtigkeit eines fortgesetzten Dialogs wird auf die Befindlichkeiten der Millionen EinwohnerInnen in Deutschland mit türkischem Migrationshintergrund verwiesen. Nun, niemand will ihnen verbieten, Verwandtschaften und Freundschaften in der Türkei zu pflegen. Ihnen wäre mehr geholfen, wenn die Bundesregierung sie davor schützen könnte, bei ihren Besuchen in der Türkei verhaftet zu werden, als wenn sie Erdoğan hofiert. Oft wird ins Feld geführt, die Türkei könnte sich aus der NATO entfernen. Abgesehen davon, dass dies für Linke nun sicher kein Grund zum Weinen ist, könnte die EU Erdoğans meisterhaftes Pingpongspiel zwischen den Blöcken auch durchkreuzen. Etwa indem sie das unter Mitwirkung des russischen Außenminister Lawrow ausgehandelte Grundsatzübereinkommen zwischen dem innersyrischen Oppositionszusammenschluss »Demokratischer Syrienrat (MSD)« und VertreterInnen der Autonomieverwaltung von Nord- und Ostsyrien über eine demokratische Umgestaltung Syriens unterstützt. Im besten Erfolgsfall könnte das auch die Heimkehr syrischer Flüchtlinge aus der Türkei in ihre Herkunftsregionen ermöglichen und so nebenbei Erdoğans Erpressungsspiele gegenüber Griechenland und der EU beenden. Dieses Drohpotential hat sich zudem Anfang dieses Jahres deutlich reduziert. Um Unterstützung für ihren Krieg im syrischen Idlib zu erpressen, brachten türkische Behörden kurz vor der Corona-Krise nicht nur Zehntausende Geflüchtete zumeist aus Syrien und Afghanistan direkt an die griechische Grenze, sondern türkische Polizisten beschädigten auch aktiv griechische Grenzanlagen, um jenen den Übertritt zu ermöglichen. Trotzdem gelang es der Türkei nicht, Flüchtlinge wie 2015 im größeren Umfang auf europäisches Territorium zu bringen. Um nicht falsch verstanden zu werden: Die Bilder der Geflüchteten im Niemandsland, die von türkischen Polizisten mit Tränengas vor- und von deren griechischen Kollegen – teilweise sogar unter Anwendung von Schusswaffen – wieder zurückgetrieben wurden, sind eine Schande. Aber für Erdoğans Erpressungspolitik bedeutete dieses Scheitern einen herben Rückschlag.

Dialog mit der Türkei ohne Ende?

Erdoğan weiß um die offene Flanke seines »neoosmanischen« Projekts: es ist die ökonomische Schwäche der Türkei. Dabei ist er sowohl in der realen Ökonomie als auch in Bezug auf die Finanzmärkte von Europa abhängig. Solange er sich sicher sein kann, dass Deutschland seine schützende Hand über ihn hält, wird er seinen faschistischen Unterdrückungsapparat im Inneren ausbauen und auch seine militärischen Aggressionen fortsetzen. Auch Hitler blieb bis 1939 mit allen europäischen Ländern im Dialog und setzte seine Agenda Schritt für Schritt um, bis er sich stark genug fühlte, auf Dialoge verzichten zu können. Erdoğans Pläne sehen nichts Anderes vor.

Wie oben schon erwähnt, liegt seit Jahren die Hauptlast im Kampf gegen den türkischen Faschismus bei der kurdischen Befreiungsbewegung und Teilen der Zivilgesellschaft in der Türkei. Aufgabe linker Solidarität hier in Deutschland ist es, auch auf diplomatischer Ebene für Entlastung zu sorgen. Die faschistischen Ambitionen der Türkei und die diplomatische Unterstützung durch die Bundesregierung müssen noch stärker demaskiert werden mit dem Ziel, die türkische Regierung und Präsident Erdoğan auf internationaler Bühne diploma-

3 § 129b im deutschen Strafgesetzbuch regelt das Verbot der Mitgliedschaft oder Unterstützung einer »terroristischen Vereinigung im Ausland«. Nach diesem Paragraphen werden immer wieder u.a. kurdische Menschen wegen (angeblicher) Tätigkeiten für die PKK verurteilt.



Fotografisches Wandgemälde »Rojava Street« in der Via Santa Caterina in Livorno/Italien, eine Zusammenarbeit von »Refugio« und dem »Miranda Project«. Foto: anf

tisch zu isolieren. Festbankette für faschistische Machthaber wie zuletzt im September 2018 mit Bundespräsident Frank Walter Steinmeier darf es in Deutschland definitiv nicht wieder geben. Kriegsverbrechen der Türkei und ihrer Söldnertruppen müssen konsequent aufgedeckt und vor internationalen Strafgerichten zur Anzeige gebracht werden.

Zudem bedarf es einer Umorientierung in der deutschen und europäischen Syrienpolitik, die bislang gemäß dem Motto »Assad muss weg« primär auf die Eindämmung des Einflusses Russlands ausgerichtet ist und durch – in Bezug auf die syrische Regierung – wirkungslose Sanktionen das Elend der Bevölkerung in Syrien und auch in Rojava verschärft. Grundlage dieser neuen Politik muss das Selbstbestimmungsrecht der syrischen Bevölkerung sein, dazu gehört auch der Abzug und die Nichteinmischung ausländischer Interventionskräfte. In diesen Verhandlungen werden auch VertreterInnen der Autonomieverwaltung von Nord- und Ostsyrien eine gewichtige Rolle spielen. Für Deutschland bedeutet dies selbstverständlich auch einen radikalen Bruch mit der bisherigen Kriminalisierungspolitik gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung.

Aus den Regierungsparteien und den staatlichen Verwaltungsapparaten wird es gegenüber einer solchen Umorientierung viel Widerstand geben. Hier gilt es vermehrt, auch länderübergreifende Solidaritätsarbeit auf europäischer Ebene zu leisten, da Deutschland mit seiner Bewertung und Kriminalisierung vor allem in Bezug auf YPG und YPJ weitgehend isoliert dasteht.

In Deutschland selbst bietet die Analyse der aktuellen faschistischen Entwicklung in der Türkei die Möglichkeit, den Widerstand zu einem breiten antifaschistischen Bündnis auszuweiten, welches über »Solidarität mit Kurdistan und Rojava« hinausgeht.

Kann der »neoosmanische« Traum von Erdoğan Bestand haben? Nein, dafür gibt es im 21. Jahrhundert weder materielle noch realpolitische Voraussetzungen. Es ist Erdoğans persönlicher Wahn, den er unter dem Applaus der MHP der türkischen Bevölkerung wie ein langsam wirkendes Gift einträufelt, vergleichbar mit Hitlers Wahn von Deutschland als angeblichen »Volk ohne Raum«, den es im Osten zu gewinnen gelte unter Vertreibung und Versklavung der ansässigen Bevölkerung. So wie Deutschland den Krieg schon verloren hatte, als 1939 die ersten Schüsse in Polen fielen, werden auch Erdoğan und sein Faschismus zusammenbrechen. Unser Job ist es dabei zu helfen, dass dies möglichst schnell passiert. ♦

Zwei Staaten, eine feindselige Rechtspraxis

Mahmut Şakar, Rechtsanwalt und stellvertretender Vorsitzender von MAF-DAD e.V. – Verein für Demokratie und internationales Recht

Die herrschende türkische Politik, die sich in drei Teilen Kurdistans in genozidaler Absicht gegen die kurdische Bevölkerung richtet, macht sich seit geraumer Zeit Europa für seine Angriffe zunutze.

In den letzten Jahren, seit der Amtszeit Süleyman Soylus als Innenminister, wurden viele in Europa lebende Bürger*innen, die in die Türkei gereist sind, festgenommen, verhaftet und teils zu Strafen verurteilt. Die meisten darunter kommen aus Deutschland.

Die Verfahren, die gegen Personen eröffnet wurden, die die deutsche oder die doppelte Staatsbürgerschaft besitzen, haben uns neue Erkenntnisse vermittelt. Der türkische Staat hat nicht nur die aus MİT- und anderen Denunziationsmechanismen gewonnenen Daten als Grundlage für Verurteilungen und Strafen herangezogen, sondern auch Informationen, die aus gesetzlich vorgeschriebenen administrativen Vorgängen der BRD stammen.

Das möchte ich anhand der Anklage einer erst vor Kurzem eröffneten Verhandlung genauer darstellen. Der Hauptanklagepunkt gegen eine in Deutschland lebende Person, die ihre Familie in ihrer Heimat besucht hat – ihr Namen wird im Folgenden mit M.A. abgekürzt –, besteht im Vorwurf der Mitgliedschaft in einer *[terroristischen]* Organisation.

Der Vorwurf der Mitgliedschaft in der Organisation wird vor allem darauf gestützt, dass diese Person in der deutschen Stadt, in der sie lebt, Vorstandsmitglied des dort gegründeten Demokratischen Kurdischen Gesellschaftszentrums ist. Wie gelangt man an solche Informationen? Die Quelle ist die Internetseite »handelsregister.de«, auf der Eintragungen u. a. im Vereinsregister eingesehen werden können. Es erfordert etwas Mühe, an die Details dieser Eintragungen im Vereinsregister, die öffentlich zugänglich sind, zu gelangen und die Auszüge zu erhalten. Zunächst muss man sich auf der Internetseite registrieren, um gegen die Zahlung einer Gebühr den angeforderten Registerauszug zu erhalten. Die wesentlichen Informationen, die die Anklage gegen M.A. ausmachen, wurden auch auf diesem Wege erlangt.

Natürlich reicht die Mitgliedschaft in einem Verein als alleinige Grundlage für eine Anklage nicht aus. Die Tatsache, dass die Mitgliedschaft dennoch zur Anklage führte, ist auf die jährlichen Berichte des deutschen Verfassungsschutzes zurückzuführen. Die 23 unter der Überschrift »Beweise« aufgeführten Punkte in der Anklageschrift gegen M.A. stammen allesamt aus den Berichten des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz, der einzelnen Behörden des deutschen Inlandsgeheimdienstes:

»**Beweise:** Baden Württemberg Verfassungsschutzbericht 2014; Deutschland 2014 Bremen Verfassungsschutzbericht; Deutschland 2016 Berlin Verfassungsschutzbericht; Deutschland Sachsen 2016 Verfassungsschutzbericht; Deutschland 2016 Hessen Verfassungsschutzbericht; Deutschland Bundesverfassungsschutzbericht 2017; Niedersachsen Verfassungsschutzbericht 2017; Baden Württemberg Verfassungsschutzbericht 2017; Bayern Verfassungsschutzbericht 2017; Bremen Verfassungsschutzbericht 2017; Berlin Verfassungsschutzbericht 2017; Mecklenburg-Vorpommern Verfassungsschutzbericht 2017; Rheinland-Pfalz Verfassungsschutzbericht; Saarland Verfassungsschutzbericht; Sachsen Verfassungsschutzbericht 2017; Thüringen Verfassungsschutzbericht; Hamburg Verfassungsschutzbericht 2017; Hessen Verfassungsschutzbericht 2017; NRW Verfassungsschutzbericht 2017; Sachsen-Anhalt Verfassungsschutzbericht 2017; Schleswig-Holstein Verfassungsschutzbericht 2017; Sachsen Verfassungsschutzbericht; Bundesverfassungsschutzbericht 2019; Informationen aus dem Internet; Berichte über verdächtige Äußerungen; Rechercheberichte bezüglich Aussagen in Sozialen Medien; Untersuchungsdokumente; alle Aktenerkenntnisse.«

Nach der Aufführung all dieser Berichte als Beweise für die Anklage werden die in den Verfassungsschutzberichten beschriebenen Inhalte detailliert zitiert und dienen so als Beweis-



Die Menschen sollen sich nicht mehr trauen, ihre Meinung und ihren Protest auf die Straße zu tragen. Foto: KIM/C.R.

inhalte. Dafür kann man folgende Beispiele nennen, die in der Anklage auftauchen:

- »Das Bundesamt für Verfassungsschutz fasst bezüglich der Terrororganisation PKK/KCK und ihrer NAV-DEM-Struktur in seinem Verfassungschutzbericht 2017 Folgendes zusammen, auf Seite 233 des Berichts heißt es: «Für die Umsetzung von Vorgaben nutzt die PKK überwiegend die örtlichen kurdischen Vereine, die den Anhängern der Organisation als Treffpunkt und Anlaufstelle dienen. Als Dachverband der Vereine fungiert das ›Demokratische Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e.V.‹ (NAV-DEM). Die PKK versucht, ihre Politik mithilfe sogenannter Massenorganisationen zu popularisieren, in denen sie ihre Anhänger nach sozialen Kriterien oder Berufs- und Interessengruppen organisiert.«

- »Das Landesamt für Verfassungsschutz Niedersachsen fasst bezüglich der Terrororganisation PKK/KCK und ihrer NAV-DEM-Struktur in seinem Verfassungschutzbericht 2017 Folgendes zusammen, auf Seite 238 des Berichts heißt es: «Für die Umsetzung von Vorgaben der Führungsspitze und den Informationsfluss zur Basis bedient sich die Organisation überwiegend der örtlichen Vereine in Deutschland, die den PKK-Anhängern als Treffpunkte und Anlaufstellen dienen. Deutschlandweit gehören ca. 45 kurdische Ortsvereine dem der PKK nahestehende Demokratischen Kurdischen Gesellschaftszentrum Deutschland (Navenda Civaka Demokratîk a Kurdên li Elmanyayê, NAV-DEM) an. NAV-DEM als deutscher Dachverband ist eingebettet in die in Belgien ansässige europäische Dachorganisation KCDK-E.

  NAV-DEM initiiert regelmäßig über seine Ortsvereine öffentlichkeitswirksame Aktionen, die sich jeweils auf aktuelle Geschehnisse oder bestimmte Jahrestage, etwa den Gründungstag der PKK, beziehen. NAV-DEM ist nicht vom PKK-Betätigungsverbot betroffen.«

Den überwiegenden Teil der Anklage gegen M.A. bilden die aus diesen Berichten folgenden Zitate. Unter Bezugnahme auf den Vereinsregisterauszug stellt die Staatsanwaltschaft zunächst einmal fest, dass es sich bei dem Bürger mit kurdischen Wurzeln um ein Vorstandsmitglied des in Deutschland ansässigen lokalen Vereins handelt. Sodann legt sie unter Hinweis auf die alljährlichen Verfassungsschutzberichte dar, dass der Umstand, Vorstandsmitglied eines lokalen Vereins zu sein, ausreicht, um als Mitglied in einer terroristischen Vereinigung eingestuft zu werden, was unter Strafe gestellt ist. Außerdem fällt auf, dass

die Inhalte dieser Anklageschrift gewisse Parallelen zu dem im März 2019 veröffentlichten Bericht der »Stiftung für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Forschung« (SETA) mit dem Titel »Die Organisationsstruktur der PKK in Europa« aufweist. Unter diesem Aspekt möchte ich einige wichtige Punkte hervorheben:

- Es ist offensichtlich, dass zwischen der Haltung Deutschlands, das demokratische Veranstaltungen und Aktivitäten von Kurd*innen kriminalisiert, und der Haltung sowie daraus resultierenden Bewertungen des türkischen Staates gegenüber Kurd*innen eine geistige Nähe besteht und beide Kräfte die kurdische Existenz und ihre Ausdrucksformen unter strafrechtlichen Aspekten betrachten.

- Der türkische Staat verwendet nun, ohne besonderen eigenen Aufwand betrieben und ohne Zeit mit rechtlichen Untersuchungen oder Beweisermittlungen verschwendet zu haben, in seinem innerstaatlichen Recht deutsche Geheimdienstdaten zum Zwecke der Verhängung von Strafen. Die Verfassungsschutzberichte, die aus der Perspektive des deutschen Staates nicht direkt zu einer strafrechtlichen Konsequenz führen, haben im innerstaatlichen türkischen Recht strafrechtliche Konsequenzen.

- Die Behörden und die Politik Deutschlands wollen den Druck auf die Kurd*innen erhöhen, indem sie zulassen, dass ihre Daten durch den türkischen Staat für strafrechtliche Konsequenzen genutzt werden. Deutschland zögert nicht, die türkische Gerichtsbarkeit und die innertürkische Sicherheit als Mittel gegen seine eigenen Bürger*innen einzusetzen.

- Die Türkei instrumentalisiert selbst routinemäßige interne Verwaltungstätigkeiten eines Staates wie Deutschland und benutzt sie als Mittel für Angriffe. Noch von größerer Bedeutung ist es, dass Deutschland, insoweit es um Kurd*innen geht, die illegalen Tätigkeiten von Institutionen wie dem Geheimdienst MİT, DITIB, SETA und ähnlichen Organisationen duldet.

Infolgedessen wird davon ausgegangen, dass die beiden Staatsapparate, die sich in der kurdischen Frage politisch verbündet haben, einen Schritt in Richtung eines gemeinsamen Justizmechanismus gemacht haben. Diese Vorgehensweise gegenüber den Kurd*innen kann unter der Formel »zwei Staaten, ein Recht« zusammengefasst werden. Oder besser: »Zwei Staaten, eine feindselige Rechtspraxis«. Für die kurdische Bevölkerung ist es wichtig, diese Vorgehensweisen zu sehen und einen wirksameren rechtspolitischen Kampf dagegen zu führen, insbesondere in Deutschland. Ebenso ist es äußerst wichtig, dass deutsche Anwält*innen und Politiker*innen Stellung beziehen angesichts der schamlosen Instrumentalisierung deutscher innerer Strukturen gegen die Kurd*innen durch den türkischen Staat.♦



Foto: j.a.p.

Kurdistan zwischen demokratischer Selbstbestimmung und imperialistischer Abhängigkeit

Die zwei politischen Linien in Kurdistan

Berfin Gözen, Mitarbeiterin des Kurdischen Frauenbüros für Frieden e.V. – Cenî

Das Thema »Kurdistan und die KurdInnen« ist heute in der deutschen Öffentlichkeit ohne Zweifel präsenter als vor zehn Jahren. Der Genozid an den ÊzîdInnen in Şengal (Sindschar) 2014, der Kampf gegen den »Islamischen Staat« (IS) in Kobanê 2014/2015, aber auch die antidemokratischen Entwicklungen in der Türkei und damit verbunden in Nordkurdistan haben den Fokus der internationalen Medien immer wieder auf die Region Kurdistan gelenkt. Heute ist viel von »den KurdInnen« als politische AkteurInnen im Mittleren Osten die Rede; sei es die KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans) und PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien oder die Autonome Region Kurdistan im Nordirak. Die kurdischen AkteurInnen sind hierbei nicht so homogen wie sie in der verkürzten Darstellung der Mainstream-Medien als »die KurdInnen« erscheinen, sondern organisieren sich entlang völlig verschiedener politischer Konzepte.

In diesem Artikel möchten wir einen Blick auf die PDK (Demokratische Partei Kurdistans) im Kontext der in Kurdistan bestehenden zwei zentralen politischen, ideologischen Linien werfen. Wir werden dabei sowohl historische als auch gegenwärtige politische Entwicklungen in diesem Rahmen bewerten und die beiden entgegengesetzten Pole zwischen Selbstbestimmung und Abhängigkeit herausarbeiten, in denen sich die kurdischen AkteurInnen befinden.

Historischer Rückblick auf die Entstehung der PKK und der PDK als Vertreterinnen zweier Linien in der Region Kurdistans

Die KurdInnen sind in den 1970ern aktiv auf die politische und diplomatische Bühne im Mittleren Osten getreten. Dieser Schritt wurde von zwei verschiedenen politischen Kräften mit unterschiedlichen Linien vollzogen, hatte allerdings einen gemeinsamen Ursprung: die kurdische Frage.

Die PDK-Linie ist die der traditionellen herrschenden Führungselite, die mit verschiedenen ausländischen Mächten kollaboriert. Sie stützt sich nicht primär auf die eigene Kraft, um die politischen Ziele zu erreichen. Es besteht eine starke Abhängigkeit von den ausländischen Mächten, von denen die PDK-Linie unterstützt wird. Kommt es zu einem politischen Kurswechsel, kann dieser also durchaus eher dem Interesse der »Gönner« geschuldet sein als den Interessen der kurdischen Bevölkerung in den Reihen der PDK selbst. Das bringt letztlich auch die Gefahr des Verrats an der eigenen Bevölkerung mit sich. Letztendlich führt dieser Verrat dazu, dass die ursprüngliche Unterstützungsbasis in der Bevölkerung weiter erodiert, was die Parteieliten wiederum noch stärker in die Fänge ihrer internationalen Unterstützer treibt. Die Abhängigkeit drückt sich in marionettenhaftem politischem Agieren im Interesse der Geldgeber und politischen Unterstützer aus dem Ausland aus; und die eigene Bevölkerung wird durch finanzielle Abhängigkeiten, eine vermeintliche Alternativlosigkeit zum Status quo oder den Einsatz von staatlichen Gewaltmitteln in Schach gehalten. Genau dieses Phänomen beobachten wir aktuell in der politischen Beziehung zwischen der Türkei und der südkurdischen Regierungspartei PDK.

Die zweite Linie nimmt die demokratische Widerstandstradition der Völker als Quelle ihrer Kraft und organisiert sich entsprechend eines demokratischen Sozialismusverständnisses. In Politik, Krieg und Diplomatie wird sich prinzipientreu auf die eigene, unabhängige, selbstbestimmte Kraft verlassen. Die unterdrückten Völker und sozialen Klassen werden als die strategischen (langfristig) Verbündeten betrachtet. Diese Linie verfügt über genug Selbstvertrauen, auch mit verschiedenen regionalen und internationalen AkteurInnen auf demokratischer Basis politisch und diplomatisch zu agieren. Zentrale VertreterIn dieser Linie in der gesamten Region Kurdistans ist die kurdische Freiheitsbewegung, angeführt von der PKK und der KCK.

Perspektiven und Wege zur Lösung der kurdischen Frage

Um die gegensätzlichen Charaktere dieser beiden politischen Linien besser zu verstehen, hilft es, einen Blick auf die von ihnen vorgeschlagenen Lösungen zur Frage der Region Kurdistans bzw. der kurdischen Frage zu werfen. In seiner im Jahr 2009 verfassten »Roadmap für Verhandlungen« formuliert der kurdische Vordenker Öcalan im Kontext der damaligen Friedensverhandlungen mit dem türkischen Staat drei mögliche Lösungswege für die kurdische Frage. Er differenziert dabei zwischen diesen Möglichkeiten:

a) dem traditionellen Plan der Verleugnung und nationalen Vernichtung (die militärische Lösung durch die Nationalstaaten der Türken, Perser und Araber und westlicher Unterstützer)

b) dem föderalistisch-nationalistischen Lösungsplan

c) dem demokratischen Lösungsplan (vertreten von der kurdischen Freiheitsbewegung in den vier Teilen Kurdistans durch das politische Konzept des demokratischen Konföderalismus)

Zu dem föderalistisch-nationalistischen Lösungsplan, der heute vor allem von der PDK-Administration vertreten wird, schreibt Öcalan in der Roadmap folgendes:

»Hinter diesem Plan, den die kurdische Regionalregierung im Irak umsetzt, stehen die traditionellen kolonialistischen Nationalstaaten der Region und die globalen Hegemonialmächte. Sie operieren in einem allgemeinen Konsens, wenngleich sie unterschiedliche Interessen vertreten. Die Unterstützung für diesen Plan bezweckt, das revolutionär-demokratische Potential der Kurden zu verzerren und zu kanalisieren. Die USA sind diejenige Hegemonialmacht, die die kurdische Regionalregierung am offensten unterstützt. […] Die Politik des «Teile und herrsche!» wird vor allem über das «Klein-Kurdistan»-Projekt umgesetzt. Insbesondere die revolutionären, radikaldemokratischen und sozialistischen Kräfte sollen auf diesem Wege unschädlich gemacht werden. Eines der Hauptziele dieses Plans besteht in der Isolation der PKK. Es gibt ein umfangreiches Projekt von GLADIO, das ein «Klein-Kurdistan» als Gegenleistung für die Isolation und Liquidierung der PKK vorsieht. Dieser Plan findet auch breite Unterstützung auf dem internationalen diplomatischen Parkett. Ein Trio aus US-, türkischer und irakischer Regierung plus der kurdischen Regionalregierung versucht im Rahmen dieses Plans momentan, die PKK zum Verzicht auf den bewaffneten Kampf zu bewegen. Wegen der Interessenkonflikte der Beteiligten funktioniert dieser Plan allerdings nicht gut genug und wird nur begrenzt umgesetzt. Da er von weiten Teilen der kurdischen Gesellschaft nicht unterstützt wird, birgt er wenig Hoffnung. Weil er den Interessen einer kleinen Elite dient, wird er zunehmend diskreditiert und seine Akteure isoliert. […] Diese Lösung, die sich auf Südkurdistan und die Südkurden stützt, reflektiert im Wesentlichen den Lösungsstil der westlichen Hegemonialmächte.«

Wie zu Beginn beschrieben, stützt sich die PDK als traditionelle Führungselite auf ausländische Mächte, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Die Frage, die sich hier aus der Perspektive der betroffenen Menschen in der Region Kurdistans stellt, ist die, inwiefern eine Lösung durch fremde Kräfte, deren Interessen wirtschaftlicher und hegemonialer Natur sind, eine Antwort für die dort in einer Kolonie lebenden und nach Demokratie strebenden Bevölkerung überhaupt bieten kann.

Die Politik der PDK: Eine historische Konstante

Für viel innerkurdische Diskussion über die PDK sorgte der 74. Ferman an den ÊzîdInnen. Der IS hatte im Sommer 2014 große Teile im Norden und Osten des Irak überrannt. Am 3. August verübte er im êzîdischen Siedlungsgebiet Şengal einen Völkermord, dem etwa 10.000 Menschen zum Opfer fielen. Über 7.000 Frauen und Kinder wurden entführt, mehr als 400.000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, und weitere Tausende werden bis heute vermisst. Die militärischen Peschmerga-Einheiten der PDK, deren Aufgabe der Schutz und die Verteidigung der Menschen der Region war, packten kurz vor dem drohenden Angriff des IS ihre Sachen, brachten sich selbst und ihre Waffen in Sicherheit und überließen die Bevölkerung bewusst einem Genozid und Feminizid. Die ÊzîdInnen waren dem IS schutzlos ausgeliefert.

Auch am 6. Jahrestag des Völkermords wird verschwiegen, wer den Befehl zum Rückzug gab. Der widerstandslose Rückzug der Peschmerga aus Şengal und der dadurch verursachte Genozid an den ÊzîdInnen ist jedoch nur ein Beispiel für die Resultate dieser politischen Linie. Ein Blick in die Geschichte der PDK ist deshalb lehrreich:

So wie die PDK gegenwärtig von der Türkei unterstützt wird, wurde sie ab 1963 durch das iranische Schah-Regime militärisch auf den Beinen gehalten. Das damals zum westlichen Lager gehörende iranische Regime hatte nicht nur ideologische Schwierigkeiten mit der prosowjetischen Militärführung in Bagdad, sondern es bestand auch ein Territorialkonflikt zwischen den beiden Staaten am Fluss Schatt al-Arab. Aus der anfänglichen Unterstützung für die PDK entstand rasch eine enorme Abhängigkeit. So musste die PDK im Gegenzug für die Militärhilfen gegenüber dem Iran die Garantie abgeben, keine KämpferInnen ihrer Schwesterpartei PDK-I



Das Flüchtlingslager Mexmûr wird seit einem Jahr von der PDK belagert und abgeriegelt. Aufgrund des Embargos und der Blockade erreicht die humanitäre Lage ein bedenkliches Niveau. Foto: anf

die irakisch-iranische Grenze passieren zu lassen. Die PDK-I befand sich damals im offenen Konflikt mit dem iranischen Regime und war auf die Rückzugsgebiete in Südkurdistan/Nordirak angewiesen. In einer vollständigen Katastrophe endete dieses Abhängigkeitsverhältnis, als die iranische und die irakische Führung sich 1975 bei einer OPEC-Versammlung in Algier einigten, der Irak umstrittene Gebiete an den Iran abtrat und das Schah-Regime im Gegenzug die Militärhilfen für die PDK einstellte. Nach diesem Abkommen kapitulierte Mistefa Barzanî, stellte den Widerstand ein und zog seine rund 40.000 KämpferInnen über die iranische Grenze ab. Der kurdische Widerstand brach in sich zusammen und Barzanî ging ins US-Exil, wo er 1979 verstarb.

Ein weiteres Beispiel für die Prinzipienlosigkeit dieser Linie gab es im Jahr 1996. Nachdem die KurdInnen die genozidale Anfal-Kampagne mit rund 180.000 Toten erfahren hatten und gleich mehrfach zu Hunderttausenden aus ihrer Heimat flüchten mussten, riefen sie im Oktober 1991 ihre Autonomie aus. In der Folgezeit verschärfte sich allerdings der Krieg unter den kurdischen Parteien um die Vorherrschaft im Autonomiegebiet. Zwischen 1994 und 1996 erlebte dieser Konflikt eine Zuspitzung. Als es im Zuge von bewaffneten Kämpfen Celal Talabanîs YNK (Patriotischen Union Kurdistans) gelang, die Stadt Hewlêr unter ihre Kontrolle zu bringen, zögerte die PDK nicht, Saddam Husseins Armee in das befreite Autonomiegebiet einzuladen und mit ihr zusammen die Stadt wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Die PDK stellte mit diesem Akt unter Beweis, dass sie für ihr eigenes Fortbestehen dazu bereit ist, selbst mit einem Regime zusammenzuarbeiten, das man zuvor über Jahrzehnte hinweg bekämpft hatte und das noch wenige Jahre zuvor einen Genozid an der kurdischen Bevölkerung verübt hatte.

Halten wir uns nur diese beiden Beispiele vor Augen, wird deutlich, wie brandgefährlich die politische Linie der PDK für die Interessen der kurdischen Bevölkerung ist. Die gegenwärtige Abhängigkeit von der Türkei hingegen stellt nichts anderes dar als eine konsequente Kontinuität dieser Linie.

Besatzungsoperation in Südkurdistan und Diskurs der PDK gegen die kurdische Freiheitsbewegung

Seit Mitte Juni führt der türkische Staat nun eine Besatzungsoffensive in Südkurdistan gegen die von der PKK kontrollierten Medya-Verteidigungsgebiete durch. Neben der Grenzregion Heftanîn und den Qendîl-Bergen gehören auch das Geflüchtetencamp Mexmûr (Machmur) und die von der Religionsgemeinschaft der ÊzîdInnen bewohnte Region Şengal (Sindschar) zu den Angriffszielen der türkischen Armee. Unterstützt wird diese Besatzungsoffensive der Türkei von der südkurdischen Regierungspartei PDK und deren Geheimdienst Parastin. In Begleitung von Sondereinheiten der PDK werden



Foto: Nûcê Ciwan

in den Medya-Verteidigungsgebieten an Positionen, die vom türkischen Geheimdienst MİT festgelegt wurden, Stützpunkte aufgebaut, von denen aus Bewegungen der Guerilla verfolgt und Waffendepots und Finanzquellen ausfindig gemacht werden sollen. Die dort von südkurdischer Seite gesammelten Informationen werden an den MİT weitergeleitet, woraufhin die genannten Orte in der Region Kurdistans bombardiert werden. Bei diesen Bombardierungen werden Zivilbevölkerung und FreiheitskämpferInnen ermordet, Anbauflächen, die für die Ernährung der Gesellschaft genutzt werden, zerstört und die Natur vernichtet.

Angesichts der zeitgleichen Angriffe auf die Medya-Verteidigungsgebiete, Şengal, Mexmûr und weitere Orte in Südkurdistan vom 15. Juni 2020 muss nicht weiter darüber spekuliert werden, wozu diese Stützpunkte der Koalition von PDK und MIT dienen. Es ist ein Vernichtungsakt gegen die eigene Gesellschaft.

Parallel zu den Besatzungsangriffen auf Heftanîn und andere Regionen der Medya-Verteidigungsgebiete auf südkurdischem Territorium, errichtet die PDK an der Grenze nach Nordostsyrien neue Militäranlagen und Beobachtungsposten. Die seit einem Monat andauernden Bauarbeiten finden im Grenzdreieck Rojava-Bakûr-Başûr (Syrien-Türkei-Irak) statt und reichen im Süden bis nach Şengal. In einigen Gebieten werden Gräben gezogen. Die Militärbewegungen an der Grenze haben nach dem Ankara-Besuch des Präsidenten der Autonomieregion Kurdistan, Nêçirvan Barzanî, am 4. September zugenommen. In der Abschlusserklärung des Treffens wurde ein gemeinsamer Kampf gegen den »Terrorismus« beschlossen.

Fazit

Wir haben uns in diesem Artikel an der Analyse eines politischen Kurses in Kurdistan versucht, den wir als PDK-Linie bezeichnet haben. Es ist nicht nur die PDK selbst, die diese politische Linie verfolgt, doch sie ist historisch wie gegenwärtig ihre wichtigste Vertreterin in Kurdistan. Die PDK und der Kampf von Mistefa Barzanî für eine Autonomie der KurdInnen im Irak galten gerade in ihren frühen Jahren als Inspirationsquelle für viele junge Menschen in allen Teilen Kurdistans. Sehr viele Menschen haben sich über die Jahrzehnte hinweg diesem Kampf angeschlossen, um für die Freiheit und gegen die brutale Unterdrückungspolitik, die eine Konstante des irakischen Staates seit seiner Gründung darstellt, einzustehen. Unzählige dieser Menschen haben auf diesem Weg ihr Leben gelassen.

Das Andenken dieser Menschen, aber auch die Hoffnung auf Freiheit und Frieden in Kurdistan erfordert eine kritische Auseinandersetzung mit dem politischen Kurs, den wir als PDK-Linie bezeichnet haben. So sehr die PDK-Führung über ihre Medien auch den Anschein zu erwecken versucht, sie vertrete die Interessen der südkurdischen Bevölkerung, legt sie durch ihr politisches Agieren immer deutlicher ihre eigentliche Intention offen: den eigenen Machterhalt zum Preis der Kollaboration mit der Türkei. Die PDK ist gegenwärtig zu einer zentralen Handlangerin des türkischen Vernichtungsfeldzugs gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung verkommen. Damit setzt die PDK nicht nur die Errungenschaften in Rojava/Nordsyrien und den Freiheitskampf in Nordkurdistan einer ernsthaften Gefahr aus. Sie verrät auch die Ideale, für die Abertausende KämpferInnen in ihren Reihen ihr Leben gelassen haben. ♦

Von kulturellem Genozid bis Spezialkrieg, ein Umriss eines deutlich (un-)sichtbaren Krieges

Den Krieg in Kurdistan richtig verstehen

Dîrok Hêvî, Internationalist in Rojava

Viele Menschen schon haben viel Zeit und Mühe aufgewendet, um den Krieg in seinen verschiedenen Formen zu beschreiben. Eigentlich sollte es für uns mit den »Erfahrungen« aus den zwei Weltkriegen ein Leichtes sein, Krieg zu verstehen. Ganz im Gegenteil scheint es jedoch so, dass selbst von vielen Menschen, die schon seit einigen Jahren solidarisch den Kampf z. B. in Rojava aktiv unterstützen, der Krieg in Kurdistan nicht in all seinen Facetten richtig verstanden und erfasst wird. Das hat konkrete Auswirkungen auf die Solidaritätsarbeit. Darum erscheint es mir besonders angesichts des legendären Widerstands in Kurdistan essentiell, diese verschiedenen Facetten hier einmal ausführlicher zu beschreiben. Vorweg: Ich denke, dass auch wir in nicht zu unterschätzendem Maße von der Kolonialpolitik beeinflusst sind, durch die Kurdistan seit so langer Zeit beherrscht wird. Die Kolonialmächte haben Kurdistan nicht nur geografisch geteilt, sondern die Grenzen auch in unseren Köpfen errichtet. Diese Tatsache wurde in ihrem ganzen Ausmaß noch einmal in der letzten Phase des Freiheitskampfes in Kurdistan deutlich. Diesen Mangel vor Augen, muss es unser Ziel sein, darüber ein Bewusstsein zu schaffen, sowohl bei uns selbst als auch bei denjenigen, die wir erreichen wollen. Es ist notwendig zu erkennen, dass das mangelnde Bewusstsein über diese Realität mit großer Wahrscheinlichkeit auch unserem eigenen Verständnis, unserer eigenen Annäherung an diesen Krieg, an diesen Genozid geschuldet ist.

An dieser Stelle ist es vielleicht nicht falsch, auch inhaltlich einen Absatz zu machen und den Genozidbegriff noch einmal aufzugreifen. Denn ich weiß, dass viele Menschen gewisse Zweifel daran haben, ob es der richtige bzw. ein angemessener Begriff sei. Es ist in jedem Fall ein angemessener Begriff in der Weise wie Rêber Apo *[Abdullah Öcalan]* ihn in seinen Verteidigungsschriften erklärt, insbesondere in Band fünf mit dem Titel »Kürt Sorunu ve Demokratik Ulus Çözümü – Kültürel Soykirim Kiskacinda Kürtleri Savunmak« (Die kurdische Frage und die demokratische Nation – Die Kurden im Klammergriff des kulturellen Genozids verteidigen, ist noch nicht auf Deutsch erschienen). Das vor allem gilt es zu verstehen. Rêber Apo benutzt den Begriff nicht leichtfertig. Er verwendet ihn um die Tatsache zu beschreiben, dass es dem faschistischen türkischen Staat nicht möglich ist, das gesamte kurdische Volk physisch zu vernichten, weshalb er seine Kultur angreift und darauf abzielt, die kurdische Kultur auszulöschen. Denn ein Mensch wird nun einmal auf vielfältige Weise durch seine Kultur geprägt. In diesem Zusammenhang wird vielleicht als erstes an das Verbot der kurdischen Sprache gedacht, aber es gibt ebenso die Verbote traditioneller Kleidung, von Namen, Gebräuchen sowie Musik und Kunst, aber auch die Zerstörung historischer Orte. Es ist kein Zufall, dass der faschistische türkische Staat, ohne mit der Wimper zu zucken, die historische Stadt Heskîf (Hasankeyf) mit ihren vielen kleinen Höhlen in den Bergwänden überfluten lässt. Gleiches gilt auch für die Verbote archäologischer Grabungen, etwa die Beendigung der Forschungen in Göbekli Tepe oder ähnlichen Stätten. Das alles ist Teil dieses genozidalen Krieges. Es ist selbstverständlich, dass Kultur eine enge Verbindung mit der Erde hat, dem Boden auf dem wir leben, was schon in der etymologischen Betrachtung dieses Terminus (Latein: cultura – bebauen, bestellen, alles mit Bezug zur Bodenbearbeitung) ersichtlich wird. Daher verfolgt dieser Staat eine gezielte Politik, die KurdInnen aus ihren angestammten Regionen zu vertreiben, um sie dadurch von ihrer Kultur zu entfremden. Er treibt sie nicht nur durch die Zerstörung von Dörfern oder durch Militäroperationen seit Jahrzehnten in die Städte, er brennt auch gezielt Wälder nieder (wie aktuell auf dem Berg Cûdî) und versucht mit Staudammprojekten Regionen auszutrocknen, zu fluten bzw. den Wasserfluss umzuleiten. Er will damit alle Regionen Kurdistans zerstören und auch für die Zukunft unbrauchbar machen, sodass selbst wenn es dazu kommen sollte, dass die Bevölkerung endlich die demokratische Kontrolle über ihre Ressourcen und Lebensräume wiedererlangt, diese bereits geraubt oder vernichtet sind. Das alles sind Aspekte der Kriegsführung. Sie werden gezielt eingesetzt, systematisch. Dazu gehört auch, dass der faschistische türkische Staat den Protest dagegen kriminalisiert und verbietet. Selbst auf dieses Problem aufmerksam zu machen, kann schon zu Inhaftierung oder Prozessen, wenn nicht gar zu Schlimmerem führen. Im

Allgemeinen müssen wir anführen, dass es Regionen in Nordkurdistan gibt, in denen es nun seit Monaten, teils sogar seit Jahren durchgehend verboten ist, überhaupt irgendeine Form von Protest kundzutun – sei es sich zu versammeln, Flugblätter zu verteilen oder ähnliches. Mit allen Mitteln wird versucht, die Gesellschaft zu ersticken, damit sie es ja nicht schafft, sich auch nur in minimalem Maße zu organisieren.

Wir sehen uns einem so niederträchtigen Feind gegenüber, der – nur um einen kleinen Erfolg einzustreichen – das Wasser für Hunderttausende von Menschen abstellen lässt, wie zuletzt im Raum Hesekê (Nordsyrien). Der Tonnen von Obst und Gemüse zu Dumpingpreisen nach Südkurdistan exportiert, damit die Menschen dort ihre Ernte nicht mehr zu angemessenen Preisen verkaufen können und ihre Dörfer in den Bergen verlassen müssen – und so nur ja keinen Kontakt zur Guerilla bekommen. Ein Feind, so grausam, dass er einfach so im Dezember 2011 in Roboskî 34 unbewaffnete Jugendliche tötete, 24 von ihnen Mitglieder allein einer Familie. Ein Feind, dessen einziges Ziel darin besteht alles Kurdische und Demokratische zu vernichten.

Die Gesellschaft soll in ihre Einzelteile zerlegt und dadurch leichter kontrollierbar gemacht werden

Der faschistische türkische Staat versucht kontinuierlich, den Zusammenhalt der kurdischen Gesellschaft zu brechen; denn dieser starke Zusammenhalt, der auf einer hohen Moral beruht, verhindert natürlich, dass gewisse Mentalitäten und Einflüsse der kapitalistischen Moderne sich schnell ausbreiten und an Bedeutung gewinnen. Die Moral der Gesellschaft stellt in diesem Maße auch eine Form der Selbstverteidigung dar. Der Staat versucht, sie auf die unterschiedlichste Art und Weise zu zerstören. In vielen Gegenden Kurdistans verteilt er gezielt Drogen, um darüber die Jugend von ihren Familien und von politischen Aktivitäten zu isolieren. Er überschwemmt förmlich ganze Viertel damit, um die Jugendlichen zu zerstören. Gleiches gilt für den gezielten Angriff auf die Frauen. Die massenhaften Vergewaltigungen von Seiten des türkischen Staates gegen kurdische Frauen haben nicht nur die Verdrängung von Frauen aus dem politischen Raum zum Ziel, sondern zielen auch auf die Zerstörung der Gesellschaftsstruktur ab. Es ist kein Geheimnis, dass in Teilen der kurdischen Gesellschaft noch immer ein veralteter Ehrbegriff gilt und immer wieder Frauen, die Opfer eines solchen Angriffs wurden, danach durch eigene Hand oder die der Familie den Tod finden. Und wenn das nicht der Fall ist, nutzt der Staat die soziale Zwangssituation dieser Frauen aus, um sie zu Agentinnen zu machen. Doch in seinem Versuch, die gesamte Gesellschaft zu AgentInnen zu machen, setzt er nicht nur auf Frauen, sondern arbeitet darauf hin, alle Teile der Gesellschaft in sein Netzwerk von SpionInnen und AgentInnen einzuweben. Auch dies ist ein Punkt, der zu verstehen von enormer Bedeutung ist. Wie kann es sein, dass jemand, in dessen Familie Menschen für den Freiheitskampf Kurdistans gefallen sind, für ein paar Dollar Unmengen an Informationen an den Feind verkauft? Sicherlich gibt es darauf nicht nur eine Antwort, doch bestimmt einige Punkte, die für uns zentral sind. Wir müssen zum Beispiel sehen, dass früher in kurdischen Dörfern nie jemand wirklich gehungert hat oder gar verhungert ist, da die gesamte Dorfgemeinschaft dafür Sorge trug, dass niemand aus ihren Reihen solch ein Schicksal erleide. Heute jedoch wird diese Gemeinschaft durch die immer stärkere Trennung und Isolierung, die uns die Lebensweise in der Stadt aufzwingt, schwächer. Es ist das Ergebnis einer von langer Hand angelegten ökonomischen Kolonialisierung Kurdistans, die im Endeffekt zur sinnbildlichen »in-Ketten-Legung« des Magens geführt hat. Das kurdische Volk wird in den Hunger gezwungen und weg von seiner moralisch-solidarischen Gesellschaft. Und ein Magen, der hungert, tut fast alles, um satt zu werden. Dieser Krieg hat auch zum Ziel, dass die Menschen mit dem Magen denken, nicht mit dem Gehirn. Ein »schöner« Nebeneffekt für den Feind ist es auch, wenn er mit seinen Kriegsflugzeugen tagein, tagaus über die kurdischen Städte fliegt, dass dies eine enorme psychologische Belastung bedeutet, die das Lernen negativ beeinflusst. Ein Kind, das in der Westtürkei in die Schule geht und eines in Kurdistan, mitten im Kriegsgebiet, haben also auch deshalb schon völlig unterschiedliche Chancen. Was den hässlichen Punkt des Versuchs der »Agentisierung« der kurdischen Gesellschaft angeht, so ist es für den Staat fast egal, ob er im Einzelfall erfolgreich ist oder nicht, im Gesamtkontext ist er es in jedem Fall. Warum? Weil er entweder Informationen bekommt, die er dann für einen Angriff nutzen kann. Oder aber der/die AgentIn von der Freiheitsbewegung oder dem Volk enttarnt und bestraft wird, was wiederum durch die daraus resultierende Spaltung dem kurdischen Volk schadet. Viel Gewicht legt er außerdem auch weiterhin auf die Spaltung der KurdInnen untereinander, indem er sie in »gute« und »böse« einteilt. Dabei sollte auf keinen Fall vergessen werden, dass die Situation der »guten« KurdInnen allein vom Fortbestehen dieses Gegensatzes abhängt. D. h. die »guten« haben auch nur so lange ein »Existenzrecht« an der Seite des Feindes, bis die »bösen« verschwunden sind, um anschließend selbst mit diesem Etikett versehen zu werden. Als vielleicht offensichtlichstes Beispiel in der kurdischen Geschichte dient uns hier vielleicht die Person Rehber[1] im Massaker von Dersim 1937/38, einer Stadt, die bis heute offiziell nach der staatlichen Operation

1 Am 9. Juli 1937 wurden Alişer, einer der Organisatoren des Widerstands, und seine Frau Zarife durch Verrat aus den eigenen Reihen ermordet. Anstifter dieses Verrates war Rehber (Rayber), ein Neffe Seyîd Rizas. Die Köpfe beider Erschossenen schickte man dem Militärgouverneur Alpdoğan nach Xarpêt (Elazığ) als Geschenk.



Die Angehörigen der Gefallen in Rojava demonstrieren in Qamişlo für die Freiheit von Abdullah Öcalan. Foto: anha

benannt ist[2], bei der dort Zehntausende KurdInnen ermordet wurden.

Bei all den zuvor bereits genannten Aspekten dürfen wir jedoch auch die rohe Gewalt dieses Staates nie vernachlässigen und vergessen: sei es die gezielte Ermordung von Menschen, sei es die massenhafte Inhaftierung jedes Menschen, der auch nur einen Hauch von Hoffnung, einen Hauch eines Volkswillens verkörpert. Darüber hinaus sprechen wir von Menschen, die »verschwinden« und von täglicher Bombardierung, von der Zerstörung ganzer Stadtviertel wie in 2015/16 in Cizîr, Sûr, Nisêbîn etc. Der Staat setzt ganz gezielt die islamistischen Banden von IS bis al Nusra ein, um in den besetzten Gebieten von Rojava die Menschen zu terrorisieren und auszurauben. Mit ihrer Hilfe lässt er kurdische Kinder entführen, um sie entweder wie in Libyen in den Krieg zu schicken oder aber verschwinden zu lassen. Ohne auch nur einen Hauch von Reue lässt er Dutzende KurdInnen in Kellern verbrennen, setzt verbotene Phosphorbomben ein und führt tagein, tagaus mit seinen Drohnen extralegale Hinrichtungen durch.

Ein weiterer Aspekt, der für unser Verständnis der Kriegspolitik gegen das kurdische Volk von enormer Bedeutung ist: der Spezialkrieg. Der Terminus bezeichnet eine Form der Kriegsführung, die nicht als solche wahrgenommen wird. Eine wichtige Dimension ist etwa die psychologische Kriegsführung. Genutzt wird in diesem Spezialkrieg jedes Mittel. Z. B. werden Medien eingesetzt, um gezielt Falschinformationen zu streuen, heute natürlich verstärkt das Internet. Es werden Filme und Serien produziert, um bestimmte Bilder über Kurdistan zu erzeugen; es werden historische Informationen verfälscht und ausgelöscht; es werden Artikel lanciert, um gewisse Meinungen zu legitimieren; bekannte Täter werden laufen gelassen oder in Schutz genommen etc. All diese genannten Punkte sind selbstverständlich nur ein kleiner, ein winziger Ausschnitt aus der komplexen Kriegspolitik des faschistischen türkischen Staates. Viel mehr noch müsste an dieser Stelle eigentlich über den Spezialkrieg des türkischen Staates geschrieben werden. Auch darüber, welche Irrationalität innerhalb seiner Logik der türkische Kolonialstaat an den Tag legt: dass er sich sogar mit seinem Erzrivalen Iran, mit dem er um die Vorherrschaft im Mittleren Osten ringt, zusammensetzt und gemeinsam Operationen gegen die kurdische Freiheitsbewegung plant und

2 Gemeint ist Tunceli, was sinnbildlich ins Deutsche übertragen soviel wie »eiserne Hand« bedeutet.

durchführt – ganz nach dem Motto »Der Feind meines Feindes ist mein Freund«.

Alles in allem geht es hier darum, koste es, was es wolle, die freie Kurdin, den freien Kurden zu vernichten. Denn eines dürfen wir nicht vergessen. Selbstverständlich gibt es »KurdInnen« im Apparat des faschistischen Systems, als deutlichstes Beispiel vielleicht Hakan Fidan, der Chef des türkischen Geheimdienstes (MİT). Er ist einer derjenigen, die sich dem Willen des Staates unterworfen und ihrer Kultur entsagt haben.

Warum aber ist das oben Geschriebene so wichtig? Weil erst, wenn wir uns all dieser Punkte bewusst sind, das Komplott gegen Rêber Apo, der allumfassende Angriff auf die Guerilla in den freien Bergen Kurdistans usw. in vollem Umfang und in ihrer ganzen Tiefe verstanden werden können. Erst dann kann begriffen werden, warum Rojava aktuell in Heftanîn verteidigt wird.

Rojava wird in Heftanîn verteidigt!

Was sich in letzter Zeit gezeigt hat, um nochmal einen Bogen zum Anfang des Textes zu spannen, ist der Umstand, dass der Angriff auf Rojava, insbesondere auf Serêkaniyê, vor fast einem Jahr starke Proteste auslöste, die erneuten Besatzungsversuche in Südkurdistan jedoch fast gar nicht verurteilt wurden. Warum? Weil eben noch immer eine gewisse Unklarheit herrscht. Noch immer wird von vielen ein großer Unterschied zwischen der kurdischen Freiheitsbewegung PKK und der Revolution in Rojava gemacht. Sicher gibt es da geografische und strukturelle Unterschiede, doch im Wesentlichen geht es um den Angriff auf die Freiheit des kurdischen Volkes. In diesem Sinne gibt es eben keinen Unterschied. Es kommt nicht von ungefähr, dass der faschistische türkische Staat versucht, alles, was in Bezug auf Kurdistan den Anschein von Freiheit und Selbstbestimmung erweckt, als »Terror« zu diskreditieren: sei es ein Kind in der Schule, das kurdisch spricht und deswegen ein »Terrorist« ist oder eben eine Kurdin, die gegen Gewalt an Frauen demonstriert. Sei es, wie vor kurzem, ein Jugendlicher in Belgien, der sich als Kurde bekennt oder irgendwer auf der Welt, der etwas Positives über die Freiheit und Selbstbestimmung des kurdischen Volkes sagt. Es ist von strategisch wichtiger Bedeutung, in unseren Solidaritätsarbeiten noch viel deutlicher zu machen, dass wer für Rojava auf die Straße geht, eben auch gegen die Besetzung Südkurdistans auf die Straße gehen muss; denn Rojava wird zurzeit in Heftanîn verteidigt. Es darf bei uns keinen Zweifel darüber bestehen, dass die Guerilla für alle KurdInnen der Garant der Freiheit ist. Wie sonst sollte es erklärbar sein, dass Zehntausende in die türkischen Gefängnisse geworfen werden und trotz schwerster Folter und Isolation nicht zu VerräterInnen werden? Dass so viele, obwohl sie wissen, dass schon mit dem Antritt eines BürgermeisterInnen-Amtes oder einer anderen Position in einer Organisation für Demokratie in Kurdistan bereits binnen weniger Tage oder Wochen die Verhaftung und lange Gefängnisstrafen folgen werden? Weil sie wissen, dass die Guerilla den Staat erneut in die Enge drängen wird. Wie schon die vielen Male zuvor. Das ist es, was den Menschen in allen Teilen Kurdistans Hoffnung und Kraft gibt. Immer und immer wieder. Das weiß auch der Feind. Nicht umsonst hat er auch im letzten Jahr versucht, in den Bergen große Erfolge zu erringen und als dies scheiterte, den Angriff auf Rojava begonnen. Deswegen setzt er all seine Kraft und Ressourcen dafür ein, auch nur eineN GuerillakämpferIn zu eliminieren. Denn wenn die Guerilla fällt, wer sollte dem Feind dann noch die Stirn bieten. Erinnern wir uns doch nur an die Angriffe des IS auf Südkurdistan und Şengal. Wie oft gab es diese Momente, in denen Hunderte, Tausende Peşmerga ein Dorf umzingelt hielten, in dem sich der IS aufhielt, sie jedoch erst als eine kleine Gruppe von GuerillakämpferInnen kam und den Angriff begann, den Mut aufbrachten vorzurücken. Denn die Guerilla gibt den Menschen eben genau dies: Mut, Hoffnung, Kraft. Und die Guerilla selbst? Sie schöpft ihre Kraft aus dem Willen der Tausenden Gefallenen und aus dem Volk. Das ist der letzte Punkt, auf den ich eingehen möchte: die Isolationsfolter gegen Rêber Apo. Es ist nicht einfach nur eine leere Phrase, wenn wir davon sprechen, dass mit Rêber Apo ein ganzes Volk gefangen gehalten wird. Denn Rêber Apo als der Repräsentant des kurdischen Volkes, der es nach einer Ära der Dunkelheit und Unterdrückung endlich wieder zu neuem Leben erweckte, gab den Menschen eben das, was wir heute bei Hunderttausenden sehen: Mut, Kraft, Hoffnung. Von eben dieser Quelle der Energie versucht uns der Feind mit der Isolationsfolter Rêber Apos abzuschneiden, um damit auf das gesamte Freiheitsstreben in Kurdistan Einfluss zu nehmen. Aus diesem Grund ist es für uns selbstverständlich von vorrangiger Bedeutung, die Freiheit Rêber Apos zu erreichen. Das sollte es auch für all diejenigen sein, die sich mit dem Freiheitskampf in Rojava oder den anderen Teilen Kurdistans solidarisieren.

Anstatt also uns ganz im Sinne des Feindes aufteilen zu lassen in diejenigen, die nur Rojava unterstützen und die, die wann auch immer in Kurdistan ein Angriff geschieht, ihre Wut zum Ausdruck bringen, sollten wir endlich alle gemeinsam bei jedem Angriff auf das Freiheitsstreben in Kurdistan und die Vertiefung der Unterdrückung unsere Reaktion zeigen und mit geeintem Willen dem Feind entgegentreten. ♦

Die autonome Verwaltung in Kobanê ist weiblich

Rewşan Deniz, Journalistin der Tageszeitung Yeni Özgür Politika

Die Stadt Kobanê, die sich mit ihrem legendären Widerstand gegen die Anschläge seit dem 14. September 2014 durch die vom türkischen Staat unterstützten Dschihadisten des sogenannten Islamischen Staat (IS) in der Welt einen Namen gemacht hat, war in der Vergangenheit ein Ort des Tribalismus und des Feudalismus.

An einem solchen Ort wurde der Krieg gegen den IS von Frauen gewonnen. Die Frauen, die den Widerstand anführten, entwickelten auch eine soziale Struktur: von der öffentlichen Ordnung bis zur Bildung, von der Gesundheit bis zur Politik, von der Verteidigung bis zur Justiz, sie nehmen in allen Bereichen teil und entwickelten ihre eigenen Organisationen. Doch wie kam es dazu?

Die Antwort auf diese Frage ist bei einem Mitglied der Bewegung für eine demokratische Gesellschaft (Tevgera Demokratîk - TEV-DEM) namens Hebûn Îto zu finden. Sie erklärt, wie die Frauen von Kobanê von Tür zu Tür gingen und den Prozess in die Wege leiteten, in dem sich die Frauen organisiert haben, bis sie schließlich 90 Prozent der autonomen Verwaltung und Versammlungen ausmachten.

Wie würden Sie die gesellschaftliche Situation Kobanês vor den IS-Angriffen 2014 beschreiben?

Der Veränderungsprozess hängt eng mit der erzwungenen Ausreise von Rêber Apo[1] zusammen. Denn viele Frauen übernahmen in dieser Zeit Führungspositionen, sie nahmen an Versammlungen teil und lernten eine neue Lebensweise kennen.

Zu dieser Zeit öffneten viele Familien ihr Zuhause für unsere Revolutionäre, sodass sich allmählich die Organisation in Dörfern, Stadtteilen und Städten entwickelte.

Frauen organisierten sich vor Ort und kamen unter dem Dach von Yekîtiya Star zusammen. Doch es war nicht einfach für uns, uns zu einer Bewegung zu entwickeln. Wir haben die Arbeiten unter großem staatlichen Druck heimlich durchführen müssen.

Um Frauen für eine Kundgebung zu mobilisieren, liefen wir von Tür zu Tür und versuchten, sie zu überzeugen. Das dauerte manchmal stundenlang. Die Frauen versammelten sich dann heimlich in einem Haus, gingen dann gemeinsam raus um zu demonstrieren und zerstreuten sich wieder, bevor die staatlichen Sicherheitskräfte eintrafen.

Dies führte zu einer Entwicklung des sich Erhebens und des Mutes. Das Diskutieren und Verbreiten der Aktionen innerhalb der Bevölkerung ermutigte auch andere, so dass sich auf dieser Grundlage die Rojava-Revolution entwickelte. Ohne diese Organisierung und Erfahrung aus den Diskussionen und Aktionen hätte sich die Rojava-Revolution nicht entwickeln können.

Im Vergleich zu anderen Regionen war in Kobanê Tribalismus und Feudalismus sehr verbreitet, dementsprechend wurden auch Frauen aus dieser Perspektive betrachtet. Zeitgleich war es ein Ort, an dem der Patriotismus stark ausgeprägt war.

Kobanê war die erste Stadt, die ihren »Boden aus den Fängen des Staates befreite«. Dies leitete die Revolution vom 19. Juli 2012 ein, damit einhergehend entwickelte sich ab 2014 das System der Kantone.

Die ersten Angriffe gegen Kobanê begannen …

Im Jahr 2014 griff der IS Kobanê an. Ziel dieses Angriffes war es, die Türen Syriens für die Türkei weiter bis nach Raqqa und in den Irak zu öffnen. Überheblich sagte Erdoğan: »Kobanê fällt, es steht kurz vor dem Zerfall.«

---

1 Am 9. Oktober 1998 hat Abdullah Öcalan aufgrund des Drucks internationaler Staaten und der NATO Syrien verlassen und so einen Krieg der Türkei gegen Syrien verhindert.

Allerdings gab es einen äußerst heldenhaften Kampf gegen diesen Angriff. Mit dem erfolgreichen Widerstand stiegen die Moral, der Glaube und die Kraft der Bevölkerung. Das Selbstvertrauen nahm ebenfalls zu; dies galt insbesondere für die Frauen. Die Frauen aus Kobanê war bereits instinktiv stark, allerdings schlummerte diese Stärke bis dahin im Verborgenen, da sie weder geführt noch geschult wurden. Mit dem Fortschreiten des Krieges, kam diese Stärke immer mehr zum Vorschein.

Sie wurden ausgebildet, haben sich selbst kennengelernt und realisiert, zu was sie in der Lage sind. Daraus haben sie vor allem Mut geschöpft. Heute machen Frauen 90 Prozent der autonomen Regierung und des Parlaments aus.

Eine solche weibliche Führung ist mittlerweile in ganz Rojava präsent. Deshalb sprechen wir hier von einer Frauenrevolution.

Welche Art von Kampf wird gegen feudale Strukturen geführt?



Auch in Sîlemanî wird der drei Frauen Zehra Berkel, Hebûn Mele Xelîl und Amina Waysî gedacht, die in Kobanê durch den türkischen Drohnenangriff ermordet wurden. Foto: RojNews

Die Arbeit mit den Männern aus Kobanê ist nicht einfach. Zu Beginn wurden die Frauen gemieden, sie wurden unterschätzt. Dies geschieht ab und an immer noch. Um diese feudalen Denkweisen zu durchbrechen, gibt es kontinuierlich Bildung. Unter anderem wird gelehrt, auf welche Art und Weise Widerstand gegen die patriarchalen Strukturen geleistet werden kann. Mit Diskussionen, mit Kritik, mit gegenseitigem Austausch durchbrechen die Frauen diese Denkweise auch durch ihre eigenen Beispiele, und sie bringen außergewöhnliche Opfer.

Die Frau in Kobanê ist zumeist Mutter, sie zieht die Kinder groß, sie kümmert sich um den Haushalt, aber sie ist auch Anführerin, sie arbeitet, leistet Widerstand und organisiert öffentliche Zusammenkünfte. Wenn eine Frau sich organisiert und bewusst handelt, kann sie all diese Arbeiten machen. Aber um für sich selbst besser einstehen zu können, muss erst ein Bewusstsein dafür entstehen.

Wie viel Verantwortung übernehmen die Männer bei der Hausarbeit, die eine schwere und auch anstrengende Arbeit ist, damit Frauen sich stärker in die gesellschaftlichen Arbeiten einbringen können?

Wenn die Frau zur Arbeit geht, kann auch der Mann die Kinderaufsicht übernehmen und den Haushalt erledigen. Aber leider können wir dieses Umdenken nicht bei allen Männern erreichen. Für den Wandel und für die langfristige Veränderung des Mannes führen wir ebenfalls Bildungen durch – vorbildliche Männer nehmen daran teil.

Es ist nicht mehr üblich, dass die Frau bei Entscheidungen übergangen werden kann. Wenn in einer Institution die Frau organisiert ist und zielstrebig arbeitet, wirkt sich dies auf ihre Umgebung aus und kann ihre organisierte Arbeit fördern.

Bei einigen Teilnehmern konnten wir Veränderungen festmachen, allerdings kann nicht die Rede von einheitlicher Veränderung sein. Die männliche Mentalität lässt sich leider nicht nur mit einer Bildung verändern. Um tatsächlich ein gleichberechtigtes und geschlechterbefreites Leben zu erreichen, müssen wir noch intensiver arbeiten.

Welche Auswirkungen haben das Ko-Vorsitz-System und die Veränderung der Frau auf den Mann?

Es ist nicht mehr üblich, dass die Frau bei Entscheidungen übergangen werden kann. Wenn in einer Institution die Frau organisiert ist und zielstrebig arbeitet, wirkt sich dies auf ihre Umgebung aus und kann ihre organisierte Arbeit fördern.

Auf diese Weise ist auch der Mann davon betroffen; es gibt Veränderungen. Aber ohne unseren Widerstand wird der Mann diese nicht akzeptieren und in alte Muster verfallen.

Infolge der türkischen Luftangriffe im Juni wurden drei revolutionäre Frauen getötet. Steht dieser Angriff in Verbindung mit dem Widerstand von Kobanê und der Frauenrevolution?

Die Frauenverteidigungseinheiten YPJ wurden auf der ganzen Welt in der Schlacht um Kobanê bekannt. Die Bewegung, die die Frauenrevolution in Rojava organisiert hat, ist Kongreya Star.

Nachdem der türkische Innenminister Süleyman Soylu erklärte: »Die PKK ist eine Frauenorganisation, bei ihren Aktionen nehmen 56 Prozent Frauen ihren Platz ein«, nahm der türkische Staat Frauen überall ins Visier.

Zehra Berkel war die Koordinatorin des Frauendachverbands Kongreya Star und auch die Sprecherin der Euphrat-Region. Sie organisierte überall Sitzungen, um die Probleme der Frau zur Sprache zu bringen und zu lösen. Und obwohl Hebûn Mele Xelîl krank war, ließ sie sich nicht von ihrer Arbeit abbringen und führte diesen Kampf viele Jahre unermüdlich.

So auch die »Mutter« Amina Waysî. Sie symbolisierte die patriotischen Frauen von Kobanê. Aus diesem Grund wurde sie zur Zielscheibe des Feindes. Als Frauen ihre Farben im Leben widerspiegelten, veränderte sich alles. Dies konnte der Feind nicht ertragen und ermordete sie bewusst.

Rêber Apo sagt: »Zuerst sollte die Frau verherrlicht werden« und der Feind sagt: »Erschießt zuerst die Frauen.«

Der Kampf der Frauen ist ein sehr langwieriger Kampf, er wird bereits seit 40 Jahren geführt und dennoch stehen wir noch am Anfang des Weges. Der Tod der Freundinnen Zehra, Hebûn und Amina hat alle Frauen getroffen. Daraus entstand die Entschlossenheit, sich stärker in den Kampf einzubringen, und die Beteiligung daran nimmt stetig zu. ♦

Jeder Schritt zur Freiheit der Frauen ist ein Schlag gegen die gegenwärtige Identität der Männer

Wir werden das System an der grundlegendsten Stelle treffen

Interview des Kurdistan Report mit der Vertreterin des Jineolojî-Komitees Europa Zilan Diyar

Der Kampf der kurdischen Freiheitsbewegung für die Befreiung der Frau hat in den letzten 40 Jahren wichtige Errungenschaften für die Entwicklung der kurdischen Frauen mit sich gebracht. Ein Aspekt dieses Kampfes ist der Kampf gegen die patriarchale Männlichkeit als wichtiger Beitrag zur Geschlechterbefreiung. Kannst du uns eure Diskussionen über Männlichkeit bzw. die Veränderung des Mannes schildern?

Diese Diskussionen können wir bis zur Gründung der kurdischen Freiheitsbewegung zurückverfolgen. Frauen der ersten Stunde haben für die Entwicklung des Kampfes einen Überlebenskampf geführt und sind mit Blockaden durch die patriarchale Männlichkeit konfrontiert worden. Auch wenn die PKK sich entsprechend sozialistischer Lebensprinzipien formierte, war die auf das Patriarchat gründende gesellschaftliche Ordnung noch nicht zusammengebrochen. Es gab damals nicht so viele Individuen wie heute, die diese Widersprüche tiefgründig hinterfragten, da von vielen die Notwendigkeit noch nicht begriffen wurde. Da die gesellschaftlichen Widersprüche in erster Linie im Rahmen von Klassenkampf und nationaler Frage begriffen wurden, gab es noch kein Bewusstsein über die starken Einflüsse des Patriarchats und damit des Staates und des Kapitalismus auf die Menschen. Doch die Arbeiten der Frauen im Rahmen des Kriegs machten die Widersprüche des Systems offenkundig. Ich spreche von Arbeiten der Frauen, denn in dieser Zeit war die Form des Kampfes den Bedürfnissen des Mannes entsprechend definiert, und die Frauen mussten sich sozusagen darin beweisen. Innerhalb der Guerilla in den Bergen war eine Struktur vorherrschend, bestand ein System, das der Logik, den Gesetzen und Gewohnheiten des Mannes entsprach. Warum war das so? Es gab noch keine Erfahrungen damit, uns auf der Basis der Geschlechterfreiheit zu begegnen und zu organisieren. Frauen im Kampf hatten zwei Optionen: Entweder konnten sie sich mit großer Mühe von sich selbst entfremden und durch das Männlich-Werden ins System integrieren, dem Kampfgeschehen fernbleiben, leiden und vereinsamen. In diesem Sinne möchte ich der Frauen in der Person von Şehîd Sara (Sakine Cansız) gedenken, die sich gegen diese beiden »Möglichkeiten« aufgelehnt haben und uns unter großen Opfern dahin gebracht haben, wo wir inzwischen angelangt sind. Mit seiner Haltung hat Rêber Apo *[Abdullah Öcalan]* als erster die Frauen in ihrer individuellen Präsenz wertgeschätzt, ihnen Vertrauen geschenkt und ihnen so den Weg frei gemacht, durch ihre Auflehnung die gesellschaftliche Realität zu verändern.

Auch innerhalb der Bewegung hat sich so die Auflehnung der Frauen deutlicher entfalten können. Zu diesen Widersprüchen innerhalb der Bewegung gab es zunächst eine Auseinandersetzung (mit dem Erscheinen des Buches »Die Frau und das Problem der Familie« von 1986) und anschließend Schritte hin zu einer autonomen Organisierung von Frauen (von der ersten Frauenorganisation YJWK 1987 bis hin zum organisatorischen Aufbau des Frauenkonföderalismus 2015). Die Frauen haben also jenseits der beiden ihnen zunächst »zugestandenen« Optionen einen dritten Weg einschlagen können.

Diese Entwicklung und Auseinandersetzung war auch die Grundlage für die Selbsthinterfragung der Männer. Die von Rêber Apo im Jahr 1996 in einem Interview mit dem Journalisten Mahir Sayan verwendete Metapher »den Mann töten« hat sprichwörtlich die auf das Patriarchat fundierte gesellschaftliche Ordnung zertrümmert. Entweder töteten sie die Männlichkeit in sich, oder die Männer konnten mit ihrer alten Haltung nicht mehr in der PKK bleiben. Von da an wurden die patriarchalen Strukturen in den Bildungen intensiv diskutiert. Damit wurde der Kampf intensiviert, der mit den Worten von Şehîd Atakan Mahîr als Kampf zwischen »der Frau, die die Freiheit als eine Notwendigkeit betrachtet und der Männlichkeit, die kein Problem der Freiheit erkennen mag und sich damit in ihrem größten Irrtum befindet« beschrieben werden kann. Dieser Widerspruch war der zentrale Grund für Stillstand in den politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Bereichen der Bewegung. Doch weder wir Frauen noch die Männer hatten dies so umfassend begriffen wie Rêber Apo. Es gab Verhaltensweisen, die den genossenschaftlichen Umgang untergruben und Machtkämpfe im Rahmen des Geschlech-

terkampfes – einige wollten sich nicht nach den Maßstäben der Freiheit, sondern nach denen des traditionellen Mannes organisieren. Doch die Bemühungen der Frauen, die den Geschmack der Freiheit wahrnahmen und ihn nicht aufgaben, haben sich gegen all diese negativen Bestrebungen durchgesetzt.

Der Kampf für die Geschlechterbefreiung wurde von der individuellen auf die gesellschaftliche Ebene gehoben. Rêber Apo hat für diesen Kampf Methoden entwickelt, die die bestehende Ordnung haben zusammenbrechen lassen. Beispielsweise hat er in den Akademien die Frauen zu sozialen und politischen Aktivitäten ermuntert, während er die Männer z. B. zum Küchendienst einteilte.

Nach der Gründung der Partei der Frauen wurden in der Akademie der PJA in den Jahren 2002 bis 2004 vier Bildungseinheiten durchgeführt, die das Ziel hatten, den Mann zu transformieren. Die Männer wurden von der sich entwickelnden Freiheit der Frauen beeinflusst. *[Şehîd Fikrî Baygeldi schrieb nach der Selbstverbrennung von Sema Yüce 1998, »ich werde die Aktion von der Genossin Sema weitertragen«; Şehîd Mazlum Tekman (Sezai Karakuş) schrieb vor seiner Selbstverbrennung am 23. November 2004 im Gefängnis von Tekirdağ einen Brief an die Genossinnen, in dem es heißt »Die opferbereite und hartnäckige Haltung der Frauenbewegung für die Freiheit wird der Wille der Frauen weltweit sein« – diese Voraussichten wurde im Laufe der Zeit zur gesellschaftlichen Wahrheit.]*

Das von Rêber Apo unter den Bedingungen der Haft in Imralı formulierte neue Paradigma hat die Freiheit der Frau zur Grundlage. Er macht die Lage der Frau zur Basis seiner historischen und gesellschaftlichen Analysen und hat innerhalb der Bewegung viel zur Transformation des Mannes beigetragen. So haben sich die Diskussionen um die Männlichkeit vertieft. Es wurden nicht mehr nur ausgewählte Gruppen angesprochen, sondern innerhalb der Bewegung wurden für alle Männer Vorträge zur Geschichte der Freiheit der Frau gehalten. Die Überwindung von Tabus und die Anwendung neuer Methoden haben den Weg dazu geebnet, dass die Männer anfangen konnten, ihre eigene Männlichkeit zu hinterfragen. Zum Beispiel schrieb Şehîd Kadir Usta (Gayyaz Koyutürk) in seinem Tagebuch: »Ich habe die Mutter-Göttin kennengelernt und ich gab mich ihrer Güte hin. Ich möchte die tiefsten Überreste von Vater-Gott auch aus der letzten Zelle meines Körpers entfernen«. Am 8. März 2005 schrieb Şehîd Armanc Kerboran (Hüseyin Akdoğan) in seinem Tagebuch an die Frauen gerichtet, »ein einziger Schmerz an einem einzigen Tag ist Grund genug, diese Welt zu zerstören und wieder aufzubauen«. Şehîd Şervan Azad (M. Siraç Alp) schrieb, »das System zu überwinden bedeutet, die männliche Mentalität zu überwinden«. Oder Şehîd Atakan Mahir: »Als Mann muss ich meine eigene Definition finden. Wir müssen es überwinden, uns nur über Aspekte wie Macht und Kraft zu definieren. Jeder Mann muss unbedingt in sich die Frau fühlen. Ein Mann muss unbedingt in seiner biologischen und mentalen Struktur die Frau spüren. Für mich ist ein Mann, der sagt ›bei mir gibt es keine Frau‹ ein Frauenfeind.« Zu wissen, dass es solche Genossen gibt, gibt uns Kraft.

Wir betrachten diese Phase nicht als abgeschlossen. Auch wenn wir es geschafft haben, zu einer Bewegung zu werden, die systemisch die Freiheit der Frau zur Grundlage nimmt, können wir nicht behaupten, das Patriarchat abgeschafft zu haben, sondern müssen die geschilderten Hinterfragungen fortführen und weiterentwickeln.

Die Frage »Wie leben?« war und ist immer eine zentrale Frage für die kurdische Freiheitsbewegung und Frauenbewegung gewesen. Als Antwort auf diese Frage und als wichtige Säule im Aufbau einer befreiten und demokratischen Gesellschaft formuliert die kurdische Freiheitsbewegung den Ansatz des »freien partnerschaftlichen Lebens«. Was ist darunter zu verstehen?

Wir definieren uns selber auch als »Wahrheitssuchende«. Bei all unseren Bestrebungen geht es im Kern darum, dem Leben Sinn zu geben, die Realität zu verstehen, also die Wahrheit zu erreichen. All dies beginnt damit, zu bestimmen, was wir – auch im Alltag – ablehnen und was wir akzeptieren. Mit der Entwicklung der autonomen Frauenorganisierung sind in der Bewegung Begriffe wie Geschlechterbewusstsein und Geschlechterwidersprüche aufgekommen. Um die Probleme, die mit den Methoden des Geschlechterkampfes entstanden sind, zu überwinden, hat Rêber Apo im Jahr 1996 erklärt, was die Frau und der Mann für Maßstäbe an Akzeptanz und Ablehnung haben sollten. Mit den Worten »entweder ein freies Leben oder nichts« und »entweder werde ich es schaffen dir zu großen Erfolgen zu verhelfen, oder deine Art zu Leben bleibt ein Teil des Problems« und »Wahrheit ist Liebe, Liebe ist ein freies Leben« hat er den Kurs unserer Suche nach Wahrheit beschrieben. In einer Zeit, in der das Leben von der Gesellschaft, der Geschichte und vom Sinn entfremdet wird, wollen wir das Schwierigste: das Leben sinnvoll gestalten! Das können wir nur erfolgreich schaffen, indem wir das System bis in die kleinste Nische hinterfragen.

Die auf Staat und Klasse basierende Zivilisation hat sich nicht zuerst anhand von Nationen, Völkern, Klassen und Gesellschaften errichtet. Sie hat sich zuallererst über die Ungleichheit von Mann und Frau konstituiert. Deshalb werden wir das System an der grundlegendsten Stelle treffen. Dafür müssen wir die Beziehung zwischen Frau und Mann von Ei-

gentum und Macht befreien, sie nicht auf der Basis von Sexualität betrachten, sondern aus politischer, sozialer, ideologischer und philosophischer Sicht.

Die Definition von Kriterien für die Beziehung zwischen Mann und Frau sowie die Bestimmung von genossenschaftlicher Liebe als Grundlage dieser Kriterien bedeutet, das Leben bewusst zu gestalten. Das freie partnerschaftliche Leben bedeutet, Existenz und Bewusstsein eine neue Form zu geben. Rêber Apo hat die Einheit von Existenz, Bewusstsein und Form als Xwebûn definiert. Dies hat er in erster Linie den Frauen mit auf den Weg gegeben, und er hat es theoretisch und philosophisch vertieft (»Manifest der demokratischen Zivilisation« – Band 5; noch nicht ins deutsche übersetzt).

Das freie partnerschaftliche Zusammenleben ist nicht lediglich ein Rahmen für die Beziehung zwischen Mann und Frau. Es bedeutet die Neuverortung des Menschen in der Welt, gestaltet ein von Macht befreites Verhältnis der Menschen untereinander und des Menschen zur Natur. Mit dieser Philosophie kann eine Demokratisierung der Familie erreicht werden und die gesellschaftliche Ordnung, die sich auf die Verwertung des Frauenkörpers und seine Nutzung als Fortpflanzungsinstrument stützt, niedergerissen werden. Sie kann die Macht und das Besitzverhältnis, das nicht nur zwischen zwei verschiedenen Geschlechtern besteht, sondern ihren Einfluss zwischen allen Geschlechtern ausübt, niederreißen. Mit einer Beziehung, die frei ist von Macht und Eigentum, können wir die Gesellschaft einen Schritt weiter Richtung Freiheit führen.

Im jüngst auf Deutsch erschienenen Buch »Soziologie der Freiheit«[1] von Abdullah Öcalan begreift Öcalan die »Familie« als ein Element der demokratischen Zivilisation und erklärt: »Wenn nicht die Familie als Zelle der Macht, sondern – wie manche Feminist*innen die Sache angehen – nur die Frau analysiert wird, wird dem Ideal und der Praxis der demokratischen Zivilisation ihr wichtigstes Element fehlen. Die Familie ist eine gesellschaftliche Institution, die nicht überwunden, sondern transformiert werden soll.« Wie ist diese Transformation zu verstehen?

Vor der Beantwortung der Frage möchte ich erwähnen, dass die Jineolojî-Zeitschrift die Themen Konstruktion von Weiblichkeit und Männlichkeit, die Natur dieser Identitäten und des freien partnerschaftlichen Zusammenlebens in den Ausgaben 6, 7 und 8 näher beleuchtet. In der vor wenigen Tagen veröffentlichten letzten Ausgabe (Nr. 18) wurden die Familie und die Möglichkeiten ihrer Transformation diskutiert. Wie ihr anhand der Aufzählung seht, wurde die Familie anfangs nicht diskutiert.

Wenn wir die Familie in ihrer derzeitigen Funktion als Kernfamilie betrachten, wäre es nicht richtig, sie als gesellschaftliche Institution zu bezeichnen. Denn die Familie ist die grundlegende Struktur, in der sich Sexismus, Eigentum und Macht fortdauernd reproduzieren können und insofern ein Hemmnis für die Freiheitsbestrebungen in der Gesellschaft und die Suche nach Wahrheit der Individuen. Die Aussage von Rêber Apo »Die Familie ist wie eine Mühle, in der der weibliche Körper gemahlen wird« definiert meines Erachtens die Kernfamilie hinreichend. Doch in der natürlichen Gesellschaft gab es gesellschaftliche Strukturen, die sich um die Frau herum aufbauten. Diese Struktur, die nicht entlang sehr fester Regeln organisiert war, aber auf der Grundlage moralischer Werte eine gesellschaftliche Einheit darstellte, kann weder mit der heutigen Kernfamilie, noch mit den Großfamilien in der jüngeren Vergangenheit verglichen werden. So definiert Cejna Mazî in ihrem Artikel mit dem Titel »Ist die Familie der Kern der Gesellschaft oder des staatlichen Systems« aus der 18. Ausgabe der Jineolojî-Zeitschrift diese Struktur der natürlichen Gesellschaft als »Mutter-Familie«.

Die Familie als sogenannter »Mikro-Staat« ist eine grundlegende Struktur des staatlichen Systems. Sie ist für das System geistig und kulturell konstituierend. Dennoch trägt sie auch einige Werte der natürlichen Gesellschaft in sich – auch wenn es nur noch Bruchstücke sind. Warum sollten wir die Rolle der Familie nicht durch den Sturz der staatlichen, patriarchalen und modernen Mentalität grundlegend ändern können? Warum soll sie nicht das Hauptelement einer demokratischen Gesellschaft sein können? Dies ist keine Utopie. Patriotische Familien, die sich durch den Kontakt mit der kurdischen Freiheitsbewegung veränderten, die die klassischen Rollen von Mann und Frau zu überwinden sowie Kinder und Frauen aus dem Besitzdenken zu lösen trachteten, sind klare Beispiele dafür. Patriotismus bzw. Heimatliebe bedeutet in unserer Sprache, das Leben nach moralischen und politischen Maßstäben zu gestalten. Und dies wird möglich, indem der Mann die Frauen, seine Angehörigen und Kinder als selbstständige Menschen respektiert und die Alten, statt sie als gesellschaftlich nutzlos zu betrachten, dazu befähigt, ihre Erfahrungen in den Dienst der moralischen und politischen Gesellschaft zu stellen. Wenn die Familie solch ein Niveau erreicht, kann sie der Kontrolle des Staates entkommen.

Das bedeutet abschließend natürlich nicht, diese primäre Institution, mit der sich das System am Leben erhält, zu loben oder zu legitimieren, sondern ganz im Gegenteil, sie grundlegend zu analysieren und herauszufordern. Denn die Familie ist gleichzeitig der Ort, an dem das Individuum zuallererst

1 Abdullah Öcalan, Manifest der demokratischen Zivilisation – Bd. III, Soziologie der Freiheit, Unrast Verlag

Gesellschaftlichkeit, Solidarität, Opferbereitschaft und Liebe erfährt. Was wir tun wollen, ist, diese Essenz nicht im Dienst des Patriarchats, sondern zugunsten der Gesellschaft zu entwickeln.



Aktion gegen Sexismus in Berlin am 4. August 2020. Foto: anf

Bei den Arbeiten der Frauenbewegung, in der Diskussion feministischer Themen, ja selbst wenn es um das Patriarchat geht, das ja viel mehr ein »Männer-Problem« als eine »Frauen-Frage« ist, wie früher gesagt wurde, bleiben Männer außen vor. Sie bringen sich nicht ein, bleiben passiv, weil sie zum einen von den herrschenden Verhältnissen profitieren, zum anderen aber häufig unsicher sind, welche Rolle sie spielen sollten und was ihnen zusteht. Was sollte deiner Meinung nach die Rolle von Männern bei der Überwindung des Patriarchats sein? Was können ganz konkrete Schritte sein?

Ich muss zuallererst sagen, dass die feministischen Bewegungen als Ganzes nicht über die Agenda zur Transformation des Mannes verfügen. Es ist klar, dass ein Frauenkampf, der von der gesellschaftlichen Realität losgelöst ist, den Mann nicht verändern wird. Deshalb wollte die Frauenfreiheitsbewegung von Anfang an den bei sich selbst geschaffenen Freiheitsgrad in der Gesellschaft verbreiten. So, denken wir, haben wir einen grundlegenden Unterschied. Auch wenn im Rahmen der Jineolojî-Recherchen der Aufbau der Männlichkeit nicht inbegriffen ist, bedeutet dieser Ansatz, eine wissenschaftliche Grundlage zu haben.

Wir verfügen über unbegrenztes Wissen darüber, wie das patriarchale System die Frau angreift. Wir sind uns also darüber im Klaren, was das System genommen hat. Doch die Männer sind sich immer noch nicht bewusst, dass auch sie ein Produkt des patriarchalen Systems sind und ihre Identitäten und ihre Natur zerstört wurden. Es braucht als ersten Schritt eine Entwicklung dieses Bewusstseins, damit jeder Schritt zur Freiheit der Frauen ein Schlag gegen die gegenwärtige Identität der Männer ist. Die autonome Organisierung der Frauen, ihre autonome Organisierung von Selbstverteidigung, die Vorträge zu Frauengeschichte und Jineolojî, das konföderale System der Frauen und das Ko-Vorsitzenden-System als Kern des konföderalen Systems hat eine wichtige Rolle darin gespielt, die männliche Herrschaft zu dechiffrieren. Doch es ist auch möglich, diese Bemühungen nicht nur mit praktischen und organisatorischen Mitteln zu entwickeln, sondern auch mit der Vertiefung von individuellen Hinterfragungsprozessen.

Können die männlichen Genossen sich von den unbegrenzten Privilegien, die das patriarchale System ihnen bietet, lösen? Werden sie in der Lage sein, alle ihre Abwehrschilde, Verzerrungen und Gewohnheiten aufzugeben? Darin müssen die ersten Schritte bei der Überwindung der männlichen Herrschaft bestehen. Doch reicht das aus? Nein, denn jeder Mann kann sich bei Schwierigkeiten in seinen Herrschaftsbereich zurückziehen. Sind die Männer bereit dies aufzugeben?

Während wir Frauen über Freiheit so viel nachdenken, dass unsere Gehirne platzen, denke ich, dass die Ungeschicklichkeit von Männern beim Denken darauf zurückzuführen ist, dass sie Freiheit nicht als Grundbedürfnis betrachten. Einer der größten Fehler männlicher Genossen ist, dass sie die Ausbeutung von Frauen im Universum für ewig halten. Deshalb denken sie, dass die Befreiung der Frau Machtwechsel bedeutet. Dies ist jedoch weder eine ewige Sache, noch gibt es Macht in einem frauenzentrierten Leben. Daher müssen sie, wenn sie sich ein frauenzentriertes Leben vorstellen, ihren Geist öffnen für vorpatriarchale Strukturen. Während Frauen jeden Moment in ihrem Leben versuchen, Freiheit zu atmen, sind die Auseinandersetzungen der Männer zu diesem Thema entweder technisch in dem Sinne, konform mit den organisatorischen Schritten zu gehen oder, wenn sie sich ein wenig anstrengen, zersplittert und unstetig. Doch alle Wahrheitssuchenden müssen sich befähigen, »im Augenblick die Freiheit zu erleben«. So wie wir als Frauen mit unserer Sprache, Ästhetik und unserem Denken das System umzingelt haben, so müssen auch die Männer einen fließenden und kontinuierlichen Freiheitskampf entwickeln. ♦

Wer steckt hinter der Drohnenentwicklung in der Türkei?

Drohnenmacht Türkei

Interview des Kurdistan Report mit Matthias Monroy, Journalist und Mitarbeiter im Deutschen Bundestag

»Drohnenmacht Türkei« – diese beiden Wörter im Zusammenhang konnten wir in den letzten Monaten immer wieder in deutschsprachigen Medien finden. Du verfolgst die Entwicklung und den Einsatz von Drohnen zu militärischen Zwecken sehr genau. Kann die Türkei tatsächlich als Drohnenmacht bezeichnet werden?

Ja auf jeden Fall. Seit 20 Jahren sind Modelle aus den USA und aus Israel unbestrittene Marktführer für Kampfdrohnen gewesen, jetzt drängen weitere Hersteller auf diesen Markt. Dies betrifft mit der »Wing Loong« China und mit der »Bayraktar TB2« die Türkei. Neben den USA und Israel hat zunächst nur Großbritannien in den Nullerjahren und den Jahren darauf Kampfdrohnen eingesetzt. Jetzt liegt die Türkei nicht nur beim Verkauf der Waffen, sondern auch bei der alltäglichen Nutzung vorn.

Spiegel Online bezeichnete Erdoğans Schwiegersohn Selçuk Bayraktar als den Drohnenpaten der Türkei. Kannst du uns erklären, welche Firmen hinter der Drohnenentwicklung in der Türkei stecken?

Hersteller der »Bayraktar TB2« ist die Firma Baykar, die dem MIT-Doktoranden Selçuk Bayraktar[1] gehört. Er wird als Gründervater der türkischen Drohnenindustrie regelrecht verehrt. Mittlerweile wird seine »TB2« nicht nur vom Militär, sondern unbewaffnet auch von Polizei- und Grenzbehörden und Geheimdiensten geflogen. Seit 2017 soll sich allein der militärische Bestand auf hundert Stück verdoppelt haben, davon ist etwa die Hälfte bewaffnet.

Als Konkurrentin gibt es die ebenfalls bewaffnungsfähige »Anka« von Turkish Aerospace Industries (TAI), die in einer neuen Version über Satelliten gesteuert werden kann. Das ist ein großer Vorteil gegenüber der »Bayraktar TB2«, denn die »Anka« erreicht damit eine größere Reichweite. Sie transportiert bis zu 200 Kilogramm und damit viermal so viel Nutzlast wie die »TB2«. Beide Drohnen können in neueren Versionen inzwischen länger als 24 Stunden in der Luft bleiben.

Unter dem Namen »Akıncı« entwickelt Baykar jetzt eine Langstreckendrohne, die auch über Satelliten gesteuert werden soll. Ihre Nutzlast wird mit fast 1,5 Tonnen angeben, wovon 900 Kilogramm als Bewaffnung unter den Flügeln transportiert werden können. Unbewaffnet soll die »Akıncı« mit optischen Sensoren, Radaranlagen oder Technik zur elektronischen Kriegsführung ausgestattet werden.

Und welche Zusammenhänge gibt es da mit europäischen oder möglicherweise mit deutschen Rüstungsunternehmen?

Das ist etwas nebulös. Die Sensorik, also die optischen und auf Infrarot basierenden Kameras, sollen vom kanadischen Konzern L3 WESCAM stammen. Der britische Guardian hatte berichtet, dass der Rüstungskonzern EDO aus Großbritannien an der Bewaffnung der »Bayraktar TB2« beteiligt war. Demnach sei das Gestell für die kleinen Raketen von einem britischen Fabrikat kopiert worden. Der Baykar-Chef hat den Bericht dementiert und schrieb, die britische Technologie habe sich als unbrauchbar herausgestellt, weshalb die Firma ein eigenes Raketengestell entwickelt habe. Trotzdem könnte dies von der britischen Vorlage kopiert worden sein.

Was die eigentliche Bewaffnung angeht könnte der Erdoğan-Schwiegersohn von dem deutschen Rüstungskonzern TDW profitiert haben, einem bayerischen Ableger der britischen Firma MBDA. TDW soll dem türkischen Raketenhersteller Roketsan Gefechtsköpfe für dessen Panzerabwehrraketen geliefert haben. Diese Waffen sind vermutlich klein genug, um sie mit der recht leichten »Bayraktar TB2« zu transportieren.

1 Selçuk Bayraktar erwarb sein Masterdiplome an der University of Pennsylvania und am Massachusetts Institute of Technology (MIT). Seinen Doktor machte er am Georgia Institute of Technology.

Auch die Baupläne für die türkischen Raketen sollen übrigens von TDW stammen. Nachprüfen lässt sich das kaum.

Für die Bewaffnung der großen »Akıncı« arbeiten übrigens die Ukraine und die Türkei zusammen, Baykar hat hierfür eine Kooperationsvereinbarung mit dem ukrainischen Raketenhersteller Ukrspecexport unterschrieben.

Immer wieder ist im Zusammenhang mit dem Krieg des türkischen Staates in den kurdischen Siedlungsgebieten vom Einsatz türkischer Drohnentechnologie berichtet worden. Welche unbemannten Luftfahrzeuge werden eingesetzt und was können diese? Und wo sonst setzt die Türkei derzeit ihre Drohnen ein?

Unbewaffnete Drohnen werden außer von Baykar und TAI von weiteren türkischen Herstellern produziert und verkauft. Sie dienen der Aufklärung und Überwachung, ihr Einsatz kann beim Militär Luft- oder Bodenangriffen vorausgehen. Im Bereich der Grenzüberwachung fliegen »TB 2« für die Jandarma[2] an der Grenze zur Türkei und dringen dort mitunter in den griechischen Luftraum ein. Übrigens hat auch Griechenland 50 kleinere Spähdrohnen aus der Türkei gekauft, das Militär will sie zum Aufspüren unterirdischer Anlagen und von Sprengstoffen nutzen.

Einsätze von bewaffneten Drohnen aus der Türkei sind außer im Iran in allen kurdischen Gebieten dokumentiert worden, also neben dem in der Türkei liegenden Teil Kurdistans auch im Irak und in Syrien. Die Regierung in Ankara hat – sicherlich vor allem symbolisch – eine bewaffnete »Bayraktar TB2« nach Nordzypern verlegt. Damit gehört die Türkei auch zu jenen Ländern, deren Militär bewaffnete Drohnen außerhalb ihres Hoheitsgebietes stationiert. Wie wir wissen sind etliche, vielleicht Dutzende »TB2« als Teil der verdeckten Kriegsführung der Türkei in Libyen stationiert. Ein großer Teil davon ist übrigens abgestürzt, abgeschossen oder am Boden zerbombt worden. Den Drohnenkrieg mit den viel größeren chinesischen »Wing Loong« in Libyen hat die Türkei jedenfalls verloren.

Kannst du uns eine rechtliche Einschätzung zum Einsatz von Drohnen jenseits der türkischen Staatsgrenzen geben?

Das ist in weiten Teilen genauso völkerrechtswidrig wie der US-Drohnenkrieg in Afghanistan oder die außergerichtlichen Hinrichtungen, wie sie der US-Geheimdienst Anfang des Jahres mit der Ermordung des iranischen Offiziers Qasem Soleimani im Libanon durchgeführt hat. Sämtliche Einsätze in den kurdischen Gebieten sind illegal, denn mit keinem der Länder befindet sich die Türkei im Krieg. »Legal« ist der Einsatz allenfalls in Libyen, wo die Regierungen in Ankara und Tripolis einen Deal zur militärischen Unterstützung geschlossen haben. Die Türkei erhält dafür im Gegenzug das Recht zur Ausbeutung von Öl- und Gasreserven. Wobei ich mich hier auch gleich korrigieren möchte: Drohnen senken die Hemmschwelle zum Einsatz von Bomben und Raketen deutlich, deshalb können auch diese Einsätze gegen das Völkerrecht verstoßen. Als KriegsgegnerInnen muss es uns letztlich auch egal sein, ob die Waffen von bemannten oder unbemannten Systemen abgefeuert werden.

Du arbeitest ja auch im deutschen Bundestag für die Linksfraktion. Welche politischen Druckmittel gibt es innerhalb, aber auch außerhalb des Parlaments, um gegen den türkischen Drohnenkrieg vorzugehen? Welche Rolle könnten aus deiner Sicht linke Kräfte und die Friedensbewegung in Deutschland hierbei spielen?

Da habe ich leider wenig Hoffnung. Wir sind ja in Deutschland auch damit konfrontiert, dass die Bundeswehr Kampfdrohnen beschaffen will, die Entscheidung könnte noch dieses Jahr erfolgen. Das Verteidigungsministerium nutzt eine Salamitaktik; zunächst wurden die Drohnen bewaffnungsfähig bestellt, der Kauf der Raketen wird in einem zweiten Beschluss ergänzt. Die Zustimmung der Sozialdemokratie werden wir nicht verhindern können, aber wir haben immerhin für viel kritische Aufmerksamkeit und Bewusstsein gesorgt.

Ähnlich ist das mit dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein, der als Relaisstation die Steuersignale der US-Drohnen in afrikanischen und asiatischen Einsatzgebieten weiterleitet. Die Anlage steht auf deutschem Hoheitsgebiet, die Bundesregierung weiß von ihrer Nutzung. Ihre Weigerung, Ramstein zu schließen, macht sie zur Mittäterin des völkerrechtswidrigen US-Drohnenkrieges. Übrigens sehe ich hier noch Potential für die Kampagne gegen den türkischen Drohnenkrieg, der ebenfalls auf Anlagen zur Satellitenkommunikation angewiesen ist. Ich vermute, dass hier europäische Hersteller mitmischen.

Was die deutsche Friedensbewegung angeht bin ich gespalten. Diese Bewegung ist überaltert und hat sich aus progressiven, jungen sozialen Bewegungen nicht neu formieren können. Ihre AkteurInnen distanzieren sich viel zu wenig von problematischen, aus meiner Sicht rechtsoffenen Gruppen. Jetzt haben auch die CoronaleugnerInnen das Ramstein-Thema besetzt, hier vermisse ich eindeutige Abgrenzung linker Kräfte. Ich würde mir wünschen, dass sich die Friedensbewegung mehr für Aktivitäten anderer Bewegungen interessiert, etwa die Rheinmetall-Kampagne, aber auch den Kampf gegen den Krieg in Kurdistan. ♦

2 türkische Militärpolizei

Der Kampf gegen die Rüstungsindustrie kann viele gesellschaftliche Themen verbinden

Rheinmetall? Entwaffnen!

Sipan, aus dem Bündnis »Rheinmetall Entwaffnen«

Der Kampf gegen den Militarismus ist ein zwingender, zentraler Bestandteil aller emanzipatorischer Kämpfe und hat sich in der Geschichte vielfältige Ausdrucksformen gegeben. Ein Großteil der Bevölkerung lehnt Militarismus und Kriege zur Durchsetzung von Profitinteressen ab. In den Machtzentren Westeuropas – nicht nur da, aber hier leben wir – konzentriert sich die ökonomische und militärische Kraft (und im Schlepptau auch die politische), die die Durchsetzung eigener Interessen im globalen Maßstab auch mit den Mitteln des Kriegs vorantreibt. Wir alle kennen die Schlagzeilen und Bilder, viele von uns haben Freund*innen in den kurdischen Gebieten, die diesen ständigen Angriffen ausgesetzt sind.

Als ein Aktionsfeld zur Entwicklung und Stärkung antimilitaristischer Kämpfe hat sich 2018 *Rheinmetall Entwaffnen* gegründet, um sich gegen den größten deutschen Rüstungskonzern zu stellen. Wir haben uns viel vorgenommen.

Die Entstehungsgeschichte des Bündnisses Rheinmetall Entwaffnen hat zwei Stränge:

Zum einen ist es eingebettet in die Geschichte der antimilitaristischen Kämpfe seit dem Beginn der Proteste gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland nach dem 2. Weltverteilungskrieg. Zum anderen ist es entstanden nach dem Angriff der türkischen Armee auf Efrîn in Nordsyrien und dessen Besetzung. In tief empfundener Solidarität mit dem feministischen und basisdemokratischen Befreiungskampf und um den militärischen Aggressionen etwas entgegenzusetzen wurde dieses Bündnis initiiert.

Deutsche Waffen, deutsches Geld …

Diese Losung der antimilitaristischen und internationalistischen Bewegungen lässt sich sehr gut an der Rüstungsfirma Rheinmetall (aber auch anderen) festmachen.

Die Rheinmetall AG hat nicht nur zwei Weltkriege mit befeuert, sie ist als Lieferant der NATO und Verbündeter weltweit im Geschäft und beteiligt, auch an den Kriegen im Mittleren Osten. In Nord- und Ostsyrien terrorisiert die türkische Armee mit ihren dschihadistischen Hilfstruppen mit Leopard II-Panzern aus den Produktionshallen von Rheinmetall und Krauss-Maffei-Wegmann die Bevölkerung, um die kurdische Befreiungsbewegung und die Revolution von Rojava zu vernichten. Auch am Jemenkrieg verdient Rheinmetall gut. Offiziell ist es nicht erlaubt, die Kriegskoalition von Saudi-Arabien mit Waffen zu beliefern. Aber in den Exportrestriktionen sind Auswege eingebaut: Rheinmetalls Tochterunternehmen außerhalb der deutschen Grenzen müssen sich nicht an deutsche Gesetze halten, und es gibt ja noch belieferungsfähige Verbündete, die das gelieferte Arsenal gern weiterleiten (wie z. B. Ägypten).

Zusammenkommen gegen die Vernichtung

2018 wurde das erste *Rheinmetall Entwaffnen*-Camp mit etwa 100 Teilnehmer*innen am Produktionsstandort Unterlüß durchgeführt. Hier begegneten sich Menschen aus verschiedenen antimilitaristischen Spektren, entwickelten gemeinsames Campleben, führten Diskussionen, entwickelten und führten Aktionen gegen den Rheinmetall-Produktionsstandort durch und mobilisierten zum Antikriegstag am 1. September nach Unterlüß.

Das Camp hat viele motiviert, das eigene antimilitaristische Engagement weiterzudenken, die eigenen Aktivitäten zu verstetigen und Schritte zu Vernetzung und Organisierung zu machen. Es bildeten sich sogar lokale *Rheinmetall Entwaffnen*-Bündnisse, die nicht nur das nächste Camp mit vorbereiten, sondern auch (über)regionale Aktionen entfalten wollten (und dies auch taten).

So u. a. der Bühnensturm auf der Aktionärsversammlung von Rheinmetall im Frühjahr 2019 in Berlin durch etliche

Antimilitarist*innen, der den Protest gegen die Kriegsprofiteure ans Licht der Öffentlichkeit brachte und den Verlauf der Aktionärsversammlung immerhin stören konnte.

Oder im Februar 2020 die demonstrative mehrstündige Besetzung des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Diese Bundesbehörde ist für die Genehmigung der Ausfuhr von Rüstungsgütern zuständig. Eine der zentralen Verbindungsstellen des militär-industriellen Komplexes mit Regierungsstrukturen.

Am *Rheinmetall Entwaffnen*-Camp 2019 beteiligten sich drei- bis viermal so viele Menschen wie 2018. Eine große Stärke war und ist die große Diversität der am Camp und den Aktionen teilnehmenden Menschen. Dies zeigte sich sowohl in dem unübersehbaren feministischen und internationalistischem Schwerpunkt auf dem Camp, also auch in den thematisch vielfältigen Workshops und Informationsveranstaltungen sowie den verschiedenen Aktionen, mit denen die Inhalte des Camps auch nach außen getragen wurden.

Praktische Positionierungen in der Region und international

Und das waren nicht nur die diversen Blockaden von Rheinmetalls Produktionsstätte in Unterlüß oder der unangekündigte Besuch am Wohnort des Rheinmetall Vorstandsvorsitzenden Armin Papperger in einem Nachbarort von Unterlüß. Sehr nachhaltig waren auch die Aktionen für das Gedenken an die Zwangsarbeiter*innen, die in Unterlüß im Zweiten Weltkrieg in einem Arbeitslager eingepfercht waren, um täglich für Rheinmetall zu schuften und zu sterben. In Teilen der Bevölkerung sorgte dies für einige Verunsicherung – der Mantel des Schweigens wurde gelüftet und die Geschichte mit der Gegenwart verbunden.

Von Südafrika über Kurdistan bis Lateinamerika und aus mehreren Ländern Europas waren Menschen auf dem Camp, die dort ihre Erfahrungen im Kampf gegen Militarismus und Rheinmetall austauschten, und das in einer sehr breiten Altersspannweite.

Sehr schön auch, dass in dem Zeitraum des Camps ein von RiseUp4Rojava[1] initiierter internationaler Aktionstag durchgeführt wurde, der die internationale Perspektive gemeinsamen Kämpfens ein wenig spürbar gemacht hat.

Insgesamt eine schöne und ermutigende Entwicklung.

»Ich würde mir wünschen, dass es in den Metropolen Bewegungen gäbe, die diesen Krieg angreifen, unmöglich machen würden. Einfach den Nachschub kappen … das wäre was. Eine militante Bewegung, die die Kriegsmaschine lahmlegt.«
Şehîd Andrea Wolf / Ronahî, 1. Mai 1997

Nach dem Camp 2019 trieb viele die Frage um, wie es weiter gehen soll. Wie kann es möglich sein, hier, im Herzen der Bestie, den Mächtigen so in die Arme zu fallen, dass sie nicht mehr einfach ihre Kriegstreiberei weiter verfolgen können; dass sie nicht mehr beliebig Waffensysteme entwickeln, herstellen und überall auf der Welt gegen die Menschen richten und immer weiter an ihrer perversen Effektivität arbeiten; dass wir verdammt nochmal die Vernichtungskriege des kapitalistischen Patriarchats blockieren und stoppen?!

Wie kommen wir dahin?

Was fehlt dazu?

Mit diesen Fragen setzten viele ihre Arbeit im Bündnis fort, um in diesem Sinne das nächste Camp vorzubereiten und diverse regionale Aktivitäten anzugehen.

Die Maßnahmen zur Corona-Pandemie machten die Durchführung eines Camps im Jahr 2020 unmöglich. Auch weitere Aktionen wie der Bühnensturm auf der Aktionärsversammlung etc. mussten ausfallen bzw. waren nur reduziert möglich – die Aktionärsversammlung z. B. fand digital statt, wofür extra Gesetze verändert werden mussten.

Die Entscheidung, statt des Camps eine große Blockadeaktion an einem der Rüstungsproduktionszentren – Kassel – zu machen, war der Versuch, trotz der schwierigen und belastenden Bedingungen nicht tatenlos zu bleiben. Die Kriege gehen ja weiter, die Rüstungsexporte werden weiter vorangetrieben – der Feind macht keine Pause. Die Bilder aus Nord- und Ostsyrien von türkischen und anderen dschihadistischen Truppen mit Kriegsgerät deutscher Produktion helfen, das Bewusstsein über unsere Verantwortung wach zu halten.

1 RiseUp4Rojava ist eine internationalistische Kampagne und Plattform, die 2019 gegründet wurde.



Auf dem Weg zu weitere Blockaden von Krauss-Maffai-Wegman am 28. August 2020 in Kassel. Foto: Rheinmetall Entwaffnen

Wie unserer Verantwortung, im Herzen der Bestie die Unmenschlichkeit anzugreifen, gerechter werden?

Nun ja. Schlüsselfrage. Es wurde geschafft, unter den neuen und schwierigen Bedingungen, im Bündnis weiterzuarbeiten und Beschlüsse zu fassen. Es sollte eine starke Mobilisierung nach Kassel geben, und für die Mobilisierung und zur eigenen Weiterbildung wurden eine Reihe von Online-Veranstaltungen durchgeführt, die eine breite Themenpalette umfassten – von »was ist eigentlich Rheinmetall?« über feministische Organisierung, Militär und Männlichkeit, Krieg im Mittleren Osten bis Festung Europa und Rüstungslobbyarbeit. (Aufzählung unvollständig). Und dann der Blockadetag am 28. August, der Tag, an dem alles zusammenkommen sollte.

Etwas über 500 Menschen waren mit uns auf den Straßen in Kassel unterwegs, um die Werke von Krauss-Maffei-Wegmann (KMW) zu blockieren. Der Leopard II-Panzer ist nicht das einzige Joint Venture zwischen Rheinmetall und KMW. In Kassel wird zum Beispiel auch der Schützenpanzer Puma produziert. Auch Airbus produziert dort. Auch Mercedes liefert von dort Achsen für Militärtransporter. Und Airbus …, und …

Die Berichte auf der Seite von *Rheinmetall Entwaffnen*[2] geben ganz gut wieder, was an dem Tag auf der Straße los war.

Wir haben den Protest auf die Straße getragen. Das stimmt. Wir standen vor den Toren von KMW. Und zwar vor allen Toren! Das stimmt auch. Die Stimmung war gut, die Beteiligung vielfältig. Auch das ist richtig.

Aber was haben wir bewirkt? Wir wissen es nicht.

Die Firmen konnten sich auf uns einstellen – und haben das auch gemacht. Die Polizei konnte sich auf uns einstellen – und hat das auch gemacht. Sie haben unsere Blockaden akzeptiert – außer wenn Arbeiter*innen darauf bestanden, durch die Polizei den Zugang zum Werk verschafft zu bekommen. Manchen war es auch unangenehm, dass ihr Weg zur Arbeit erzwungen werden sollte und nahmen sich den Tag frei.

Zu- und Auslieferung von Gütern hat an dem Vormittag an dem Werk nicht stattgefunden. Das ist gut, aber auch ökonomisch handhab- und berechenbar.

2 https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/

Jetzt könnten wir sagen: Immerhin.

Ok: Immerhin.

Wollen wir nicht eigentlich mehr?

Aber wie viele – außer uns, den Repressionsorganen und den Firmen – haben das mitbekommen? Das mediale Echo war sehr lokal, die größte Verteilung lief anscheinend über unsere »eigenen« Kanäle (via Facebook, Twitter, RME-Website, die kurdischen Nachrichtenagentur ANF). Haben wir mehr als uns selbst mobilisiert? Es gab schöne Bilder, ein gutes Miteinander und wir haben zusammen gezeigt, dass wir diese Normalität, in der das Geschäft mit dem Tod akzeptiert und von den Stadtverwaltungen der Steuer wegen gern gesehen ist, nicht akzeptieren wollen. Das fördert den eigenen Zusammenhalt. Aber wenn wir nicht weiter kommen (und planen) als das, dann bedeutet das: es geht uns darum, dass wir uns sagen können: wir haben ja was gemacht!?

Dann haben wir nichts gemacht.

Dann haben wir das gemacht, was wir immer machen, unsere üblichen Methodenkisten angewandt, mit denen wir uns sicher fühlen, und bewegen uns damit innerhalb eingefahrener Protestrituale und damit in einer Nische, die niemandem gefährlich wird und somit für Staat und Rüstungsindustrie berechenbar bleibt. Und so sind wir auch nicht für andere attraktiv, weil Ernsthaftigkeit und Zielstrebigkeit für Außenstehende nicht greifbar wird. Und, wie eine feministische Kritik es formuliert hat: » … gemessen an dem Erfolg, müssen wir uns die ernste Frage stellen, ob es den Aufwand wert ist. Aber klar ist, dass auch die Aktionsform ›Blockade‹ die Tendenz hat, zum Szenehype zu werden, wo dann der Kampf um Informationen und die Performanz von Sicherheit schnell auf der Tagesordnung stehen und so Gerangel und Mackertum mit einhergehen.«

Wir haben wirklich viel Arbeit investiert, uns viele Gedanken gemacht, in oft zähen Diskussionen Entscheidungen erarbeitet. Und dann geben wir uns tatsächlich damit zufrieden, dass wir wie angekündigt vor den Toren von KMW stehen und wir dort auch gelassen werden?

Wen soll das überzeugen? Wen wollen wir damit auf unsere Seite ziehen? Wie wollen wir damit klarmachen, dass wir diesen Normalzustand nicht nur nicht mehr akzeptieren wollen, sondern tatsächlich nicht mehr hinnehmen. Wie erreichen wir ernsthaft, die Auslieferung der Todesmaschinen zu verhindern?

Diametral entgegengesetzte Interessen

Es gibt so viele Felder, in denen wir uns für diese Aufgabe weiterentwickeln und Mitstreiter*innen finden können. Mit dem Kampf gegen die Rüstungsindustrie lassen sich viele gesellschaftliche Themen verbinden. Es ist nicht nur notwendig, sondern auch möglich, mit den vielen Menschen, die sich gegen die verschiedenen Aspekte des zerstörerischen Systems richten, zusammenzukommen und gemeinsam an der Durchsetzung unseres NEIN! zu arbeiten.

Es gibt so viele Felder, in denen wir uns für diese Aufgabe weiterentwickeln und Mitstreiter*innen finden können. Mit dem Kampf gegen die Rüstungsindustrie lassen sich viele gesellschaftliche Themen verbinden. Es ist nicht nur notwendig, sondern auch möglich, mit den vielen Menschen, die sich gegen die verschiedenen Aspekte des zerstörerischen Systems richten, zusammenzukommen und gemeinsam an der Durchsetzung unseres NEIN! zu arbeiten.

Vielleicht müssen wir stärker davon ausgehen, dass es ein Akt der Selbstverteidigung ist, den wir mit unseren Aktivitäten entwickeln. Wir haben keine »andere Meinung« als die Herrschenden, wir haben diametral entgegengesetzte Interessen!

Darüber müssen wir sprechen, damit wir das nicht in unseren Aktivitätsschüben vergessen. Sie werden sich nicht freiwillig von ihren Profiten und Machtinteressen zurückziehen, das müssen wir erzwingen. Gut, das ist nicht neu. Aber was brauchen wir, um uns auch so zu positionieren? Was fehlt uns eigentlich, um unsere Bravheit und scheinbare Symbolhaftigkeit zu überwinden? Was müssen wir tun, um unsere Attraktivität bei den Menschen zu erhöhen, die diese Vernichtungskriege ablehnen, mit denen die Rheinmetalls dieser Welt Vermögen scheffeln? Wie bringen wir eigentlich unsere lokalen Aktivitäten mit den eher zentralen Aktionen zusammen? Wie entwickeln wir eine kämpferische Lebendigkeit? Wird Zeit dass wir leben. Berxwedan jihanê! ♦

Sipan ist in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen im Kampf um den Durchbruch der demokratischen Moderne aktiv. Als solcher ist er auch Teil des Bündnisses RHEINMETALL ENTWAFFNEN.

Kommentar zum Konflikt um Arzach/Bergkarabach

Wem gehört Arzach?

Redar Han, Civaka Azad e.V. – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Republik Arzach (Bergkarabach) ist von Neuem entbrannt. Der sich seit Jahren aufgestaute Nationalismus hat sich in einen Sturm verwandelt. Im Wesentlichen bedeutet Nationalismus das Verblenden der klaren Wahrnehmung und den Verlust der potentiellen Lösungsfähigkeit des Menschen. Das Handeln des Menschen, dessen Denken von Nationalismus bestimmt ist, ist nicht von Intelligenz, sondern von Emotionen geleitet. Während intelligentes Handeln bestimmt ist von Flexibilität und Vielfalt, ist das gegenteilige Handeln von Engstirnigkeit bestimmt. Nationalismus tötet zuallererst die Fähigkeit des Menschen, sich Wissen anzueignen und mit diesem Lösungen zu produzieren. Stattdessen bedeutet es die Wiederholung von auswendig gelernten Phrasen, die von Wissenslosigkeit herrühren.

Die Türkei zeigt mit ihren Diskursen über den Konflikt in Arzach innerhalb der letzten Wochen klar und deutlich, wie eine Gesellschaft mit Nationalismus vergiftet werden kann. Ohne das Geringste von der historischen, sozialen, kulturellen und geografischen Struktur der Region zu wissen, werden auswendig gelernte nationalistische Diskurse wiederholt. Die Nationalisten auf der anderen Seite des Konflikts wiederholen hierbei nur die gleichen Schemata. Gehört Arzach den Armeniern oder den Aserbaidschanern? Jede Seite hat eine klare Antwort auf diese Frage und einen unerschütterlichen Glauben daran. In solchen Situationen der ausgeprägten Ignoranz ist das erste Opfer zweifellos die Wahrheit. In solchen Situationen, in denen allen die nationale Pflicht auferlegt wird, sich für eine Seite zu entscheiden, ist es wichtig, einen Schritt zurückzutreten und das Bild in seinem historischen, sozialen, politischen und kulturellen Kontext zu verstehen. In diesem Sinne ist es hilfreich, die Frage um Arzach und seine Hintergründe jenseits seiner Aktualität, sondern aus einer historischen Perspektive zu betrachten. Von solch einem Standpunkt wird man zuallererst sehen, dass Aserbaidschan ursprünglich nicht den Namen einer Nation zum Ausdruck brachte, sondern eine Verwaltungseinheit ist und erst später seinen heutigen geografischen Charakter gewonnen hat.

Der Name Aserbaidschan stammt von Atropates, einem Satrapen[1] von Alexander dem Großen im Jahr 328 v. Chr. ab, der über das Gebiet des heutigen Iranisch-Aserbaidschan herrschte. Das von ihm kontrollierte Gebiet nannten die Griechen Media Atropatene bzw. »Media Atropates«. Mit der Erweiterung des Territoriums hat Atropates Änderungen im Verwaltungssystem der Meder vorgenommen. Die neue Verwaltungsfunktion, die eine autonome Struktur besaß, wird nach dem Namen des Königs als Atropatene bezeichnet. Atropatene umfasste das heutige Armenien und Aserbaidschan sowie den Süden Georgiens.

Mit dem Zusammenbruch der Meder fiel die Region Atropatene unter die Herrschaft Alexander des Großen und der Perser. Von Zeit zu Zeit wurde es von äußeren Invasoren kontrolliert. Seit dem Bestehen des Urartäisches Reiches und der Meder lebten in der Region Armenier und Kurden zusammen. Auch wenn sich die politische Souveränität in Atropatene, dem heutigen Armenien und Aserbaidschan, immer wieder änderte, setzte es sich demografisch aus Kurden, Armeniern und Persern zusammen. Ab dem 10. Jahrhundert stießen auch die Türken in diese Region.

Mit der mongolischen Invasion änderte sich die demografische Struktur in dieser Region erheblich. Dieser Wandel setzte sich mit neuen türkischen Migrationen während der seldschukischen und osmanischen Zeit fort. Während die Armenier bis zu einem gewissen Grad ihre Existenz bewahrten, wurden Kurden und Perser entweder nach Süden vertrieben oder assimiliert. Türken sind zu einer dominanten ethnischen Gruppe geworden. Die aserbaidschanische Definition ist im gewissen Sinne als eine übergeordnete Identität entstanden. Durch den Islam als verbindendes Element konnten sich Türken, Kurden und Perser auf ihre Gemeinsamkeit besinnen. Die Armenier hingegen definierten sich ebenso wie andere christliche Gruppen in Abgrenzung zu Ersteren.

1 im antiken Perserreich der Titel des Statthalters einer größeren Provinz



Demo gegen die türkische und azerbaidjanische Kriegspolitik gegen die Republik Arzach. Kurden und Armenier zeigen zusammen in Flagge in Berlin am 10. Oktober 2020. Foto: RojavaNews

Die überwiegende Mehrheit derjenigen, die sich Aserbaidschaner nannten, waren Kurden und Perser. Aus diesem Grund befinden sich zwei Drittel der südlichen und aserbaidschanischen Bevölkerung, die der Hälfte der historisch als Atropatene bekannten Region entspricht, innerhalb der Grenzen des Iran und/oder stehen unter dem Einfluss des Irans. »Aserbaidschan« bezeichnete ursprünglich die weiter südlich gelegene iranische Region Aserbaidschan, während das heutige Staatsgebiet Arrān und Albania hieß. Als das Russische Kaiserreich zerfiel, wurde am 28. Mai 1918 die unabhängige Demokratische Republik Aserbaidschan ausgerufen. Die Aserbaidschanische Sozialistische Sowjetrepublik war ein Teilstaat der Sowjetunion. Sie wurde 1991 unabhängig, das Land wird wie zuvor autoritär regiert.

Aus diesem Grund kann man nicht mit einer leichtfertigen Rhetorik behaupten, dass diese Region einer bestimmten Volksgruppe gehört. Wenn man die nationalstaatliche Brille abnimmt und die Dosis vom Gift des Nationalismus reduziert, dann zeigt sich, dass die Region und die dort lebenden Völker über äußerst verschiedene historische, gesellschaftliche und kulturelle Verbindungen verfügen. Der Lösung(-slosigkeit) des Nationalstaats stehen auch Optionen gegenüber die sich auf alternative Lösungswege stützen. Das eigentliche Problem rührt aus dem National-Etatismus und Nationalismus her. Solange man sich mit der Mentalität des Nationalstaates annähert, kann es keine Lösung des Problems um Arzach geben.

Die Region, in der eine Vielzahl von Völkern seit Tausenden von Jahren im historischen, kulturellen und sozialen Sinne zusammenlebte, wurde durch den National-Etatismus über Nacht zerstückelt. Anschließend führten die Nationalstaaten demografische Veränderungen durch, um eine homogene Bevölkerung zu erschaffen. Armenier, Turkmenen, Kurden, Georgier, Karapapaken und Perser waren gezwungen, Partei zu ergreifen und gegenseitige Feindseligkeit wurde geschürt. Ganze Familien wurden durch die willkürlichen Grenzziehungen voneinander getrennt. Diese Realität gilt für die meisten Länder und Regionen des Mittleren Ostens, deren Grenzen mit einem Lineal gezogen wurden. Die Völker wurden zu gegenseitigen Feinden gemacht.

In diesem Sinne gehört Arzach sowohl den Armeniern, die seit Tausenden von Jahren dort leben, als auch den Türken, die seit Jahrhunderten dort leben. Gleichzeitig haben sich die Kurden, Talyschen, Lesgier und andere ethnische Gruppen vor Tausenden von Jahren hier niedergelassen. Der Zwang der Homogenisierung, entsprechend des Nationalismus, hat und wird kein anderes Ergebnis hervorbringen, als die Region in ein Schlachtfeld zu verwandeln. Die einzige Lösung, um ein Zusammenleben der Völker zu garantieren, besteht darin, die Hindernisse, die einer Lösung im Wege stehen, zu beseitigen. Die Völker, die tausende Jahre zusammengelebt haben, können wieder ein gemeinsames Leben erschaffen. Das einzige Hindernis stellt hierbei der Etatismus und Nationalismus dar, der die Menschen aufeinanderhetzt.

Denn die nationalstaatliche Lösung bedeutet nichts anderes als die Praxis der ethnischen Säuberung. Es ist dabei unwichtig, um welchen Staat es geht. Jeder Nationalstaat betrachtet andere Völker als Feind und strebt deren vollständige Vernichtung an. Assimilation und Deportation und wenn dies nicht ausreicht die physische ethnische Säuberung, sind die Folge. Heute sind es in Arzach zwei Nationalstaaten, die sich um eine Homogenisierung Bemühungen. Entsprechend des nationalstaatlichen Denkens müssen entweder die Armenier oder die Aserbaidschaner verschwinden. Die Tatsache, dass beide Seiten an der Krankheit des Etatismus und Nationalismus leiden, stellt sicher, dass sie diesen blinden Kampf noch viele Jahre fortsetzen werden. Und dies auf Kosten der verarmten Bevölkerung von Arzach und aller Menschen, deren Arbeit in diese Kriege investiert wird. ♦

Der Krieg gegen die Zapatistas, ihre Antworten und internationalistische Bündnisse

Ein Krieg, der gegen die gesamte Menschheit und Natur geführt wird

Tanya Valiente und Sonyaa Guérrin

Seit August 2020 mehren sich paramilitärische Angriffe gegen die Pueblos Originarios[1] in Chiapas, Mexiko. Neben den Zapatistas gehören hierzu auch Gemeinschaften, die dem Congreso Nacional Indígena (CNI) angehören – einem Zusammenschluss fast aller Pueblos Originarios Mexikos, die im Widerstand gegen Megaprojekte sind, ihr Land verteidigen und ihre Autonomie aufbauen.

Es werden Menschen verletzt, getötet und vertrieben, Häuser verbrannt, Kaffee- und Vorratslager geplündert. Laut solidarischen und betroffenen Strukturen vor Ort und Kenner*innen der Region handelt es sich um die schärfsten Angriffe seit 1997, als – im Schutz von Polizei und Militär – Paramilitärs ein Massaker an 45 Mitgliedern der pazifistischen Organisation Las Abejas de Acteal verübten, die mit den Zapatistas sympathisierten. Die Analyse ist, dass mit den derzeitigen paramilitärischen Angriffen eine Reaktion der Selbstverteidigungsstrukturen des EZLN[2] provoziert werden soll, damit dann die mexikanische Regierung eine offizielle Legitimation hat, militärisch gegen die Zapatistas vorzugehen.

Insgesamt sind in den letzten Wochen und Monaten sieben paramilitärische Gruppen (wieder-)aufgetaucht. Die derzeitigen Angriffe finden vor allem in den drei offiziellen Landkreisen Aldama, Ocosingo und Tila statt. Dabei geht es vordergründig um Landkonflikte: Die Effekte sind jedoch eine terrorisierte Bevölkerung, Verletzte, Ermordete und versuchter Landraub in Gegenden, in denen die zapatistische Unterstützungsbasis in ihren Gemeinden lebt. Es geht hier um Aufstandsbekämpfung wie aus einem militärischen Handbuch – und wie sie an der vom US-Militär geführten School of the Americas (neuer Name: Western Hemisphere Institute for Security Cooperation) gelehrt wird. Der Aufbau der Autonomie der Pueblos, die im EZLN und/oder CNI organisiert sind, soll blockiert und zerstört werden – und somit dem EZLN seine materielle, territoriale Basis (das im Zuge des zapatistischen Aufstands von 1994 wiedergewonnene Land) entrissen werden. Die aktuellen paramilitärischen Angriffe müssen in diesem Kontext verstanden werden und stellen eine Reaktion auf die im August 2019 verkündete Gebietserweiterung der Zapatistas dar, welche wiederum die zapatistische Antwort auf die Politik der mexikanischen Regierung unter Andrés Manuel López Obrador war. Doch der Reihe nach:

Angriffe durch Megaprojekte und Guardia Nacional

Die seit Dezember 2018 amtierende mexikanische Regierung unter Andrés Manuel López Obrador, kurz: AMLO, führt den Neoliberalismus aller vorherigen Regierungen seit den 1980er Jahren fort. Dabei setzt sie vor allem auf Megaprojekte, um »Entwicklung« in die armen, ländlichen und meist indigenen Regionen Mexikos zu bringen. Zu den geplanten Megaprojekten gehören u. a. die Infrastrukturprojekte Tren-Maya (Maya-Zug), der Plan des Isthmus von Tehuantepec, das Proyecto Integral Morelos und das sogenannte »Wieder-

Plan des Isthmus von Tehuantepec

Der Isthmus von Tehuantepec ist die Landenge zwischen der Pazifik- und der Atlantikküste im Süden Mexikos, der Mittelamerika von Nordamerika trennt. Geplant ist für diesen Bereich eine transozeanische Eisenbahnverbindung, welche eine wichtige geostrategische Bedeutung, u.a. für den Containertransport aus China in die USA, hat. Es soll quasi eine Art alternativer Panamakanal auf Schienen entstehen. Des Weiteren sollen in diesem Korridor der Bau von Pipelines erweitert werden und Erdölraffinerien und petrochemische Industrie angesiedelt werden. Zusätzlich sollen in dem Bereich sogenannte »Sonderwirtschaftszonen« geschaffen werden. Seit September 2019 organisiert sich unter dem Namen »Der Isthmus ist unser« der Widerstand gegen den Plan.

1 verbleibt im spanischen Original; zu deutsch in etwa: ursprüngliche oder originäre Bevölkerung, Gemeinschaften, Dörfer

2 Ejército Zapatista de Liberación Nacional – EZLN (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung)

Projecto Integral Morelos

Infrastrukturprojekt zur Energiegewinnung im Zentrum Mexikos, das sich seit der Präsidentschaft von Felipe Calderón (2006–2012) in Planung und Durchführung befindet. Dabei sollen im Bundesstaat Morelos zwei Wärmekraftwerke, ein Aquädukt und Stromtrassen entstehen, sowie eine Erdgaspipeline durch die Bundesstaaten Tlaxcala, Puebla und Morelos. Es wurde und wird mit staatlicher Gewalt durchgesetzt und den dort lebenden Nahua-Indigenen aufgezwungen, die seit Jahren Widerstand gegen das Projekt leisten. Im März 2019 wurde ein wichtiger Protagonist des Widerstands und langjähriges Mitglied des CNI, Samir Flores Soberanes, ermordet.

aufforstungsprogramm« Sembrando Vida (siehe Kästen). Viele der Projekte sind alte Vorhaben, die bisher – auf Grund des Widerstands der Pueblos – nicht umgesetzt werden konnten. Ihr Ziel ist es, das Land der Pueblos, welches sich zumeist in Kollektivbesitz befindet, zu privatisieren und kapitalistisch verwertbar zu machen. Dazu müssen die Pueblos enteignet und von ihrem Land vertrieben und/oder proletarisiert werden. Für die Durchsetzung der Projekte hat AMLO eigens eine neue militärische Formation geschaffen: die Guardia Nacional. Für die Zapatistas stellt dies – zusammen mit den Megaprojekten – eine klare Kriegserklärung gegen sie und alle Pueblos Originarios, die ihre Autonomie aufbauen, dar. Und sie machen klar, dass sie sich verteidigen werden.

Zapatistische Gegenoffensiven: Gebietserweiterung und Dezember des Widerstands 2019

Nachdem sie sich bereits am 1. Januar 2019, dem 25. Jahrestag ihres Aufstands, sehr wehrhaft gezeigt haben, gingen die Zapatistas am 17. August 2019 in eine weitere Offensive: Sie durchbrachen die militärische Umzingelung durch die Guardia Nacional und gaben ihre Gebietserweiterung bekannt. Es wurden sieben neue Caracoles (Orte der autonomen Selbstregierung) und vier neue autonome Landkreise gegründet, sodass es nun zwölf Caracoles und 31 autonome Landkreise gibt – und damit insgesamt 43 Zentren des autonomen Widerstands und der Rebellion (CRAREZ). Die neuen Caracoles und autonomen Landkreise befinden sich entweder auf (nach dem Aufstand von 1994) wiedergewonnenem Land oder in Gebieten, in denen sich seit Jahren andere starke Widerstandsbewegungen organisiert haben.

Eine weitere Gegenoffensive der Zapatistas gegen die Politik von oben stellte der »Dezember des Widerstands« dar. Dieser begann am 7. Dezember 2019 mit dem einwöchigen Zweiten Zapatistischen Filmfestival Puy ta Cuxlejaltic – Meeresschnecke unseres Lebens, ging am 15. Dezember über ins Tanzfestival CompArte del Danza, gefolgt von der Vollversammlung des CNI-CIG (Nationaler Indigener Kongress – Indigener Regierungsrat) und EZLN – In Verteidigung von Land und Madre tierra (18.–20. Dezember), setzte sich fort mit dem öffentlichen Diskussions-Forum von CNI-CIG und EZLN unter dem gleichen Titel (21. und 22. Dezember), um dann in den Höhepunkt, dem Zweiten Internationalen Treffen der Frauen, die kämpfen zu münden (26.–29. Dezember 2019). All das wurde von den Zapatistas und/oder dem CNI-CIG organisiert.

Es waren Orte der Diskussion, der Analyse und dem, was daraus folgt: der gemeinsamen internationalistischen Praxis. Auch die kurdische Frauenbewegung beteiligte sich sowohl am Forum – In Verteidigung von Land und Madre tierra als auch am Zweiten Internationalen Treffen der Frauen, die kämpfen jeweils mit einer Video-Grußbotschaft.

Eine gemeinsame internationalistische Praxis gegen den Krieg von oben?

Seit 2015 ist das Bündnis zwischen der kurdischen (Frauen-) Bewegung und den Zapatistas bekannt. Immer wieder gibt es gegenseitige Bezugnahmen und Solidaritätserklärungen – so auch jetzt: Auf die aktuellen paramilitärischen Angriffe gegen die Zapatistas und andere Pueblos Originarios reagierte Kon-

Tren Maya

Geplantes Infrastruktur-Projekt, das insgesamt 15 Maya-Stätten auf der Halbinsel Yucatán durch eine 1525 km lange Bahnstrecke miteinander verbinden soll. Die Strecke soll bis nach Chiapas und in zapatistisches Gebiet führen. Rund um die Bahntrasse sollen zudem neue urbane Zentren geschaffen werden. Das Projekt dient v. a. touristischen Zwecken und dem Güterverkehr und kommt nicht den dort lebenden Menschen zu Gute. Im Gegenteil: Die Gleise sollen sowohl durch Biosphärenreservate als auch durch indigenes Gebiet geführt werden, welches dafür geräumt werden muss. Zur Legitimierung der Realisierung dieses Projekts ließ AMLO eigens ein Maya-Ritual inszenieren, in dem »Mutter Erde« um »Erlaubnis« gebeten wurde. Auch während der Corona-Pandemie ließ es sich der Präsident nicht nehmen, persönlich einen Bauabschnitt seines Lieblingsprojekts einzuweihen. Gleichzeitig wächst die Kritik an dem Projekt zunehmend, und der Widerstand der Pueblos organisiert sich weiter.

Sembrando Vida

Sogenanntes »Wiederaufforstungsprogramm«, bei dem Obstbäume und andere Nutzhölzer auf Gebiet gepflanzt werden sollen, wo entweder bereits Wald ist, oder welches landwirtschaftlich genutzt wird. Bauern, die dem Projekt beitreten und 2,5 Hektar ihres Landes dafür zur Verfügung stellen, erhalten eine monatliche Geldleistung in Höhe von 5.000 Pesos (ca. 200 €). Bedingung, um an diesem Programm teilzunehmen, ist das Vorzeigen eines Rechtstitels der Landfläche, also der Privatbesitz an Land. Dies widerspricht der (ursprünglichen) Art und Weise des Landbesitzes der Pueblos Originarios, die Land gemeinschaftlich besitzen, bewirtschaften und verwalten. Das Programm führt dementsprechend dazu, dass neue (Land-)Konflikte entstehen, wenn sich einige Bauern einer Gemeinschaft oder eines Dorfes dafür entscheiden, an dem Programm teilzunehmen, andere aber nicht. Durch das Programm soll daher nicht nur Land privatisiert werden, sondern es sollen die Pueblos gezielt gespalten und damit ihr Widerstand geschwächt werden. Es ist Teil der Aufstandsbekämpfungsstrategie der mexikanischen Regierung – wie es bereits zuvor schon andere sogenannte »Sozial-, Hilfs- oder Entwicklungsprogramme« waren.

greya Star am 13. September 2020 mit einer Solidaritätserklärung[3]. Auch aus anderen Regionen der Welt und insgesamt 22 Ländern gab es ziemlich schnell Solidaritätserklärungen – so auch aus der BRD. Darüber hinaus wird aus Unterstützungskreisen Mexikos immer wieder zu weltweiten Aktionstagen aufgerufen – so zuletzt zwischen dem 16. und 20. September 2020.

Um den Krieg gegen die Zapatistas und andere Pueblos Originarios zu stoppen, braucht es auch solidarische Aktionen hier, im Herzen der Bestie – so wie es diese bei Angriffen des türkischen Staats gegen die kurdische Bewegung auch gibt. Praktischer Internationalismus ist ein notwendiges Mittel, um den kapitalistisch-patriarchalen Krieg, der ein Weltkrieg ist und letztendlich gegen die gesamte Menschheit und Natur geführt wird, zu stoppen.

Ganz konkret schlagen die Zapatistas seit August 2018, also kurz nach der Wahl AMLOs, und wiederholt im August 2019 die Bildung eines Weltweiten Netzwerks des Widerstands und der Rebellion vor: Ein Netzwerk, welches zum Ziel hat, sich weltweit gegenseitig in den Kämpfen – von unten und links – zu unterstützen und Analysen und Bewertungen der Wirklichkeit, in der wir jeweils leben, miteinander zu teilen. Dieses Netzwerk zeichnet sich dabei durch eine horizontale Struktur aus, in dem Unterschiede nicht absorbiert, sondern – im Gegenteil – als Stärke genutzt werden. Es liegt an uns hier zu entscheiden, ob und wie wir uns diesem Netzwerk anschließen wollen. ♦

Der Netzwerk-Vorschlag ist hier nachzulesen: http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2018/10/25/300

3 https://womendefendrojava.net/en/2020/09/14/internationalist-solidarity-with-the-indigenous-comrades-in-mexico/



„Grenzschild zu zapatistischem Gebiet mit der Aufschrift: »Sie befinden sich auf zapatistischem Rebellengebiet. Hier regiert das Volk und die Regierung gehorcht.«
Foto: Connor Radnovich

Der Blick zurück

Eine Internationalistin in Rojava schildert ihre Sicht auf linke Bewegung und Gesellschaft in Deutschland

Für Forschungszwecke haben internationalistische Aktivist*innen in Rojava über ihre Arbeit in der Selbstverwaltung, über ihr Engagement in der kurdischen Bewegung und über ihren Lebensweg und ihre politischen Überzeugungen berichtet, die sie nach Rojava geführt haben. Aus diesen Gesprächen veröffentlichen wir hier Schilderungen und Analysen der deutschen Aktivistin Dilpak. Sie spricht über den Zustand und die Probleme der Linken in Deutschland und Europa und über neue Perspektiven gesellschaftlicher Veränderung, die sich für sie aus der Bewegungsarbeit in Rojava erschlossen haben. Das Interview mit ihr führte Çekdar, die redaktionelle Überarbeitung Sasil.

Nach ihrem Lebensweg und ihrer politischen Sozialisierung gefragt, beschreibt Dilpak ihre Sicht auf linke Praxis in Deutschland:

»Zuerst hatte ich nur sporadischen Kontakt mit der deutschen Linken, weil mich deren Praxis nicht wirklich überzeugte. Diese Praxis besteht oft darin, auf die Bevölkerung herabzusehen, sich abzugrenzen, Sachen nicht nachzuvollziehen, sich als Avantgarde zu verstehen und keine zu sein. Total realitätsfern zu agieren und überhaupt nicht zu verstehen, was bei den Leuten los ist. Und immer eine Reaktionspraxis zu haben, auf irgendetwas zu reagieren, und das auch eher hysterisch anstatt analysierend, um sich dann dadurch letztlich zu verausgaben. Es hat sicher unterschiedliche Auswirkungen, von hässlich bis einfach nur sich leerlaufen lassen. Das sind schon damals Gründe gewesen, warum ich von der Praxis der deutschen Linken nicht sehr überzeugt war. Aber trotzdem hat man immer gemeinsam Aktionen gemacht, wie Aktionen gegen Nazi-Demos. Aber es war immer so, dass die Linken irgendwie ein Völkchen für sich sind, die auch zwischendurch immer wieder gute Ansätze haben, aber schon eher fern sind, von der eigenen Lebensrealität.«

Durch Aktionen der kurdischen Bewegung wird die Aktivistin auf diese aufmerksam und ist beeindruckt von der breiten Mobilisierung über alle Milieus und Altersstufen hinweg, wobei die Gesellschaft angesprochen und sich nicht von ihr abgegrenzt wird. In ihrer politischen Arbeit und Lebensrealität vor der Reise nach Rojava, beklagt sie das Fehlen einer umfassenden Perspektive.

»Da fehlte ein ganzheitlicher Blick auf das, was ich gemacht habe. Damals war ich eher in kleinen Bereichen aktiv, hatte schon immer in unterschiedlichen Strukturen gearbeitet. Aber jetzt ist es anders, da man jetzt ein gemeinsames, größeres Ziel verfolgt. Und das hat sich natürlich hier nochmal erweitert, mit der Revolution selbst und mit der Sichtweise auf gesellschaftliche Veränderung. Das ist eine größere Verantwortung zu einer breiteren Herangehensweise, als sich nur kleine Oasen zu schaffen. Die sind einerseits gut und andererseits auch ein Grund dafür, warum Leute sich nicht weiterentwickeln. Weil sie sich ein kleines Häuschen – eine Blase – aufbauen, sich abgrenzen, sich nicht mehr mit der Gesellschaft befassen wollen. Dieses Sich-nicht-mehr-damit-befassen-wollen resultiert auch aus dem Nichtvorhandensein einer Analyse und fehlenden Lösungsperspektiven. Und wenn dein ganzer Lebensstil darauf aufgebaut ist, dir eine Identität zusammenzubauen und irgendwo anzukommen, in einem netten Leben mit deinen Freunden, dann wird es nicht die Gesellschaft verändern. Und wenn du aus dieser Blase rausgehst, bist du immer konfrontiert mit dem, was du ablehnst oder nicht verstehst oder was dich ablehnt. Aber du bist kein Teil einer umfassenden, weitreichenden Lösung. Du kannst dann ein Ort sein, wo wiederum andere hinkommen können, um dann von der Gesellschaft eine kurze Verschnaufpause zu nehmen, andere Luft zu atmen. Aber es ist keine langfristige Perspektive. Es ist ein bisschen so, wie sich anzusiedeln und sich eine Oase aufzubauen.«

Sie benennt die Ideen Abdullah Öcalans als eine solche ganzheitliche Perspektive, die die Reproduktion des herrschenden Systems im Alltagshandeln und der gesellschaftlichen Mentalität reflektiert und die Praxis für einen gesellschaftsverändernden Mentalitätswandel bietet. Über ihre Unzufriedenheit in der deutschen Herkunftsgesellschaft befragt, antwortet sie folgendes:



Am 21. September 2020 ist in Köln von jungen, internationalistischen Frauen* eine Kommune gegründet worden. Sie gaben sich den Namen der Gefallenen Lêgerîn Azadî / Alina Sanchez. Foto: nuceciwan

»In der Herkunftsgesellschaft, also eher in einer politischen Gesellschaft, ist es so, dass die Perspektiven voneinander getrennt sind und dass es viel Unzufriedenheit gibt und sich alle in einem unterschiedlichen Maß entscheiden, gegen das zu kämpfen, was sie als Ungerechtigkeit empfinden. Die eigene Herangehensweise an die Gesellschaft, also die Mittel und die Analysen dafür, sind aber eher ein Teil davon, weshalb die Gesellschaft noch mehr zerstört wird. Auf einer sehr simplen Ebene: Du gehst irgendwo hin und hast eine abweichende Meinung. Allein dann können Leute mit anderen nicht wirklich lösungsorientiert diskutieren, sondern es geht darum, eine Meinung zu vertreten, also eine Meinung zu haben und diese dann zu verteidigen. Da steht nicht das Gemeinschaftliche im Vordergrund. In Deutschland, mit dieser Geschichte des Zweiten Weltkriegs, des Hitlerfaschismus etc., ist bei Begrifflichkeiten wie Gemeinschaft oder Volk sowieso der Ofen gleich aus. Aber es ist wichtig, sich mit unterschiedlichen Werten wieder auseinanderzusetzen. Ich glaube, dies trägt einen großen Teil dazu bei, dass viele die Wahrnehmung haben: Die deutsche Linke steht nicht für Werte, die deutsche Rechte steht für Werte. Egal wie viel davon jetzt real ist. Die einen stehen für Werte, die anderen stehen für Dekonstruktion – und das im negativen Sinne, nicht in einem aufbauenden Sinne. Eine Linke, die total gefangen ist in einer Identitätskrise und einem ›Dann-aber-auch-nichts-falsch-machen-wollen‹. Und die dann letztendlich nur etwas verteidigt. Wo es aber kein Weiterdenken gibt, keine Analyse. Weil eine Identität daran hängt. Es darf niemand getriggert werden oder es darf niemand verletzt werden.

Aber wir sollten für Werte stehen. Solange die deutsche Linke für niemanden für Werte steht, wird sie eine Bevölkerung nicht organisieren können. Worum geht es letztendlich? Es geht darum, wie du dein Leben lebst. Was bedeutet Gleichberechtigung? Nach welchem Maßstab bewertest du Gleichheit? Dass tatsächlich Hierarchien nicht reproduziert werden. Wenn du nicht für Werte stehst, dann wird dir keiner die Zukunft seiner Kinder anvertrauen. Ohne Werte und Prinzipien wirst du irgendwann aussteigen, weil du rausgewachsen bist. Und es sind sehr viele Kämpfe, die sich genau an diesem Punkt verlieren: Dass es einfach keine tiefer gehende, ganzheitliche Analyse gibt von Gesellschaft oder von hierarchischen Dynamiken. Du hast zum Beispiel beim Thema Feminismus oder LGBTI einen totalen Backlash, auch auf der Linken: Junge Männer, die in ihrem Hooliganismus irgendwie ihre Männlichkeit wieder finden wollen und dann sich gegen so etwas sträuben, weil es keine positive Praxis gibt, in der sich alle entwickeln können. Du kannst ja nicht sagen, alle Männer sind schlecht oder alle Frauen sind gut. Du musst wirklich analysieren, was aus dem Gleichgewicht geraten ist und was es überhaupt bedeutet, ein Gleichgewicht zu haben. Auf welchen Prinzipien, auf welchen Werten baust du das auf? Und das ist eben eine sehr weite und sehr tiefe Auseinandersetzung, die dann eben auch dein Leben betrifft. Da geht es nicht um Identität heute, was du präsentierst, sondern dann musst du dich auch mit den Leuten auseinandersetzen, die eine andere Meinung haben. Das ist aber auch das, was verloren gegangen ist: Keinen Respekt zu haben, nicht mit anderen Meinungen umgehen zu können. Es geht eher um die Verteidigung der eigenen Identität oder der eigenen Meinung, anstatt etwas größeres, gemeinsames zu finden, weil Gemeinsam- und Gemeinschaftlichkeit zu Nazi-Deutschland geführt hat, jetzt ganz plump gesagt. An sehr vielen unterschiedlichen

Punkten fehlt es einfach an einer guten Analyse. Und zu dieser Analyse eben auch eine klare Entscheidung. Und diese Entscheidung triffst du eben auch nur, indem du einen Rahmen schaffst, wo es eine Gemeinsamkeit gibt. Und die gibt es eben durch Organisierung. Wenn alle ihre kleinen Brötchen backen und alle ihr Ding machen, dann landen sie in irgendwelchen Partyoasen und ballern sich weg letztendlich.«

Die Aktivistin berichtet von Kooperativen in Rojava, die von einzelnen Mitgliedern als Kapitalanlage angesehen werden, ohne dass sie sich aktiv in die gemeinschaftliche Arbeit einbringen, jedoch erwarten, dass sich ihr Geld von allein vermehrt.

»Das ist nicht der Gedanke einer Kooperative. Aber dieses Verhalten ist angelernt. Kinder imitieren, was drumherum ist. Es ist halt die Mentalität, die Sachen laufen lässt oder nicht. Das ist eine Mentalität, die eine Gesellschaft zusammenbringt oder eben auseinanderbringt. Wenn du grundlegend Gemeinschaftlichkeit verstehst und dich auch dafür verpflichtet fühlst, dann kannst du eben viele gute Sachen aufbauen. Aber wenn du dir denkst: mein Haus, mein Block, meine Familie, dann isolierst du dich und du denkst nur an deinen eigenen Vorteil und ziehst alle anderen ab. Das ist der ideologische Krieg. Du gehst irgendwo hin, du baust dein eigenes Haus. Was ist das für eine Ideologie? Ideologien sind nichts irgendwie abstraktes wie ›Der Faschismus‹, ›Der Kommunismus‹, ›Der Sozialismus‹, sondern wie du im Alltag agierst. Das ist die Ideologie, die du vertrittst, das ist das, wofür du stehst. Entweder du stehst dafür gemeinsam etwas aufzubauen oder du stehst dafür, alle anderen abzuziehen für das Wohl deiner Familie. Und das ist diese Mentalität, die sich total verbreitet hat. Und in Europa ist das nochmal sehr viel tiefgehender. Das ist ja kein Gedanke, das ist ja ein Gefühl. Was gibt dir das Gefühl für Sicherheit, was nimmst du ernst? Worin siehst du deine Zukunft und die deiner Kinder, deiner Familie, deiner Freunde? Das ist diese schwere Arbeit in der Arbeit mit der Gesellschaft: Menschen, die so etwas denken davon zu überzeugen, es anders zu machen. Sie davon zu überzeugen, dass es einfach gut ist, es anders zu machen und dass sich eben alle helfen und sie nicht denken müssen: ›Alle ziehen sich gegenseitig ab, ich muss jetzt hier nur für mein eigenes Überleben kämpfen‹. Das ist der schwierigste Kampf.

An der Front hast du einen klaren Krieg, du hast einen klaren Feind. Du hast natürlich die Realität des Todes und der Verletzung, aber es ist auf eine bestimmte Art und Weise klar. In der Gesellschaft ist es das schwierigste bei Freunden oder Freundinnen, die jetzt in Europa arbeiten. Du bist einfach im Herz von der Individualisierung, du bist im Herz der Vereinsamung, du bist im Herz dessen, was nicht ein klarer Feind ist, sondern dich mit deinen Bedürfnissen, mit deinen Sehnsüchten, mit deiner Liebe und mit deinen Träumen die ganze Zeit konfrontiert. Es ist überall alles voll davon. Und da geht es nicht darum, dass du gleich erschossen wirst, sondern dass du deine Prinzipien über Bord wirfst. Nach dem Motto ›Das ist doch gar nicht so wichtig‹ gehst du dann aus der Verantwortung, um andere Sachen zu verfolgen, andere Sehnsüchte zu entwickeln. Es ist sehr schwierig, Zihnîyet *[Kurdisch, Türkisch, Arabisch für Mentalität]* umzukrempeln. Im Sinne von zurückzukommen zu der Erkenntnis, dass man bestimmte Verhaltensweisen ablehnt, aber trotzdem selbst reproduziert, weil man denkt, dass es alle so machen. Und dann zu sagen: Nein, mache es nicht so – sei anders! Das macht den Unterschied und das ist Revolution. Ein Mensch, der das macht, das ist Revolution. Jeder Schritt davon ist wirklich. Da verändert sich etwas langfristig, weil dieser Mensch mit seinem Handeln alle beeinflusst. Weil er Sachen anders macht. Weil du sie nicht machst mit dieser Verteidigungslogik, mit dieser Überlebenslogik, mit dieser Abgrenzungslogik, sondern weil du dich annäherst mit einer offenen Logik, mit dem offenen Herzen, mit Teilen. Auch wenn die anderen nicht so sind. Weil du eben nach Prinzipien handelst und nicht danach, wie deine Umgebung reagiert. Das ist der harte Kampf, überall. Das macht eben den Unterschied: Das zu analysieren, was tatsächlich die Ursache ist für Vereinzelung. Was die Ursache dafür ist, dass du deine Träume verlierst, dass du den Blick dafür verlierst, was du mal für ungerecht hieltest oder dieses Gefühl, etwas dagegen machen zu müssen. Ohne ein klares Verständnis davon, verlierst du dich halt in diesem System und in den kleinen Nischen, die es dir anbietet. Auch Teil einer politischen Gruppe zu sein, die ab und zu mal etwas radikal auf Demos auftritt, ist ja auch irgendwie eine Nische im System.«

Auf die Frage, welche Normen und Werte in der Gesamtgesellschaft etabliert werden sollen, gibt Dilpak zum Ende des Gesprächs folgende Antwort:

»Diversity – also fähig zu sein, Unterschiede zu sehen und zu respektieren und als etwas Positives zu begreifen. Anstatt deine Realität, deine Identität gefährdet zu sehen, weil es etwas ist, was du nicht machst. Und Liebe und Verbundenheit. Daran geknüpft natürlich eine ganz klare Auseinandersetzung mit Sexualität. Wie kannst du Sexualität die Rolle geben, die eben nicht unterdrückend ist, ausbeutend oder negativ? Ohne dabei Sexualität abzulehnen, sondern sie aufbauend, offen und positiv zu leben. Eine Gesellschaft, die sehr bewusst ist, die sehr sensibel ist, die zart miteinander ist, die sich wirklich traut, den Mut hat.« ♦

Ankündigung: In der nächsten Ausgabe werden wir aus Rojava den »Blick zurück« der Aktivistin »Roserin« veröffentlichen.

Robert Jarowoy, unser Freund und Genosse ist gestorben

Unser lieber Freund und ehemaliger Mitarbeiter des Kurdistan Reports Robert Jarowoy ist am 21. September im Alter von 68 Jahren an einem Krebsleiden in Hamburg gestorben.

Robert war schon in jungen Jahren politisch aktiv und lernte bereits in den 1980er Jahren die kurdische Freiheitsbewegung kennen und lieben. Er prägte mit den »Freunden des kurdischen Volkes« früh die Solidaritätsarbeit in Deutschland.

Wenn wir von Robert reden, denken wir auch an Ate, Beate Reiss, die am 5. Februar 2018 ebenfalls nach langer Krankheit viel zu früh gestorben ist. Ihre gemeinsame Wohnung in Hamburg/Ottensen war ein Ort des Zusammenkommens. Wer den Fuß über die Türschwelle in den Flur ihrer Wohnung setzte, wusste spätestens dann, für wen und was ihr Herz schlug: die kurdische Revolution, die PKK. Ihr Küchentisch war ein offener Ort der Diskussion und auch langer Geschichten. Denn Robert und Beate haben ein beispielhaftes Leben geführt, in dem sie viel gelebt und erlebt haben und in dem sie viele Menschen kennen lernen konnten. Die offene Art und die Liebenswürdigkeit der Beiden werden unvergessen bleiben und es ist eigentlich unnötig zu erwähnen, dass wir sie vermissen werden.

»Wir haben uns immer als Antiimperialisten verstanden. (...) Wir haben ganz klar erkannt, dass die PKK keine Befreiungsbewegung für das kurdische Volk war, sondern ein ganz klarer Angriff auf das imperialistische System ...«, antwortete Robert in einem Interview bei Radiyo Azadî im Mai auf die Frage, was ihn mit der kurdischen Bewegung zusammengebracht hat. Robert, deine offenen und direkten Worte fehlen schon jetzt.

Nachruf aus den Bergen Kurdistans

Aus den Bergen Kurdistans, mit welchen Robert und Beate jahrzehntelang verflochten waren, stammen die folgenden Worte, die gegen Ende der Gedenkveranstaltung verlesen wurden und die Bedeutung des Wirkens von Robert und Beate zusammenfassen:

Wir haben mit Robert einen großen Internationalisten, einen wertvollen Heval, einen treuen Weggefährten verloren. Unser wertvoller Freund, ja unser Heval Robert Jarowoy, ist leider von uns gegangen. Heval Robert wird aufgrund seiner Verbundenheit mit den menschlichen Werten der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Humanität und der Gleichberechtigung sowie seinem Kampf für diese in unseren Herzen und in unserer Revolution bis in die Ewigkeit leben. Genauso wie unsere Freundin, Genossin und Hevala Beate Reiß.

Robert und Beate haben in all ihren Lebensphasen die gemeinsamen Werte der Wahrheit und Emanzipation hochgehalten. Sie kämpften auf der Seite der unterdrückten Völker, der Armen, der Frauen, der Besitzlosen und der Arbeiterklasse gegen die Dominanz der Machthabenden



und ihre Unterdrückungsmechanismen. Heval Robert und Hevala Beate lebten nach ihrer Überzeugung, und wovon sie überzeugt waren, das lebten sie aus.

Heval Robert und seine Lebensgefährtin Hevala Beate stellten die besten Beispiele der Freundschaft für unsere Bewegung und unser Volk dar. Vor 40 Jahren lernten sie unsere Bewegung und das kurdische Volk kennen. In den darauffolgenden Jahren arbeiteten sie mit dem wertvollen Revolutionär und Genossen Hüseyin Çelebi zusammen. Sie bereiteten den Boden für die Arbeiten der Freundinnen des kurdischen Volkes und waren bis ans Ende ihres Lebens dieser Freundschaft und der revolutionären Prinzipien treu geblieben.

Robert und Beate waren wirkliche Weggefährten, die mit ihren Herzen unsere Bewegung und Rêber Apo begleiteten. Überall wo sie hinkamen, berichteten sie vom kurdischen Befreiungskampf, gewannen dafür Freundinnen und Freunde und waren an allen Aktionen dafür beteiligt.

Sie hatten die Revolution in ihrer Person verwirklicht, womit sie mit ihren Freunden unseren Kampf bereicherten, soziale Projekte aufbauten, finanziell und ideell an unserer Seite standen. Seit 1982 waren Robert und Beate Editoren der zweimonatlich erscheinenden deutschsprachigen Zeitschrift Kurdistan Report. In ihrem Gepäck trugen sie den Kurdistan Report überall mit sich hin.

1991 gingen sie mit einer Gruppe von Menschen nach Bekaa in die Mahsum-Korkmaz-Akademie und lernten dort Rêber Apo sowie die kurdischen Revolutionäre kennen. Dort führten sie mit uns sehr wertvolle und bereichernde Diskussionen.

Fast periodisch organisierten sie aus Deutschland Delegationen zu den Newroz-Feierlichkeiten nach Nordkurdistan. Robert und Beate waren mit ihren Freund*innen als Zeichen ihrer Verbundenheit und Freudschaft anlässlich der Newroz-Feierlichkeiten in Cizîr, Nisêbîn, Êlih, Wan, Şirnex, Amed, Colemêrg und vielen anderen kurdischen Städten. Ab den 2000er Jahren begrenzten sich ihre Reisen nicht nur auf Newroz: Sie gingen zu weiteren Anlässen, wie zum Beispiel Wahlbeobachtungen, nach Kurdistan.

Robert, der jeden Augenblick seine Aufmerksamkeit der Revolution widmete, führte auch einen großen Kampf um das Paradigma des demokratischen Konföderalismus, um es zu verstehen und es weiterzutragen. Um dieses in seiner praktischen Umsetzung zu erleben, reiste er nach Rojava sowie nach Südkurdistan. Kurz gesagt, Robert und Beate und all unsere Freundinnen sind die dynamische Kraft und die Quelle der Revolution.

Das letzte, was unser Freund Robert noch für Kurdistan machen wollte, war, dass er im August in den Şengal reisen wollte. Sein Ziel war es, dem Jahrestag des Genozides an den Êzîden beizuwohnen und das Grab von Şehîd Heval Zekî zu besuchen, welchen er seit 40 Jahren kannte. Leider konnte dieses Vorhaben aufgrund der gegenwärtigen Situation nicht verwirklicht werden.

Die Freundschaft und Verbundenheit, welche Robert und Beate mit unserer Bewegung und unserem Volke seit 40 Jahren ununterbrochen aufgebaut und fortgesetzt haben, werden für immer im Himmel Kurdistans wie zwei starke Sterne leuchten und uns den Weg erhellen.

Wir gedenken ihrer erneut und versprechen, dass wir ihren Kampf bis zum Erfolg fortsetzen werden.

Songül Karabulut: Wir werden dich vermissen, aber niemals vergessen

Wir sind in tiefer Trauer über den Verlust unseres lieben und unschätzbaren Freundes Robert. Unser Beileid gilt in erster Linie seiner Familie und all seinen Freunden und Genossen, die die Ehre hatten, Robert kennengelernt zu haben.

Robert war wie seine langjährige Lebenspartnerin und Genossin Beate sehr verbunden mit Kurdistan, und sie haben vielen anderen Menschen Kurdistan und den Befreiungskampf nahe gebracht.

Robert und Beate gehörten zu den ersten europäischen Freunden der Freiheitsbewegung. Sie standen seit den 1980er Jahren, fast 40 Jahre in Verbindung mit der Bewegung. Höhepunkt ihrer Begegnung mit der Bewegung stellte ihre Reise 1991 in die Bekaa-Ebene dar, wo sie die kurdische Guerilla sowie den Vorsitzenden Abdullah Öcalan trafen.

Robert und Beate haben ihre politische Haltung mit der der kurdischen Bewegung vereint und bis zum letzten Tag ihres Lebens erhalten. Heute ist die Zahl derjenigen, die mit den Kurden und der Bewegung sympathisieren, groß. Das war nicht immer so. Robert und Beate waren immer auf der Seite der Bewegung, als die Angriffe der Kolonialmächte zunahmen oder als die Kriminalisierungspolitik mit dem Düsseldorfer Prozess 1989 sowie mit dem PKK-Verbot 1993 auch Europa erreichte. Während andere sich in Zeiten des Angriffs und der Kriminalisierung aus Angst vor negativen Konsequenzen von der Bewegung abwandten, haben Robert und Beate die Bewegung und den Kampf mehr als je zuvor verteidigt.



Die Dialektik zwischen Lokalität und Universalität bestimmte auch das Denken und Handeln von Robert. Robert und Beate konnten die Verbindung zwischen dem Vernichtungskrieg in Kurdistan und dem ausbeuterischen und kapitalistischen System in Deutschland ohne weiteres herstellen und folglich in der Befreiung Kurdistans eine wichtige Veränderung auch der politischen Verhältnisse in Deutschland erkennen. Die historische strategische Beziehung zwischen Deutschland und der Türkei, welche die Unterdrückung und den Krieg in Kurdistan befördert, war immer ein Thema ihrer politischen Arbeit. Sie konnten und wollten nicht hinnehmen, dass der deutsche Staat an der Unterdrückung des kurdischen Volkes teil hat.

Bei seiner letzten Delegationsreise im vergangenen Jahr nach Başur (Südkurdistan) konnte Robert leider seinen Wunsch, nach Şengal zu reisen, nicht verwirklichen. Das tat ihm sehr leid, er wollte sehr gerne dort hin, aber dieses Vorhaben konnte er wegen des angeblich »kurdischen« politischen Akteurs PDK nicht verwirklichen. Während die Partei Barzanîs heute wie in der Geschichte gegen die Interessen des kurdischen Volkes agiert und hierbei mit Kolonialmächten zusammenarbeitet, kämpfen Menschen wie Robert mit allen Mitteln dafür, dass der Kampf des kurdischen Volkes erfolgreich ist. Das beweist erneut, dass nicht die nationale Zugehörigkeit einen Menschen ausmacht, sondern seine politische Haltung. Wer die Wohnung von Beate und Robert gesehen hat, erkannte

schnell, dass sie einem kleinen Museum ähnelte, mit vielen Bildern und Plakaten von der Bewegung.

Während er sich auf allen Ebenen mit dem Befreiungskampf praktisch solidarisierte, kam er auch seiner Verantwortung gegenüber der Politik in Deutschland nach. Er mischte aktiv auch im politischen Leben in Hamburg mit, sei es als linker Aktivist auf der Straße, im Streik oder im Rahmen eines Vereins, als jemand der eine Kooperative leitete, oder als Politiker innerhalb der Linken in Altona.

Er war ein Antikapitalist und Antifaschist und machte Politik nicht aus Pflichtgefühl, sondern er war ein leidenschaftlicher Politiker. Er war mit Herz und Seele dabei und konnte andere ebenfalls begeistern.

Ich weiß nicht mehr, zu wie vielen Newrozfeiern Robert und Beate in Kurdistan waren. Sie fuhren immer mit einer großen Delegation, die sie selbst organisiert hatten, zum Widerstandstag und Frühjahrsfest Newroz nach Kurdistan. Es wäre sicherlich nicht übertrieben zu behaupten, dass Robert Tausende von Menschen aus Kurdistan kennengelernt hat. Für viele kurdische Kinder war Robert sicherlich mit seinem weißen Haar und seinem weißen Bart der Opa Robert, für viele Erwachsene Heval und Rêheval Robert, was übersetzt Freund und Genosse Robert heißt.

Robert hinterlässt ein wertvolles politisches Erbe, das es zu pflegen und weiterentwickeln gilt. Wir werden alles in unserer Macht Stehende unternehmen, um unserem gemeinsamen Traum von einer Welt ohne Unterdrückung, Ausbeutung und Zerstörung näherzukommen. Wir werden die Fahne des Kampfes mit Würde und Ehre weiter tragen, bis wir unser Ziel erreicht haben.

Du hast deinen Beitrag geleistet und erlebt, dass Befreiung möglich ist. Wir werden dich vermissen, aber niemals vergessen.

Cûdî: An das Schöne glauben und dafür kämpfen

Wir erleben eine komische Zeit. Unser Wissen aus den letzten tausenden Jahren hat sich in den vergangenen 50 Jahren sehr verändert. Die Technologie hat einen Platz in unserem Leben erobert, aber keine technologische Entwicklung war und ist stärker als der Glaube. Glauben bedeutet nicht unbedingt an eine Religion zu glauben. Glauben ist, jenseits von Religion, mehr eine schöne Aktion. Wenn es keinen Glauben gibt, können die Menschen vieles aufgeben. Aber Menschen, die glauben, sind immer in Aktion. Wenn Revolutionäre nicht daran glauben, dass die Welt, wo das Schlechte vorherrschend ist, gut werden wird, würden sie an Hoffnungslosigkeit sterben. Doch wir wissen, dass es auf dieser Welt auch Menschen gibt, die bis zum letzten Atemzug an das Schöne, die Revolution, an Freundschaft und an das Menschsein glauben und keinen Millimeter von diesem Glauben abrücken. Ich habe Robert als solch einen Menschen kennengelernt. Trotz aller Schwierigkeiten und Probleme hat er daran geglaubt, dass wir das Schöne schaffen. Wenn die Menschen mit den schlechten Herzen trotz all ihrer technologischen Möglichkeiten nicht über das Gute siegen können, dann liegt das daran, dass auf der ganzen Welt solche Menschen leben. Denn diese schönen Menschen glauben an das Gute. Robert und Beate haben ohne Wenn und Aber immer das schöne, richtige und notwendige in ihrer Freundschaft zu den Kurdinnen und Kurden sowie ihrem Freiheitskampf getan.

Über Roberts Freundin Beate, die im Februar 2018 von uns schied, schrieb ich damals: »Sie lebte mit dem Prinzip, neben den mutigen Menschen zu stehen ... Sie ist die Erzählung, dass man nicht Teil einer gewissen Gesellschaft, Konfession oder anderen Identität sein muss, um so zu leben, sondern mit der bescheidensten Art des Menschen. Sie hat mit dieser prinzipientreuen Haltung nie das Bedürfnis gehabt, es nach außen darzustellen ... Sie tat es still, lebte still und ist nun still von uns geschieden …«

Wenn ich das für Beate geschriebene nicht für Robert wiederholen würde, wäre es ein Mangel. Robert und Beate waren wunderbare Freunde und kämpfende Menschen. Um sich gegenseitig zu vervollständigen, kämpften sie, ohne auf irgendein Zeichen zu warten. Nachdem Beate von uns geschieden war, war Robert, den ich in Hewlêr traf, bemüht, mir die Leere, die Beate in ihm hinterlassen hatte, zu erzählen. Beide, die sich sehr liebten, und die die Chance hatten, sie kennenzulernen, erlebten Freundschaft, Opferbereitschaft und Aktion in ihr … Ohne zu zögern hatte ich sein Angebot 2011 »Lass uns gemeinsam zu Newroz in den Bergen Kurdistans sein« angenommen. Es war etwas Besonderes mit Beate und Robert die Berge zu besuchen. Ich hatte Glück, fünf Tage mit ihnen zu Gast bei der Guerilla zu sein. Wir hatten mit Robert und Beate überlegt, wenn unser Besuch erfolgreich wird, werden unsere Freunde aus aller Welt die Guerilla besuchen kommen. Die Freundinnen und Freunde der kurdischen Gesellschaft aus Deutschland, Frankreich, Skandinavien, Italien, Schweiz, Norwegen und vielen anderen Ländern besuchten dann die Guerilla. Beate und Robert eine wichtige Vorreiterrolle eingenommen, so wie sie in den 90ern die Vorreiterrolle bei den Delegationen zum Newroz-Fest in Nordkurdistan gespielt hatten …

Sie waren Menschen, die so gelebt haben, wie sie glaubten. Für diejenigen, die mit den Prinzipen wie sie lebten, wird der Kampf so weiter gehen wie Adnan Yücel schrieb: »Bis das Antlitz der Welt das Antlitz der Liebe ist.«

Yilmaz Pêşkevin: Die Weggefährten für Freiheit, Frieden und Menschlichkeit haben immer einen Platz in unserem Leben. Wer in Zeiten seines Lebens ein helles Licht war, wird auf ewig in unserem Leben leuchten!

Robert, Robert Jarowoy – ein Freund, ein Weggefährte, ein Revolutionär auf dem Weg zu einem würdevollen Leben – er lebte die Mit- und Zwischenmenschlichkeit, er liebte und lebte die Menschlichkeit und Solidarität, er umarmte die Menschheit!

Für mich steht Robert und natürlich auch Ate, Beate Reiß, seine Lebens- und Weggefährtin, die leider und traurigerweise auch schon von uns genommen wurde, für gelebte Menschlichkeit, für gelebte Solidarität. Gerne erinnere ich mich an die erste Begegnung mit Robert und auch Ate. März 2012, es war unsere/meine erste gemeinsame Delegationsreise mit Robert nach Nordkurdistan. Ich habe die Delegationsreise als Dolmetscher begleitet und wurde von Anfang an auf Augenhöhe als Mitglied der Delegationsgruppe wahrgenommen. Es entstand gleich eine sehr aufrichtige und ehrliche Atmosphäre zwischen uns. Neben der Delegationsreise selbst waren vor allem die vielen Erzählungen und Geschichten seiner Erfahrungen und Freundschaften mit der Freiheitsbewegung Kurdistans und deren vielen Persönlichkeiten die ganz besonderen Abenteuer. Für mich war das, in so vielen Hinsichten, immer wieder bereichernd gewesen. Robert prägte mich auf meinem Weg der Offenheit für Menschlichkeit und Solidarität, bestätigte nochmals die Richtig- und Wichtigkeit der internationalen Zusammenarbeit.

Unsere letzte gemeinsame Reise führte im Oktober 2019 nach Südkurdistan (Nordirak) mit dem Vorhaben, nach Şengal, dem Hauptsiedlungsgebiet der Êzîden, zu reisen, um dort entsprechende Gespräche zu führen – Gespräche mit den Verantwortlichen der Gesellschaft, der Politik und den Vertretern der Widerstandseinheiten. Aus verschiedenen Gründen war es trotz der vielen Gespräche mit den Behörden und den Verantwortlichen der Regierung nicht möglich, das Vorhaben zu realisieren. Es war für Robert ein ganz persönliches Anliegen Şengal zu bereisen, in Erinnerung an und als Unterstützung des Vorhabens seines Freundes und Weggefährten Zekî Şengalî. Zekî Şengalî war, vor seiner Ermordung durch eine Kampfdrohne des türkischen Staates, hauptverantwortlich für die Errungenschaften in und um Şengal.



»Wir werden nach Şengal kommen, wenn nicht dieses Mal, dann in den nächsten Monaten«, waren die Worte von Robert – trotz der Tatsache und des Wissens um die Krankheit, von der er betroffen war. Schon vor Ort hat er mich gefragt, ob ich dabei sein werde. Die Antwort war ihm und auch mir schon längst klar: Ja natürlich!

Trotz der Ernsthaftigkeit der Situationen, die wir immer wieder erlebten, verlor er nie seinen Humor. Und trotz seines Humors hatte er immer klar und deutlich die Ernsthaftigkeit dieser richtigen und wichtigen Reisen verkörpert.

Nach unserer Rückkehr hatte ich die Möglichkeit ihn, wenn auch nur telefonisch, zu einer Sendung von Çira Fokus einzuladen. Er berichtete über die Delegationsreise und über die dazugehörige Veranstaltung. Auf der Veranstaltung war unsere letzte gemeinsame Begegnung.

Robert Jarowoys Erbe ist vor allem, dass er es immer wieder geschafft hat, andere Menschen mit den Kurden, mit den Êzîden und mit Kurdistan in Kontakt zu bringen, die nie zuvor einen bzw. nicht solch einen besonderen Zugang dazu hatten. Ihm war es wichtig, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der vielen Reisen einen Blick auf die Gegebenheiten und Situation bekommen, die sonst hier bewusst und systematisch verschwiegen werden. Und er schaffte auch dies.

Wir werden ihm gedenken und seinem Erbe gerecht werden, indem wir vor allem seine Gedanken, seinen Worten und seinen Taten weiterhin Konsequenzen folgen lassen, wie zum Beispiel sein Vorhaben zu realisieren eine Delegationsreise nach Şengal durchzuführen.

Menschen wie Robert und Ate sind wichtiger denn je in Zeiten von offensichtlichem Rassismus und Faschismus, von Kriegen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Hier und überall auf der Welt muss Menschlichkeit und Solidarität gefordert und gefördert werden.

Auch wenn es keinen Dank benötigt: Danke Robert, Danke Ate!

In ewiger Erinnerung an unseren Genossen/Rêheval Robert. Es war und ist mir eine große Ehre und Freude, dass ich Dich/Euch kennengelernt habe, lieber und geschätzter Robert. Liebe und viele Grüße auch an Ate.

David Graeber: Ein revolutionärer Intellektueller unserer Zeit

»David trug viel zum Verständnis des intellektuellen Gerüsts der kurdischen Freiheitsbewegung beim internationalen Publikum bei und stärkte im Gegenzug auch unser Denken durch seine Analyse. Er war die Art von aktivistischem Intellektuellen, die unsere Welt dringend braucht«, erklärt die Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan« in ihrem Nachruf auf David Graeber.

Der Anthropologe, Buchautor und Vordenker der Bewegung »Occupy Wall Street« David Graeber ist im Alter von 59 Jahren in Venedig gestorben. Sich selbst bezeichnete David Graeber als Anarchist. »Wenn es etwas an ihm gab, das auffiel, dann war es sein Beharren darauf, die Dinge anders zu sehen. Es gelang ihm, die Dinge auf völlig neuartige Weise zusammenzuführen und Phänomene, die wir als selbstverständlich hingenommen haben, in ein neues Licht zu rücken. Seine unübertroffene Kreativität führte dazu, dass er sich über verschiedene Disziplinen und Zeithorizonte erstreckte«, heißt es weiter in dem genannten Nachruf auf Graeber.

Berühmtheit erlangte David Graeber vor allem durch seine Bücher wie »Schulden: Die ersten 5000 Jahre«, in dem er die Geschichte der Zivilisation als eine Geschichte der Schulden erzählt: eines moralischen Prinzips, das nur die Macht der Herrschenden stützt. Als er die deutsche Übersetzung 2012 in Köln vorstellte, lernte er Havin Güneser und Reimar Heider von der Öcalan-Initiative persönlich kennen. Aus dem ersten Treffen entwickelte sich eine tiefe Freundschaft:

»David trug viel zum Verständnis des intellektuellen Gerüsts der kurdischen Freiheitsbewegung beim internationalen Publikum bei und stärkte im Gegenzug auch unser Denken durch seine Analyse. Er war die Art von aktivistischem Intellektuellen, die unsere Welt dringend braucht. Er hatte nicht nur ein gütiges Herz und einen gesunden Intellekt, sondern er war auch in der Lage, der Uniformität der akademischen Welt zu widerstehen und sich mit Themen auseinanderzusetzen, die vielleicht nicht ganz so populär waren. Er war zutiefst kritisch gegenüber den Strukturen des Kapitals und der Macht, einschließlich ihres Ausdrucks in der akademischen Welt, seine Unterstützung galt den radikalen Bewegungen, die die Gesellschaft zum Besseren verändern.«

In seinem 2018 erschienenen Werk »Bullshit Jobs« schrieb David Graeber, dass bis zu 40 Prozent der Arbeit in der Industriegesellschaft unnötig seien – und von den Arbeiter*innen auch als unsinnig wahrgenommen werden. »Der moralische und spirituelle Schaden, der hier aus dieser Situation resultiert, ist schwerwiegend. Es ist eine Wunde in unserer kollektiven Seele.« Als Alternative zum kapitalistischen Wirtschaftssystem schlug er das bedingungslose Grundeinkommen vor.

Das ist eine echte Revolution

Graeber war zudem ein großer Freund und Unterstützer der kurdischen Freiheitsbewegung, reiste mehrmals nach Nordsyrien, wo er anarchistische Ideen verwirklicht sah. Die Internationale Initiative schreibt: »David war ohne Zweifel ein Revolutionär und Visionär, sei es im Zusammenhang mit ›Ocuppy Wall Street‹ oder der Revolution in Kurdistan, insbesondere in Rojava. Wann immer die Unterdrückten versuchten, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen und etwas Neues aufzubauen, war David da, um diese Bemühungen zu unterstützen, sei es durch Theorie oder durch direkte Aktion. Und während er dies tat, nahm er es mit der Welt auf, und wenn nötig auch mit der gesamten Linken. Dies zeigte sich in seiner anderen Art, auf das kurdische Volk zuzugehen. Vor mehr als fünf Jahren sprach sich David für die Rojava-Revolution aus: ›Das ist eine wahre Revolution!‹«

Graeber trat auch in einen »indirekten Dialog« mit Abdullah Öcalan. In »Das freie Leben aufbauen – Dialoge mit Öcalan«, einem kollektiv herausgegebenen Sammelband, in dem Theoretiker*innen aus der ganzen Welt auf die Schriften des PKK-Gründers antworten, beleuchtete Graeber ebenfalls verschiedene Aspekte der Theorie und Praxis des einflussreichen kurdischen Vordenkers. In seinem Essay »Öcalan als Denker:



David Graeber auf dem Podium der Konfernz »Die kapitalistische Moderne herausfordern III« 2017 in Hamburg.
Foto: Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«

Über die Einheit von Theorie und Praxis als Form des Schreibens« schrieb der Anarchist:

»Von Akademikern wird nicht nur erwartet, dass sie die Auseinandersetzung mit der Politik vermeiden [...] Eine Form davon ist die Weigerung zu glauben, dass jeder, der irgendeine Art von effektiver politischer Aktion in der Welt unternommen hat, auch wichtige Beiträge zum menschlichen Denken leisten kann. Sie können bestenfalls Gegenstand einer Analyse sein. Man kann sie nicht als gleichberechtigt an der Entwicklung von Ideen beteiligen [...] Es ist daher kaum verwunderlich, dass die zeitgenössischen Intellektuellen zumeist keine Ahnung haben, was sie mit den Ideen Abdullah Öcalans anfangen sollen.«

Bis zu seiner umstrittenen Entlassung 2007 unterrichtete der 1961 in den USA geborene Graeber Ethnologie an der Yale University. Seine Eltern entstammten der Arbeiterklasse, sein Vater kämpfte sogar im Spanischen Bürgerkrieg, und er selbst lebte fast zwei Jahre in einer direkte Demokratie praktizierenden Gemeinschaft auf Madagaskar. 2008 wechselte Graeber an die University of London und lehrte Sozialanthropologie am Goldsmiths College. Seit Sommer 2013 unterrichtete er an der anthropologischen Fakultät der London School of Economics. Graeber stand auch der Umweltbewegung nahe und sprach 2019 bei Protesten von Extinction Rebellion auf dem Trafalgar Square in London. Sein Lösungsansatz für den Klimawandel: Konsumverzicht.

Die Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« ist bestürzt über den plötzlichen Tod Graebers: »David hatte an diesem kritischen Punkt der Menschheitsgeschichte als brillanter Anthropologe, anarchistischer Aktivist, als Freund der Revolution in Kurdistan und als wichtiger revolutionärer Intellektueller mit einzigartigen Fähigkeiten zur Bedeutungsproduktion noch viel beizutragen. Wir alle werden ihn vermissen. Aber er wird in Rojava und überall dort, wo es einen freien menschlichen Geist gibt, weiterleben.« ♦

»Schluss mit türkischen Kriegsverbrechen!«

Offener Brief von Angehörigen deutscher Gefallener an Bundeskanzlerin Angela Merkel

In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) fordern Angehörige von deutschen Gefallenen der kurdischen Freiheitsbewegung einen umfassenden und dauerhaften Stopp von Rüstungsexporten und Wirtschaftshilfen an die Türkei sowie Unterstützung beim Wiederaufbau der medizinischen Infrastruktur in Nordsyrien. Die Bundesregierung wird aufgerufen, sich der Beurteilung durch den belgischen Kassationsgerichtshof anzuschließen, wonach die kurdische Arbeiterpartei PKK keine »terroristische Organisation«, sondern eine Partei in einem bewaffneten Konflikt ist. Die Unterzeichnenden des offenen Briefes wünschen sich zudem einen angemessenen Gedenkort, an dem der getöteten Freiwilligen und ihrem »anerkennenswerten Einsatz« gedacht werden kann.

Offener Brief der Mütter und Väter deutscher »Şehîds«:

»Schluss mit türkischen Kriegsverbrechen!«

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

unsere Töchter und Söhne engagierten sich freiwillig, damit Frauen, Männer und Kinder in demokratisch geprägten Gemeinwesen, mit geachteten Menschenrechten kurz: in einer gerechteren Welt, leben können.

Unsere Kinder brachten dafür das größte Opfer: ihr Leben.

Unsere Kinder – das sind:

Uta Schneiderbanger, verunglückt am 31. Mai 2005 in Qeladize, nahe dem Flüchtlingslager Mexmûr,

Ivana Hoffmann, getötet vom IS am 7. März 2015 in Til Temir/Rojava,

Jakob Riemer, getötet am 9. Juli 2018 durch die türkische Armee in Çarçella/Nordkurdistan,

Michael Panser, getötet am 14. Dezember 2018 bei einem türkischen Bombardement der in Südkurdistan (Nordirak) gelegenen Medya-Verteidigungsgebiete,

Konstantin Gedig, getötet während des völkerrechtswidrigen Angriffs am 16. Oktober 2019 durch türkisches Bombardement bei der Evakuierung eines Hospitals in Serêkaniyê/Rojava.

Unsere Kinder starben an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten. Die meisten kannten sich nicht. Aber sie einte das gemeinsame Anliegen, die Menschen in Kurdistan (Rojava in Nordsyrien und Regionen beiderseits der türkisch/nordirakischen und iranischen Grenze) unabhängig, ob Kurden, Araber, Aramäer, Iraker, Iraner, Türken und andere Volksgruppen zu schützen und sie zu unterstützen in ihrem Streben auf ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit.

- Vor allem für die Frauen dieser Region bedeutet das: umfassende gleichberechtigte Teilhabe;
- für alle Religionsgemeinschaften: freie Religionsausübung;
- für alle unterschiedlichen Ethnien: basisdemokratische Mitbestimmung und politische Partizipation;
- für alle Menschen im gesellschaftlichen Miteinander: Demokratie, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit.

Ist Ihnen, sehr geehrte Frau Dr. Merkel, bekannt, dass z. B. in Rojava die Todesstrafe nicht Bestandteil des Strafrechts ist, trotz der Verbrechen des Islamischen Staates?



Stellen Sie sich bitte vor:

Deutschland verböte seit Jahrzehnten z. B. den Sorben, den Südschleswigern, den Norddeutschen, den Roma:

- das Sprechen in ihren Sprachen Sorbisch, Niederdeutsch, Friesisch, Romani,
- in ihrer Schriftsprache zu schreiben und sie zu lernen,
- das Tragen ihrer traditionellen Kleidung,
- eigene Schulen,
- den eigenen Kindern Vornamen in der eigenen Sprache zu geben,
- identitätsstiftende Feier- und Gedenktage und
- jegliche Aktivitäten zur Pflege und zum Leben der eigenen kulturellen Identität und der politischen Teilhabe.

Stellen Sie sich bitte weiter vor:

Der deutsche Staat verfolgte jeden Menschen, seine Familie und sein soziales Umfeld, der gegen die beschriebenen Verbote verstößt, weil er in Freiheit seine kulturelle Identität leben möchte.

Verfolgung bedeutete dabei: Die Menschen würden misshandelt, verhaftet, entführt, vergewaltigt, gefoltert, getötet. Selbst die Friedhöfe würden geschändet und Straftaten nicht verfolgt, sondern vom Staat unterstützt. Die Minderheiten würden in Gänze diskriminiert und deren Gemeinwesen zerstört, indem Städte und Dörfer abgerissen werden und Nachbarschaften vertrieben werden.

Der eben beschriebene Horror ist für Kurdinnen und Kurden und andere Volksgruppen in weiten Teilen Kurdistans, vor allem auf türkischem Staatsgebiet, seit Jahrzehnten Lebenswirklichkeit. Mit dem Wachsen des Islamischen Staates in Syrien bis Oktober 2017 sowie den völkerrechtswidrigen Angriffen der Türkei auch wieder in Rojava.

Wir haben unseren Kindern Werte wie Mitgefühl, Fairness, Respekt, Gerechtigkeit, Verantwortung und Wahrhaftigkeit vermittelt.

Unsere Söhne und Töchter sahen nicht gleichgültig und desinteressiert zu, wie Daesh, die Türkei und von ihr gekaufte Dschihadistensöldner schutzlose Menschen vertrieben, folterten und töteten, zuletzt mit der anhaltenden und völkerrechtswidrigen Invasion von Rojava und dem Bombardement des Shingal-Gebirges und des Nordiraks.

Sie leisteten Hilfe und kamen dabei zu Tode.

Wir Eltern bitten Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, um Ihre Hilfe und Unterstützung für einen

- öffentlichen und angemessenen Gedenkort, an dem wir Eltern, Angehörige, Freunde und jede/r Bürger*in den getöteten Freiwilligen und dem anerkennenswerten Einsatz unserer Kinder gedenken können.

Wir schreiben Ihnen aber auch, weil wir nicht noch mehr zerstörte Familien mit leidenden Müttern und Vätern, traurigen Brüdern, Schwestern und Großeltern sehen wollen. Deshalb appellieren wir an Sie:

- Verfügen Sie endlich einen sofortigen, umfassenden und dauerhaften Waffenlieferstopp für die Türkei (ohne Wartungsverträge, versteckte Klauseln und Hintertürchen).

- Frieren Sie alle Wirtschafts- und Finanzhilfen sowie die Zollunion ein, wenn sie für den Machterhalt der Regierung Erdogan/AKP/MHP bestimmt sind und nicht der direkten humanitären Hilfe des türkischen Volkes dienen.

- Unterstützen Sie alle NGOs, z. B. Medico International und den Kurdischen Roten Halbmond, damit diese die zerstörte, dringend benötigte medizinische Infrastruktur wiederaufbauen und die Corona-Nothilfe unterstützen können!

- Koppeln Sie alle Importe aus der Türkei nach Deutschland, Arbeitserlaubnisse für türkische Staatsbedienstete, die nicht notwendig zum Diplomatischen Personal gehören, z. B. DITIB-Imame, direkt an die Einhaltung des Völkerrechtes durch den türkischen Staat! Bruch des Völkerrechts = Sanktionen!

- Schließen Sie sich der Beurteilung durch das höchste belgische Gericht (Kassationsgerichtshof) in seinem aktuellen Urteil (siehe Anlagen) an. Darin heißt es, der kurdische Widerstand gegen die eben beschriebene anhaltende Menschenrechtsmissachtung durch den türkischen Staat sei nicht als Terror, sondern als legitime Selbstverteidigung und die PKK als Konfliktpartei zu bewerten. Es wird Zeit, dass auch Deutschland den Weg aus den 90er Jahren und zu einem aktualisierten, zeitgemäßen Urteil findet.

Wir freuen uns auf Ihre schnelle Antwort.

Anne und Konrad Schneiderbanger

Michaela Hofmann-Umeh

Katharina Riemer

Hans-Ulrich Panser

Ute Ruß und Thomas Gedig



Foto: A. Bender

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Kundgebung in Rom für die Freiheit von Abdullah Öcalan (anf)

Rückseite:
Robert Jarowoy: Kampagne »Weg mit dem PKK-Verbot«

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Jenseits der Frontlinien



Der Bericht des Rojava Information Center über die die politischen und sozialen Strukturen der Region Nord- und Ostsyrien – ist jetzt als Broschüre erhältlich.

Das Rojava Information Center hat im Dezember 2019 einen ausführlichen Bericht über das System der Demokratischen Selbstverwaltung und Nord- und Ostyrien als Onlinebroschüre veröffentlicht. Seit Mai diesen Jahres gab es den Bericht auch auf Deutsch zum Abruf auf der Website der unabhängigen Organisation, die von internationalen Medienschaffenden in Rojava aufgebaut wurde.

Durch eine Förderung der Rosa-Luxemburg-Stiftung konnte der Bericht jetzt als gedruckte Broschüre erscheinen.

In dem Bericht wird – ausgehend von der türkischen Invasion in Syrien ab dem 9. Oktober 2019 – der Frage nachgegangen, was für ein System dort angegriffen wird und was in Nord- und Ostsyrien auf dem Spiel steht.

Die 68 Seiten umfassende Broschüre basiert auf Interviews mit Funktionsträger*innen innerhalb des Systems der Demokratischen Selbstverwaltung. Er enthält Schaubilder und Diagramme, mit denen die Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen aufgezeigt wird. Die Darstellung der Funktionsweise und der Entscheidungsprozesse sind durch zahlreiche Fallstudien ergänzt, wodurch ein authentischer Eindruck des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses wiedergegeben wird.

Das Rojava Information Center erklärt zu Inhalt und Ziel des Berichtes: »Dieser Bericht beschreibt die politischen und sozialen Strukturen der Region Nord- und Ostsyrien sowie den sozialen und historischen Kontext, der diese Strukturen prägt. Wir erläutern die Entwicklung der Institutionen seit der Entwicklung der Selbstverwaltung im Jahr 2012 sowie den Ausbau und die Anpassung dieser Institutionen nach der Befreiung der ehemals unter IS-Kontrolle stehenden Regionen von 2016 bis 2019. Obwohl wir Lücken zwischen Theorie und Praxis aufzeigen, ist es nicht das Ziel dieses Berichts, zu bewerten, ob das politische Projekt in Nord- und Ostsyrien ein ›Erfolg‹ war, sondern die Situation zu beschreiben, wie sie ist und was sie sein soll.«

Die Broschüre ist bei der Informationsstelle Kurdistan e.V. gegen Versandkosten und gerne eine Spende zu bestellen unter: isku@nadir.org

Unser lieber Freund, Genosse und ehemaliger Mitarbeiter des Kurdistan Reports Robert Jarowoy ist am 21. September im Alter von 68 Jahren an einem Krebsleiden in Hamburg gestorben.



ISSN 0935-5375